

Alsdorf in der NS-Zeit

B. Wie vollzog sich das Gemeindeleben?

aus: Jahresblätter des Alsdorfer Geschichtsvereins
herausgegeben vom Alsdorfer Geschichtsverein - 2002
Artikel von: Dr. Franz Schneider, Alsdorf
für das Internet aufbereitet von Peter Dzinga 2002 / 2010

Diese Frage läßt sich dann beantworten, wenn die damals wirkenden Kräfte in ihren Funktionen und Rangordnungen bekannt sind und wenn klargestellt ist, wie sie aufeinander ausgerichtet waren.

Das Leben in der neuen Gesellschaft hatte seine eigengeartete Freiheit und Zielsetzung. Beides war im wahrsten Sinne des Wortes „gesetzt“. Dieses Leben läßt sich vergleichen mit einem Ast, von dem zwei Zweige ausgehen. Sie treiben einerseits eigenständig, vermögen aber letztlich nichts ohne den Einfluß des Astes. Er ist das überall wachende Auge, das nichts außer Kontrolle und nichts ohne seine Mitwirkung geschehen läßt: die Partei. Der eine Zweig ist das familiäre, private und gesellige Leben der Menschen hier in den Kolonien Kellersberg wie in allen anderen Gemeindeteilen. Der andere Zweig ist die Gemeindeverwaltung zunächst noch unter Bürgermeister Richard Becker, dem mit Beginn des Jahres 1934 Bürgermeister Klaus Lux gefolgt war, der 1935 dann endlich seine Bestallung auf die Dauer von 12 Jahren erhielt.

So sollen auch die maßgeblichen Bereiche oder Kräfte der Gemeinde nachstehend behandelt werden: die Partei NSDAP, der gesellschaftliche Raum und dann die kommunale Verwaltung.

I. Die Partei

Von der allgemeinen politischen Grundlage her wurden die Ortsteile der neuen Großgemeinde Alsdorf gleich behandelt, so daß die nachfolgende Darstellung für alle Gemeindeteile gleichermaßen zutrifft; dabei werden jedoch Besonderheiten, die die Kolonien Kellersberg betreffen, deutlich herausgestellt werden.

Nach einer Selbstdarstellung der NSDAP, Ortsgruppe Alsdorf, fand ihre Gründung Anfang 1927 statt. Eine erste große öffentliche Versammlung im März 1928 soll wegen einer Plakataufschrift „Juden haben keinen Zutritt“ von Juden und Marxisten aus Alsdorf und Umgebung gesprengt worden sein. Bemerkenswert an dieser parteiinternen Niederschrift ist, daß diese Ortsgruppe Alsdorf sich rühmt, schon 1928 ihre antijüdische Kampagne begonnen zu haben, als es also im Reich und in den Teilstaaten noch kein NS-Regime gab. Ortsgruppenführer waren in dieser ersten Zeit Reiner Wolter, Paul Becker und Hugo Schmeer. Die Alsdorfer Ortsgruppe umfaßte damals auch als Stützpunkte Hoengen und Baesweiler, die sich später dann als eigenständige Ortsgruppen abtrennten ¹⁾.

Im Juli 1930 wurde Steiger Christian Grotenrath Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Alsdorf. Nach der Trennung von Baesweiler und Hoengen teilte die Partei die verbliebene Orts-

gruppe Alsdorf in die Ortsgruppe Alsdorf und in die Ortsgruppe Kellersberg. Die Umbenennung in die Ortsgruppen Alsdorf-Nord und Alsdorf-Süd erfolgte nach der kommunalen Neugliederung von 1932, durch die die Gebiete Kellersberg, Ofden, Schaufenberg und Neuweiler endgültig zu Alsdorf gekommen waren. Von nun an umfaßte die Ortsgruppe Nord die Gemeindeteile „Alt-Alsdorf“, Wilhelmschacht, Busch und Neuweiler; die Ortsgruppe Süd die Gemeindeteile Kellersberg, Ofden und Schaufenberg dazu die Broicher Straße in Alsdorf-Mitte und die sog. Hermanns-Kolonie. An der Spitze jener stand weiter Christian Grotenrath; zum Ortsgruppenleiter für den Bezirk Süd wurde der Kellersberger Lehrer Franz Göbbels gewählt. Die örtliche Hauptstelle der Partei war zunächst im Haus des Parteigenossen Josef Jansen, Kirchstraße (Cäcilienstraße) 35, dann in der Eckstraße neben dem Gäßchen, bis die Partei schließlich in das „Braune Haus“ Kirchstraße (Cäcilienstraße) 14 umzog (neben der Gaststätte Plum), so Hubert Mund. Für den Bezirk Süd war die Parteistelle lange Zeit in dem Haus Grenzweg Nr. 1.

Die NSDAP gliederte sich in zwei Hauptgruppen. Zur Kampftruppe zählten SA = Sturmabteilung; SS = Schutz-Staffel; weiter das NSKK = NS-Krafftfahrerkorps. Die zweite Gruppe setzte sich zusammen aus den verschiedenen sozialpolitischen und beruflichen Formationen: NS-Frauenschaft, Hitlerjugend, zu der auch der Bund Deutscher Mädel = BDM gehörte; zur zweiten Gruppe gehörten die Deutsche Arbeitsfront = DAF, die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt = NSV mit den Unterorganisationen „Mutter und Kind“ und „Winterhilfswerk“ sowie die NSKOV oder NS-Kriegsopferversorgung. Auf kulturellem und rein geselligem Gebiet waren die NS-Kulturgemeinde und die Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ tätig. Der Reichsluftschutzbund hatte seine Bedeutung wie der Reichsbund für Leibesübungen, um nur wenige von all den Unterorganisationen zu nennen, die auch im Gemeindegebiet von Alsdorf ihr stetes Auftreten und Wirken hatten. Eine für das NS-System wichtige Berufsgruppe war die Bauernschaft, die mit dem „Boden“ die Basis für das „reine Blut“, also für die Rasse schuf. Daß sie unter NS-Leitung stand, ist verständlich. Ortsbauernführer war der Landwirt Weinberg aus Schaufenberg; Kreisbauernführer war der damalige Pächter des Kellersberger Hofes, Johann Birken, der für seine parteipolitischen Verdienste um die Lösung der kriegswirtschaftlichen Aufgaben am 19. Oktober 1940 mit dem Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse geehrt wurde. So bekam alles seine Begründung und alles seinen Namen. Eine soziale und politische Aufgabe hatte der sehr früh gegründete Saarverein, der sich um die Betreuung der zahlreichen saarländischen Bergleute beim EBV kümmerte, der aber besonders nationalsozialistisch als eingeschworene NS-Formation tätig wurde, als es am 13. Januar 1935 um die Volksabstimmung im Saargebiet ging, bei der die dortige Bevölkerung zwischen dem bisherigen Zustand der Zugehörigkeit zu Frankreich und einer Rückkehr in das Gebiet des Reiches zu wählen und zu entscheiden hatte.

SA und SS wachten über die Parteidisziplin im öffentlichen und genauso im privaten Leben. Bis zu seinem Tod am 1. November 1937 war Kaufmann Rudolf von der Linde der ranghöchste Führer der örtlichen SA. Die öffentliche Feier anlässlich seiner Beerdigung glich der eines hohen Würdenträgers. Von der Linde hatte einige Jahre zuvor in der Nähe der Siedlung Busch eine eigene Siedlung als Straßenzug gebaut, die auch seinen Namen trug. 1936 erhielt die Straße den Namen „Herbert-Norkus-Straße“; dies gleichzeitig mit der Umbenennung der dortigen „Alten Aachener Straße“ in „Graf-Spee-Straße“. Diese „vonder-Linde-Siedlung“ trägt heute den Namen „Am Feldrain“.

An der Spitze der NSDAP-Ortsgruppe Alsdorf-Nord stand wie schon dargetan Steiger Christian Grotenrath, der bereits über die Gemeindewahl vom 18. Dezember 1932 als einziger Vertreter der NSDAP in den Gemeinderat von Alsdorf gekommen war. Am 26. Januar 1934 wurde er - weiterhin Gemeinderatsmitglied – besoldeter Beigeordneter in der Verwaltung, wo er nun die parteipolitische Linie vertrat, während der Bürgermeister eigentlicher Verwaltungschef war. Erster Ortsgruppenleiter des Bezirkes Alsdorf-Süd war wie auch schon dargetan Lehrer Franz Göbbels, der das Amt wegen seiner Berufung zum Bürgermeister von Merkstein im Jahr 1933 aber schon aufgab. Ihm folgte als Ortsgruppenleiter für den genannten Bezirk Maschinensteiger Wilhelm Leclair. Bei einer späteren Ernennungsfeier bezeichnete der NSDAP-Kreisleiter den Ortsgruppenleiter als den örtlichen Stellvertreter des Führers, der streng und notfalls gegen politische Gegner rücksichtslos durchzugreifen habe; er sei Führer und Berater und insofern Vorbild für jeden anderen. In diese Funktion unter diesem Leitbild für den Bezirk Alsdorf-Nord trat am 24. Oktober 1938 der Steiger Josef Leesmeister von der Bahnhofstraße, da Christian Grotenrath aus gesundheitlichen Gründen sein Amt aufgeben mußte. Um diese Zeit dürfte es auch gewesen sein, daß für den Bezirk Süd Ortsgruppenleiter Leclair von dem Parteigenossen Dr. med Lutz Küppers abgelöst wurde, der sich erst kurz zuvor in Alsdorf als Arzt niedergelassen hatte und das im Haus des Juden Isidor Weil. Dr. Küppers folgte 1941 der Parteigenosse Hans Bach, Broicher Straße, zunächst nur als stellvertretender Ortsgruppenleiter, der dann aber das Amt ganz einnahm, bis er bald wegen seiner Einberufung zur Wehrmacht in dem langjährigen Amtswalter der Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, dem Parteigenossen Hans Lattwein, seinen Nachfolger hatte. Das war am 16. Februar 1943.

Das Gemeindegebiet war aber nicht nur in „Nord“ und „Süd“ aufgeteilt. Es war weiter in sogenannte Zellen gegliedert mit je einem Zellenwart, der für die parteipolitische Ordnung in seiner Zelle verantwortlich war. Der Bezirk Süd, der aus den Gemeindeteilen Schaufenberg, Hermannskolonie, Kellersberg und Oden bestand, hatte acht solcher Kontrollzellen.

Die Ortsgruppenleiter der Bezirke Nord und Süd bedienten sich nun zur Erfüllung ihrer parteipolitischen Aufgaben aller örtlichen Formationen der NSDAP. Dabei lag zunächst die oberste Aufgabe der Parteispitze darin, die Mitgliederzahl zu vergrößern und den Zusammenhalt aller Mitglieder im Bekenntnis zum Führer zu festigen. Dazu dienten die monatlich angesetzten Parteiversammlungen, die vornehmlich im Saal des Casinos Anna, aber auch im Saal der Gaststätte Plum neben dem „Braunen Haus“, also im alten „Kehr'schen Saal“ abgehalten wurden. Das Erscheinen der Mitglieder war Pflicht, und das Bekenntnis zum Führer mit einem dreifachen Sieg-Heil und mit dem Absingen des Horst-Wessel-Liedes wurde zum „Amen“ einer jeden solchen oder ähnlichen Versammlung. Daneben traten regelmäßig auch öffentliche Parteiversammlungen, zu denen die ganze Bevölkerung eingeladen war und die ganz im Zeichen von Propaganda und Werbung standen. Diesen Zwecken dienten einmal die Ansprachen über aktuelle Themen, wobei die Rassentheorie von Anfang an im Vordergrund stand; diesen Zwecken dienten die öffentlichen Übertragungen der Rundfunksendungen mit Ansprachen von Hitler oder Göbbels. Da spielte es keine Rolle, ob diese Großveranstaltungen im Kasinosaal oder im sogenannten Göbbelsstadion an der heutigen Schaufenberger Straße, der damaligen Richthofen-Straße, stattfanden. Dabei sei aufklärend bemerkt, daß der Name „Göbbelsstadion“ nichts zu tun hat mit dem Namen des Reichspropagandaministers. Die Bezeichnung lehnt sich allein an den Namen des damaligen Eigentümers dieses Platzes an. Den politischen Zwecken dienten zudem die meist sich anschließenden Propagandamärsche durch die Straßen der Gemeinde bis

hin in die Vororte: hinter den Hakenkreuzfahnen marschierten die Spitzenvertreter der örtlichen NSDAP, es folgten die Vertreter aller Formationen, selbstverständlich alle in der braunen Uniform, soweit die einzelne Formation nicht eine anders geartete eigene zu tragen hatte wie z.B. bei der HJ. Die Klänge zahlreicher Pfeifer- und Trommlerkorps der Vereine aus den Ortsteilen untermalten das ganze Geschehen. Das bunte Bild mit einer gewissen Festlichkeit und Feierlichkeit sollte wirken, und es wirkte auch. Zu bemerken bleibt, daß die örtliche Partei schnell auch ein Partei-Leiter-Korps gegründet hatte, um für jede auch plötzlich sich ergebende „Notwendigkeit“ auch musikalisch „ausgerüstet“ zu sein. Dieses Bild der Propagandamärsche prägte schon bald den Alltag. Es gehörte zum Leben. Dieses Bild entsprach dem gesetzten Parteizweck.

Der Partei ging es um die Propaganda, um die äußere Schau zur inneren Festigung. Sie betrachtete sich als den verlängerten Arm Hitlers, in dem sie den Heilsboten sah, dem auch das „Heil“ galt und der in eigenen Partei-„Heiligen“ die Vorbilder für das Volk besaß. Paraden und Propagandazüge aller Formationen zogen zur Verherrlichung des Systems durch die Straßen der Gemeinde, und das wiederholte sich in kleinerem Rahmen fast jede Woche. Als der langjährige ranghöchste SA-Führer, der Alsdorfer Kaufmann Rudolf von der Linde, am 1. November 1937 verstorben war, gab es in Alsdorf so etwas wie eine parteipolitische „Heiligsprechung“. Das „Politische Tagesblatt“ vom 5. November 1937 berichtet: „Bereits am frühen Morgen holte der Sturm 12/25 seinen toten Stammführer an der Ortsgrenze Alsdorfs ab. Pg. Rudolf von der Linde wurde dann im Haupteingang seines Betriebes aufgebahrt. Am Sarge des Dahingeschiedenen hielten SA-Führer dem Verstorbenen die letzte Wacht. Gegen zwei Uhr formierte sich dann der Trauerzug am Sterbehause. Eine Abordnung der Standarte, ferner eine der Gruppe Niederrhein, zahlreiche SA-Stürme aus der Umgebung und sämtliche NS-Formationen Alsdorfs gaben dem verstorbenen Obersturmführer das letzte Geleit zu seiner letzten Ruhestätte. Ein gewaltiger Trauerzug bewegte sich durch die Straßen Alsdorfs hinaus zum Nordfriedhof, wo der Verstorbene beigesetzt wurde. Mit ihm starb ein Nationalsozialist der Tat, ein SA-Mann, wie er vorbildlicher nicht sein kann und ein Betriebsleiter, wie der heutige Staat ihn will“.

Lesen wir den Pressebericht über den Festzug anlässlich des 50. Geburtstags Hitlers am 20. April 1939:

„Unter großer Anteilnahme der gesamten Bevölkerung beging Alsdorf am gestrigen Tage feierlich den fünfzigsten Geburtstag des Führers. Die Straßen der hiesigen Großgemeinde bildeten von Anfang bis zum Ende des Ortes ein Heer von Fahnen, kaum ein Schaufenster zeigte nicht das Bild des Führers, umrahmt von würdigem Schmuck ... In den Nachmittagsstunden formierte sich auf dem Sportplatz Göbbels ein Zug, an dem sämtliche Formationen der Bewegung teilnahmen. Er nahm unter großem Jubel der Bevölkerung seinen Weg durch die Hauptstraßen des Ortes. Abends fand dann im großen Kasinosaal die feierliche Überweisung unserer Pimpfe in die Hitlerjugend statt.“

Wir werden vielleicht an eine frühere Fronleichnamsprozession erinnert, bei der für die Gegenwart Gottes „demonstriert“ wurde unter Einbeziehung der Erstkommunikanten in den Kreis der Glaubensgemeinde, wobei die Fenster der Häuser und Geschäftslokale mit Blumen und Heiligenfiguren geschmückt und die Fahrbahnen der Straßen mit Bildern aus Blütenblättern „bemalt“ waren.

Der Personenkult um Hitler war Pflicht. Beim 25jährigen Dienstjubiläum von Heinrich Herbst aus Kellersberg, Mitarbeiter beim EBV, schmückte der Betrieb das zweite Backhaus in Kellersberg „feierlich“ aus. Der nicht als Backhaus genutzte Raum diente dem Installateur als „Werkstatt“, der in den dortigen Straßen für den ordnungsgemäßen Zustand der Wasserpumpen zuständig gewesen war. Unter Hakenkreuzfähnchen und Hitlerbild mußte der strenggläubige Katholik Platz nehmen, sich dort ehren und schließlich fotografieren lassen. Ein solches Bild – mit dem parteipolitischen Umfeld – gehörte einfach zur Pflichtübung des Betriebes bei einer solchen Ehrung.

Nehmen wir noch ein Beispiel aus Alsdorf, das die geradezu sakrale Bedeutung von Führer und Partei deutlich macht. Ausgerechnet am 24. Dezember 1942, also am Heiligen Abend, gab es in Alsdorf eine hochkarätige NS-Doppelhochzeit. So beginnt der Pressebericht auch: „Am Heiligen Abend . . . “. Dann fährt er fort: „Die Paare reichten sich unter dem Hakenkreuzbanner die Hand zum Lebensbunde. Die politischen Leiter der Ortsgruppen Nord und Süd bildeten den Brautpaaren mit ihrem Gefolge bis zur Tür des Trausaales Spalier. Unter den Harmoniumklängen des Brautzeuges aus Lohengrin nahmen die Brautpaare vor der Hitlerbüste an einem mit einer Hakenkreuzfahne geschmückten Tisch Platz“ . . . Das offizielle Geschenk nach der Trauung war dann eine Prachtausgabe von Hitlers „Mein Kampf“, gewissermaßen als „Neues Testament“.

In dem Zusammenhang sei auch das neue Glaubensbekenntnis für eine noch zu gründende Nationale Reichskirche Deutschlands zitiert, wie es in einem hier verbreiteten Flugblatt aufgezeichnet war:

„Wir glauben an ein ewiges großes nationales großdeutsches Reich. Wir glauben an die nationalsozialistische Weltanschauung, welche während des großen Ringens der deutschen Menschheit mit allen Völkern der Erde in dem Herzen des Mannes „Adolf Hitler“ geboren wurde. Wir glauben, daß der allmächtige Gott diesem im Kriege erblindeten Soldaten auf seine Bitten das Augenlicht wiedergegeben hat. Wir glauben, sehen und erleben nun in diesem Manne den uns gesandten Retter und Führer unserer deutschen Nation, unseres Reiches und blutgebundenen Volkes.

Wir glauben an sein – allein heiliges – schriftliches Werk: „Mein Kampf“. Wir geloben nach bestem Wissen und Können, alle seine darin enthaltenen Befehle zu befolgen, und so wir diese alle wahrhaft erfüllen, glauben wir bekennen zu dürfen: „Herr, sündenfrei stehen wir vor Dir!“

Wir sind Verpflichtete mit Leib und Seele unserem Führer Adolf Hitler und unserem deutschen Volk Verpflichtete und geloben laut und gemeinsam:

„Adolf Hitler, unser Führer, ewig bleiben wir Dir treu“ ²⁾.

Die Staats- und Nationalflagge wurde zum Symbol des Heils. An die Kirchen erging der allerdings oft nicht befolgte Befehl, an den Staatsfeiertagen allein diese Flagge auf den Kirchen und Kirchengebäuden zu hissen: Tag der nationalen Reichsgründung (18. Januar), Tag der nationalsozialistischen Erhebung (30. Januar), Heldengedenktag, halbmast (5. Sonntag vor Ostern), Führers Geburtstag (20. April), nationaler Feiertag des deutschen Volkes (1. Mai), Erntedanktag. Nur an rein kirchlichen Festtagen durften Kirchenfahnen auf Kirchen und kirchlichen Gebäuden gehißt werden; für private Häuser galt das grund-

sätzliche Verbot; lediglich kleine Wimpel in den Kirchenfarben, Grünschmuck und das Aufstellen von Altärchen vor den Häusern (Fronleichnam) waren gestattet, solange das überhaupt geduldet wurde; so die Verordnung vom 6. November 1935³⁾.

Zu dem „Heldengedenktag“ sei bemerkt, daß es um den Volkstrauertag ging, der vor allem auf die Empfehlung des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge seit 1920 zum Gedächtnis an die Toten des Ersten Weltkrieges gehalten wurde. Schon 1934 erfolgte die Umbenennung in „Heldengedenktag“, der wie jener vorher auf den 5. Sonntag vor Ostern festgesetzt war. Der „Heldentag“ oder „Heldengedenktag“ diente der Erinnerung an den Jahrestag der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. So ist die Sinnbestimmung ausdrücklich in dem Runderlaß des Reichsinnenministeriums vom 3. März 1939 zum Reichsflaggengesetz vom 15. September 1935 festgelegt. War der Heldengedenktag, wie er in den früheren Rundschreiben von 1934 bis 1937 erwähnt wird, wie der bisherige Volkstrauertag am 5. Sonntag vor Ostern, so bekam er von 1939 an seinen festen Platz am 16. März bzw. am darauffolgenden Sonntag eines jeden Jahres⁴⁾. Es ist aber zu bemerken, daß er längst seine öffentliche und damit parteipolitische Bedeutung verloren hatte. Das neue Regime hatte bereits 1935 die ihm weit wichtiger erscheinende „Gedenkfeier für die Gefallenen der Bewegung vom 9. November 1923“ (gescheiterter Hitlerputsch in München) eingeführt, natürlich genau auf den 9. November eines jeden Jahres. Waren die Gedenkfeiern für 1935 und 1936 noch stark parteiintern, wie sie für Alsdorf nach den Berichten vom 11. November 1935 und 11. November 1936 des „Politischen Tagesblattes“ im Kasinosaal festlich begangen wurden, so war der 15. Jahrestag am 9.11.1938 für das System Anlaß genug, den Tag groß herauszustellen. Ihm folgten die katastrophalen Verbrechen, worüber später zu berichten ist. In jenem Runderlaß vom 3.3.1939 ist der „Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung vom 9.11.1923“ offiziell als „flaggenpflichtiger“ Feiertag zusätzlich aufgeführt.⁵⁾ Allgemein wurde er sehr schnell vom Volk als „Heldengedenktag“ bezeichnet, wohingegen der alte Volkstrauertag als „Heldengedenktag“ seine Bedeutung weitgehend verloren hatte. Der neue „Heldengedenktag“ gab nach den Ereignissen vom 9.11.1938 (Reichskristallnacht) dem NS-System in jedem folgenden Jahr beste Gelegenheit, über die Presse durch provozierende und von Verleumdungen strotzende Darstellungen gegen die Juden zu hetzen.

Im Alltag hatten die Formationen NSV und „Kraft durch Freude“ ihre besonderen, wenn auch unterschiedlichen Aufgaben. Die NS-Volkswohlfahrt diente allen wirtschaftlich bedürftigen Volksschichten und nutzte damit auch in besonderer Weise dem neuen politischen System, da bekanntlich der, dem geholfen wird, seinen Dank zu äußern weiß, um seine Hilfe weiterhin zu erhalten. Kochen und Verkauf von Eintopf, Verteilung der Erlöse an Bedürftige, das Sammeln von Sach- und Geldspenden durch Haus- und Straßenaktionen waren alltägliche Vorgänge. Seit den Krisenzeiten in den späteren Kriegsjahren galt das Kochen von Suppe und Eintopf der Versorgung der Heere und Lazarette. Metzgereien und Bäckereien hatten ihre Betriebsräume hierfür zur Verfügung zu stellen, wie der Verfasser vom elterlichen Betrieb gut in Erinnerung hat.

Die Unterorganisationen wie „Mutter und Kind“ und „Winterhilfswerk“ standen der NSV zur Seite. Auch ihre Aktionen dienten in den Kriegsjahren fast ausschließlich der Versorgung der Heere. Da ging es um Sachspenden und Sammlungen von Altpapier, Altmetall und Altkleidern, weiter um Spinnstoffsammlungen: „Woll- und Wintersachen für die Front“, so z. B. der Aufruf in der Presse vom 24. Dezember 1941.

Die NSV bediente sich aber genauso zur Durchführung ihrer Aufgaben der Hitlerjugend. Sollten besondere psychologische Wirkungen bei der Bevölkerung zur Förderung der Ergebnisse von Sammlungen ausgelöst werden, dann wurden die Pimpfe der HJ, also die zwischen 10 und 13 Jahre alten Jungen und Mädchen, für die Aktionen herangezogen. Der Gruß „Heil Hitler“ und das Bedanken mit „Sieg-Heil dem Führer“ aus dem Mund solcher Kinder gaben dem Glauben an das 1000jährige Reich die richtige Motivation.

Die Hitlerjugend, HJ, der auch der „Bund deutscher Mädel“, BDM, angegliedert war, stand unter der Führung eines örtlichen Unterbannführers, der seinerseits dem Stammführer unterstellt war. Schon früh bekleidete der Kellersberger Lehrer Michael Wirschem dieses Amt als Stammführer. Oberster Organisationschef war Reichsjugendführer Baldur von Schirach. In der HJ war der parteipolitische Nachwuchs für die kommenden 1000 Jahre heranzubilden. Sie war die parteipolitische Quelle für jede Machterweiterung und für jede Stärkung des Systems auf ewige Zeiten hin, wie das System hervorhob. Die örtlichen und überörtlichen Tageszeitungen waren gefüllt mit Schlagzeilen wie: „Ein Volk – eine Jugend“ (2. April 1935). „Die Jugend gehört uns“ (5. August 1935), „Alle Jugend dem Führer“ (11. März 1937). Reden wie auch Funkansprachen waren ähnlich bestimmt. Die NS-Führung wußte wie jedes andere System auch, daß die Jugend die eigentliche Kraft der Zukunft ist, die zu gewinnen und zu behalten, höchste Aufgabe war. Es darf nicht übersehen werden, daß vor allem in den späteren Jahren immer häufiger Elternversammlungen einberufen wurden. Auf diesen Versammlungen im Kasinosaal oder im Saal Plum wurden den Eltern Bedeutung und Notwendigkeit der parteipolitischen Erziehung der Jugend immer wieder vor Augen geführt. Erklärungen wie die vom 25. Januar 1941 im „Politischen Tagesblatt“ wiesen den Weg zur Pflichterfüllung: „Wenn der Existenzkampf unseres Volkes nicht vergebens sein will, muß die junge Generation für die Aufgabe, die sie einmal erwartet, geschult werden. Die große und schöne Aufgabe, diese Schulung durchzuführen, ist der Hitlerjugend zugefallen. Daher ist es wohl verständlich, daß die HJ Anspruch darauf erhebt, jeden Jungen in ihren Reihen zu sehen. Wir sind uns wohl mit allen verantwortungsbewußten Eltern darüber einig, daß kein Junge im HJ-Alter mehr abseits stehen darf. Wir sind uns auch darüber klar, daß ein gedeihliches Arbeiten nur dann möglich ist, wenn die Hitlerjugend die vollste Unterstützung der Elternschaft findet.“ Hintergrund für diesen Einladungstext zu einem Elternabend im Kasino war: „Für die deutsche Jugend ist eine Jugenddienstpflicht eingeführt worden. Diese Maßnahme ist getroffen worden, weil es gerade in der Kriegszeit besonders erforderlich ist, daß die gesamte Jugend restlos zur Mitarbeit herangezogen wird.“ Dieser Text ist noch deutlicher als der Appell des Ministers Rust vom 19. Juni 1935: „Betet in euren Kirchen, aber kämpft unter unseren Fahnen der HJ“. Dabei muß auf den Vorrang der Fahnen hingewiesen werden, wie ihn Reichsjugendführer von Schirach in seinen Verfügungen von Dezember 1936 über den Dienstplan der Hitlerjugend herausgestellt hatte: Freistellungen vom Dienst an einer HJ-Veranstaltung zugunsten einer konfessionellen Veranstaltung sind möglich und unbedingt vierzehn Tage vorher zu beantragen. „Eine Vernachlässigung zugunsten einer konfessionellen Betätigung mußte demnach als ein disziplinarisches Vergehen gegenüber der Autorität der Hitlerjugend aufgefaßt werden.“ War diese Klarstellung gegenüber der katholischen Kirche an sich nichts, was erschüttern konnte bei dem bestehenden Spannungsverhältnis, so erschien sie aber im Verhältnis zur evangelischen Kirche auch notwendig geworden zu sein, „da auf ihrer Seite keine einheitliche Kirchenregierung mehr besteht.“ Es kriselte seit den letzten

Monaten des Jahres 1936 in der Bewegung „Deutsche Christen“. Doch diese Entwicklung ist schon dargelegt worden.

1937 bekam die HJ ihr Jugendheim auf der Alsdorfer Heide mit Sportanlagen, wobei der Weiher als Badeanstalt einbezogen war. Dort sollte die feste Heimat für die Jugend sein. Bis dahin war die HJ in einer Sportbaracke an der von-Harft-Straße, dann in Klassenräumen von Schulen jedenfalls zeitweilig untergebracht gewesen. Schluß war mit dem Suchen nach einer steten Bleibe, was sogar in den frühen Jahren zu ernsthaften Auseinandersetzungen mit der katholischen Jugend in Kellersberg geführt hatte, bei denen die HJ die katholische Jugend aus dem kirchlichen Jugendheim vertreiben wollte, hier aber bei einem Versuch nicht bedacht hatte, daß der Katholik Heinrich Bell sen. und der Kommunist Wilkowski – herbeigeeilt und bewaffnet mit den üblichen Gartengeräten – die Eindringlinge schnell verjagten; so eine Erinnerung von Heinrich Bell jun. Sportanlagen und Grünflächen um einen später erst noch angelegten Buchenhain auf der Heide waren angetan, die Begeisterung der jungen Leute zu steigern. Sie fanden das in diesen frühen Jahren ganz normal, hatten keine böse Ahnung und konnten damals wohl auch eine solche noch gar nicht haben. In späteren Jahren war das alles längst zur Gewohnheit geworden. Die HJ-Führer waren aus dem Ort; sie kamen aus allen Schichten der Bevölkerung; jeder kannte jeden. Am Ende der 30er Jahre stand z. B. Heinrich Bell jun. der Gruppe der Flug-Interessenten vor, Jakob Rinkens der „Bodenmannschaft“. Marianne Salben dem BDM, um nur wenige aus dem Bezirk Süd zu nennen, oder aus dem Bezirk Nord z.B. Heinz Meessen und Anne Frühauf. Sie kümmerten sich um ihre Gruppen, spielten, handwerkten, machten Wanderungen, zogen ins Zeltlager usw. Natürlich standen sie unter der parteipolitischen Direktion ihres Stammführers, und der war Lehrer Wirschem, der wohl als Pädagoge die Fähigkeit besaß, politisch auf die Jugend einzuwirken. Wer zum Gottesdienst gehen wollte, der ging, nur in der Partei hatte er offiziell hierüber nicht zu sprechen. „Religion ist Privatsache.“ Das öffentliche Leben bestimmte dagegen der sozialistische Geist der Nationalisten. Nehmen wir zur Kenntnis, daß Leiter des NS-Lehrerbundes Alsdorf Rektor Hermann Jansen von der Marienschule in Alsdorf-Mitte war, so läßt sich leicht ausmalen, wie sanft und doch bestimmt der nationalsozialistische Geist in Herz und Seele der Jugend eingebrannt wurde, um ein Wort Hitlers aus „Mein Kampf“ zu nehmen. Zu dem Kreis um Rektor Jansen gehörten auch der schon mehrfach genannte Jugendstammführer Michael Wirschem, der Leiter der Alsdorfer Feuerwehr, Lehrer Christian Bücken, der neue Amtswalter der NSV, der Kellersberger Lehrer Zimmermann und viele mehr. Gerade die Schulen – und das wie immer – waren ausersehen, den neuen Geist zu fördern, die Jugend nach der herrschenden Rassenlehre auf das Rassenbewußtsein hin zu schulen. So war die Forderung der Gauleitung Köln-Aachen vom März 1936: rassische Aufgabe ist die Förderung des nordischen Blutes des deutschen Volkes im Sippenaufbau. „Es gilt, auf diesem Wege in schärfster biologischer Auslese das kommende Führerkorps des deutschen Volkes zu schaffen.“ Im Juli 1936 hieß es auf der NS-Lehrertagung in Bayreuth: „Das Ziel ist nicht das hochgezüchtete Einzelideal, sondern das wertvolle Glied der Gemeinschaft. Weil aber diese Gemeinschaft nationalsozialistisch ist, muß jeder Nationalsozialist werden. Damit ist die Richtung des Erziehungsideals gekennzeichnet. Die Jugend soll national und sozialistisch erzogen werden. Wir brauchen den Erzieher, der erfüllt ist von einem glühenden Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung, von einer heißen Liebe zu unserem Volk und der getragen wird von dem Bewußtsein, daß er der be-

rufene und verantwortliche Mithelfer an der Gestaltung der deutschen Zukunft ist.” (Erklärung des Staatsministers a. D. Wächter)

Schon am 28. Januar 1935 hatte der Reichserziehungsminister zur rassistischen Erziehungsarbeit in den Schulen aufgerufen. Am 26. Juni 1936 befaßte sich die Ortsgruppe des NS-Lehrerbundes Alsdorf unter der Leitung von Rektor Hermann Jansen mit dieser Staatsaufgabe vor den Erziehungskräften und vor der Elternschaft. Rektor Krüger referierte. Es ging „um die geistigen Grundlagen der heutigen Erziehung“. „Gott, Volk und Vaterland seien die drei Wesensgründe, in denen der deutsche Mensch verankert sei. Sinn aller lebendigen Erziehung müsse es sein, den jungen Menschen zur Ehrfurcht und Ergriffenheit vor dem durch Schicksal, Blut und Boden zusammengefügt Volk hinzuleiten, zur Bereitschaft, für dieses Volk und Vaterland des Letzte herzugeben. Nicht aus Gründen des Verstandes allein, sondern aus dem Erlebnis seiner seelischen und rassistischen Werte, seines Brauchtums und seines physischen und künstlerischen Lebens. Alle diese Dinge müßten die heutige Erziehung in Schule, Elternhaus und Hitlerjugend stets ausfüllen“, so die Zusammenfassung im Pressebericht.

Bereits am 6. Juni 1935 hatte der Minister für Kirche und Schulen erklärt: „Ich habe schon wiederholt darauf hingewiesen, daß im Dritten Reich nur solche Personen Lehrer und Lehrerinnen sein können, die bedingungslos auf dem Boden des Nationalsozialismus stehen. Wer weltanschaulich nicht restlos nationalsozialistisch ist, kann die Aufgaben, die ihm vor Gott und seinem Volk obliegen, nicht erfüllen und sollte von sich aus einsehen, daß er als Erzieher nicht geeignet ist.“⁶⁾ In der Ministerialverordnung vom 16. August 1938 heißt es für den Vorbereitungsdienst der Referendare, daß sie das wichtigste nationalsozialistische Schrifttum kennen müssen: „Zu Beginn des Vorbereitungsdienstes ist zu fordern, daß er das Werk des Führers „Mein Kampf“ und Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“ in ihren wesentlichen Gedanken am Schluß des 1. Vorbereitungshalbjahres beherrscht.“⁷⁾ Daß bei einer so klaren Bestimmung zur geistigen Orientierung konfessionelle Bekenntnisschulen keinen Platz mehr in diesem System haben konnten und daß allein insofern zwangsweise eine Verletzung der Vereinbarungen im Reichskonkordat die Folge war, mußte eigentlich bei der immer stärker herausgestellten Tendenz erwartet werden. So setzte sich dann die nationalsozialistische Schulpolitik mit der Einführung der Deutschen Schule mit Wirkung ab 1. April 1939 fort. Dies war die einheitliche Deutsche Volksschule. Der Kirche und damit den Geistlichen wurde nun mehr und mehr der Einfluß in den Schulen genommen. Berichtete aus Kellersberg Pfarrer Esser noch 1935, daß der Religionsunterricht noch in den Händen der Geistlichen sei und daß ein Lehrer Unterricht in der nationalsozialistischen Weltanschauung erteile⁸⁾, so heißt es im Bericht derselben Pfarre 1940, daß Religionsunterricht in den Schulen nicht mehr möglich sei und daß kaum noch Beziehungen zwischen Seelsorgern und Lehrpersonen bestünden, und weiter, daß es in den Berufsschulen auch keinen Religionsunterricht mehr gebe⁹⁾. Daß es für die NS-Regierung unerträglich war, in den Klassenräumen das Kreuz als Symbol des „ideologischen“ Feindes zu dulden, ist partei- und systempolitisch folgerichtig. Schon in der Verordnung des Ministers des Inneren und des Ministers für Kirche und Schulen vom 4. November 1936 heißt es sinngemäß, daß Kreuze und religiöse Bilder und Zeichen aus der Schule zu entfernen seien. Vielerorts gab es von höherer Stelle Proteste. Minister Pauly lenkte dann vorübergehend ein und duldete, daß derartige Dinge in verschlossenen Schränken oder sonstigen Behältern in den Schulen aufbewahrt bleiben dürfen, um sie als Anschauungsmaterial im Religionsunterricht zu verwenden.¹⁰⁾ Daß sich diese Ausnahme nach der Ein-

führung der neuen Schulform ab dem 1. April 1939 von selbst erledigte, muß nicht besonders ausgeführt werden. Über die sodann durchgeführte Entfernung der christlichen Symbole wurde nicht groß berichtet. Das war eine „stille“ Sache, da es den zumeist NS-orientierten Lehrern leicht war, die Aktion in Stille durchzuführen. Die christlichen Symbole waren schlicht verschwunden. Viele Mitbürger – damals Schüler – erinnern sich an jenen „neuen Klassenzustand“. Er wurde zur Kenntnis genommen; sonst schwieg man wie über manches andere auch; wie zu manch anderer Zeit auch.

Zu der Situation der Kirche schrieb die Pfarre St. Castor in ihren Berichten an den Bischof, daß 1936 und 1937 der Religionsunterricht in den Schulen erteilt wurde; für 1938 wurde die Notwendigkeit aufgezeigt, neben der Kirchenpredigt in den Messen und neben der sonntäglichen Christenlehre noch eine „werk tägliche Christenlehre“ einzuführen. Ohne es auszusprechen, wurde es für den Religionsunterricht in den Schulen sehr eng. Der Bericht über den Bekenntnistag der Jugend am Fronleichnamstag 1936 lautet: „Die Kirche war gedrängt voll“; für 1937 heißt es bescheidener: „gut besucht“. Andererseits muß auch erwähnt werden, daß negative Entwicklungen rückläufig waren, so bei den Kirchaustritten im Dekanat Alsdorf. 1937 waren es 393; 1938 - 241, 1940 - 140, 1941 - 88. ¹¹⁾ Das läßt sich kaum damit erklären, das Potential für Austritte sei erschöpft gewesen. Diese Entwicklung läßt sich eher daraus herleiten, daß durch die Folgen des tobenden Zweiten Weltkrieges bereits vielen die Augen aufgegangen sein dürften.

Für die Darlegung der konkreten Situation der Kirche hier ist aber auch ein Blick über die Grenzen der Gemeinde Alsdorf hinaus hilfreich. In Broich leiteten die Patres der Missionsgesellschaft der Väter vom Heiligen Geist seit dem Jahr 1908 ihre Schule. In der NS-Zeit wurden für diese Schule das Jahr 1938 und vor allem der 12. Januar 1939 bedeutsam. Es wird aus der Chronik dieser Schule zum 75jährigen Schuljubiläum zitiert:

„1938: die zwangsweise Auflösung unserer Schule rückt näher. Eine geheime Anweisung der SD verkündet: „Die Orden sind der militante Arm der katholischen Kirche. Sie müssen daher von ihren Einflußgebieten zurückgedrängt, eingeengt und schließlich vernichtet werden.“ Fatal sollte sich, ähnlich wie im 1. Weltkrieg, die Grenzlage Broichs auswirken: die Arbeiten am Westwall, der sich auf 630 km Länge von der Schweizer Grenze bis nördlich von Aachen erstrecken soll. Befestigungsarbeiter der 1938 zu diesem Zweck ins Leben gerufenen Organisation Todt werden in Broichweiden in Holzbaracken und Privatwohnungen untergebracht, schließlich führt man den entscheidenden Schlag gegen das Missionshaus aus, gilt es doch, insgesamt 500 Arbeiter unterzubringen. Ende August 1938 beschlagnahmt diese Organisation das Haus, um darin Westwallarbeiter unterzubringen. Es gelingt jedoch, das Haus einstweilen wieder frei zu bekommen, doch wird es am 12. Januar 1939 erneut und endgültig beschlagnahmt. Den Patres und Brüdern blieben die Nebengebäude, ein Speiseraum neben der Küche und die Bibliothek. Alles übrige mußte abgetreten werden: die Tertianer gingen nach Menden, die Kleinen nach Knechtsteden. Mit dem 1. Oktober 1939 gilt die von Broich nach Knechtsteden verlegte Missionsschule laut Schreiben der Aachener Schulbehörde als aufgelöst, weil sie sich als unfähig erwiesen habe, junge Menschen im Geist des Nationalsozialismus zu erziehen.

Das Treppenhaus wurde „neu gestaltet“ mit der Schrift: „Die SA und SS haben Deutschland gerettet und nicht die Pastöre mit ihren Jünglingsvereinen. Willi Börger“.

Jener Willi Börger ist derselbe, der anlässlich der „Braunen Woche“ in Alsdorf im September 1933 die „hehren“ Worte gesprochen hatte: „Unsere Generation entscheidet heute über Jahrtausende“.

Die im Zweiten Weltkrieg zerstörte Klosterkirche wurde wieder aufgebaut; die Missionschule wurde wieder eingerichtet und zu einem Gymnasium erweitert. Bald feiert diese Schule ihr 100jähriges Jubiläum.

Mit dem oben formulierten Bekenntnis zu einer klar umrissenen Erziehungsaufgabe schließt sich der Kreis um Partei, Elternhaus, Schule und HJ. Wie sich das schon früh auswirkte, soll an einem Beispiel aus Kellersberg vom 4. Dezember 1934 gezeigt werden; denn was 1936 breit erörtert worden war, galt von 1933 an schon weitgehend als geübte Methode. Eine genaue Betrachtung des nüchternen Presseberichtes, wie er nachstehend wiedergegeben ist, zeigt die gegensätzlichen Standpunkte und den Widerspruch in den Orientierungen, der zu einem inneren Bruch im jungen Menschen bezogen auf seine bisherige Orientierung führen mußte: „Am Fest der Hl. Barbara beging die St. Barbara Schützengesellschaft Kellersberg ihr Patronatsfest. Der Vorsitzende der Bruderschaft gedachte zunächst des verstorbenen Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, dem er einen Nachruf widmete, und sprach Worte der Treue zu Adolf Hitler, dem Führer des deutschen Volkes. Dann begrüßte er herzlich die hochwürdige Pfarrgeistlichkeit und die Familienangehörigen der Schützen, die sich zum alljährlichen Familienfest eingefunden hatten. Pfarrektor Esser richtete eine kurze Ansprache an die Schützen, in der er kurz die Geschichte der Schützengesellschaften streifte und feststellte, daß die Kellersberger Schützen stets für Glaube Sitte und Heimat, getreu der Tradition der Schützengesellschaften, eingestanden seien“. So der nachfolgende Bericht im „Echo der Gegenwart“.

Was auf die Gesellschaft zukommen sollte, hatte schon längst der Kellersberger Kaplan Wilhelm Westkamp geahnt; er behielt recht. Durch die Wahlergebnisse von März 1933 hatte die NSDAP Auftrieb erfahren und machte das auch deutlich. Schon kurz nach der Kommunalwahl zog die NSDAP die Hakenkreuzfahne auf dem Gebäude der katholischen Volksschule in Kellersberg. Ringstraße, hoch, um zu demonstrieren, was von nun an Sache sei. Kaplan Westkamp reagierte, und der „Westdeutsche Beobachter“ am 21. März 1933 auch. Die Art des Umgangs mit dem Andersdenkenden und der Stil der attackierenden „Argumente“ bei der sogenannten Berichterstattung in dieser frühen Zeit sind zu beachten. Sie stellen gewissermaßen schon in dieser frühen Zeit die neue „Amts- und Parteisprache“ dar, die die kommenden Jahre bestimmen sollte:

„Wir verlangen Achtung vor den Reichsfarben. Der Kaplan und das Hakenkreuz.

Alsdorf. Der Kaplan von Kellersberg ließ am vergangenen Montag den Unterricht an der Volksschule ausfallen, weil er das Schulgebäude, auf dem das Hakenkreuz wehte, nicht betreten wollte. Dazu ist zu bemerken, daß sich die zuständige Behörde einmal gründlich mit dem Herrn über Dienstauffassung zu unterhalten haben wird. Der Herr wird sich wohl bald „umstellen“ müssen, wenn er weiter deutsche Kinder unterrichten will.“

Um größere Ärgernisse zu verhindern, versetzte Bischof Dr. Voigt Kaplan Westkamp im Januar 1934 nach Heerlen, um dort im benachbarten Ausland die deutsche Siedlung zu betreuen, so das „Echo der Gegenwart“ vom 9. Januar 1934.

Pfarrektor Esser, Kellersberg, hatte das NS-Spiel und genauso die damit verbundene Gefahr für die Jugend und für das Volk erkannt. Er schwieg nicht, sondern griff energisch Lehren und hinterhältige Methoden des NS-Regimes öffentlich an. Die Partei schlug zu. Gut ein halbes Jahr später, im Juli 1935, hatte er auf Befehl der Aachener Regierung den Regierungsbezirk zu verlassen. Ausweisung! Damit allein war es aber längst nicht getan.

Das neue System hatte einen konkreten Anlaß gefunden, jetzt zuzuschlagen. Esser wurde in Untersuchungshaft genommen und vor das für den Bezirk des Oberlandesgerichts in Köln zuständige Sondergericht gebracht. Zeugen gegen ihn waren der Kellersberger Lehrer Michael Wirschem und die Lehrerin Josefine Kopp neben einem Schüler der Kellersberger Schule. Wenn die Angaben des Schülers zutreffend sind, woran kaum Zweifel bestehen, läßt sich sicher sagen, daß Esser gegenüber diesem Schüler nicht hätte tötlich werden sollen. Von der Taktik her war es politisch mehr als unklug gewesen. Vielleicht schüteln wir, die wir heute kaum noch Maßstäbe und Formen kennen und beachten, den Kopf über das, was jedenfalls damals die Gemüter erhitzte und die Konfrontation aufkommen ließ. Aber die Gründe des Urteils machen deutlich, daß sich zwei Welten dort gegenüberstanden, die miteinander unversöhnlich waren und unversöhnlich bleiben mußten: das politische System und die katholische Kirche. Die Gründe des Urteils lassen aber auch erkennen, in welchem einen Gewissenskonflikt um der eigenen Existenz willen die Jugend gekommen war angesichts der beiden Autoritäten, von denen jede für sich Anspruch auf die Jugend erhob. Der Urteilsspruch zeigt klar, wie rigoros das Sondergericht die Interessen des Systems vertrat und das zertrat, was ihm entgegenwirkte. Nun zu den Hintergründen. Geschehnissen und Urteilsgründen:

Am 30. Juni 1935 fand der Kreisparteitag in Aachen statt, an dem auch etwa 70 Angehörige des Jungvolkes aus Alsdorf teilnahmen. Da die Abfahrtszeit bereits auf 7 Uhr morgens festgesetzt war, besuchte nur ein Teil der Jungen die Sonntagsmesse.

Am 2. Juli 1935 sprach der Angeklagte bei Erteilung des Religionsunterrichtes hierüber in der Schule und nannte die Führer der Staatspartei Verführer, indem er die Wendung gebrauchte: „Eure Führer sind keine Führer, sondern Verführer.“ Im Gottesdienst am Sonntag, dem 7. Juli 1935, kam der Angeklagte auf das Versäumnis der Sonntagsmesse zurück und stellte dabei fest, daß 29 Jungvolkangehörige in seinem Pfarrbezirk die Messe versäumt hatten. Er ermahnte die Eltern, für die Erfüllung der religiösen Pflichten durch die Kinder zu sorgen, und sagte dabei wörtlich: „Wir erinnern sie, die Eltern, daran, daß es ihre Gewissensverpflichtung ist, ihre Kinder von allen Veranstaltungen fernzuhalten, die ihnen die Erfüllung der Sonntagspflicht unmöglich machen.“ In der Nachmittagsandacht desselben Tages äußerte der Angeklagte: „Das wollen Führer sein, die Euch vom Kirchenbesuch abhalten; es ist an der Zeit, daß die Eltern sich gegen solche Führer wenden. Wenn ihr – die Jungen – schon nicht in eine Kirche gehen könntet, dann müßtet ihr auch den Mut haben zu sagen: jetzt gehen wir auch nicht zum Kreisparteitag.“

Am 8. Juli 1935 traf der Angeklagte den Volksschüler P. auf der Straße und überholte ihn. Als Schüler P. ihn bemerkt hatte, grüßte er ihn mit dem deutschen Gruß. Daraufhin stellte der Angeklagte den Schüler zur Rede und fragte ihn: „Wie heißt das?“ Der Angeklagte wiederholte seine Frage mehrmals. Der Schüler sagte schließlich: „Heil Hitler“ ist der deutsche Gruß und ich grüße so, wie man es uns in der Schule gelehrt hat.“ Nun forderte der Angeklagte den Schüler auf, sich am nächsten Morgen bei ihm in der Schule zu melden.

Als der Schüler P. sich am nächsten Tag meldete, fragte der Angeklagte ihn zunächst wieder, wie er, der Zeuge, gestern begrüßt habe. Als dieser antwortete, er habe mit dem deutschen Gruß begrüßt, fragte der Angeklagte den Zeugen, wie er es denn die Jugend gelehrt habe. Der Zeuge antwortete: „Gelobt sei Jesus Christus“, setzte jedoch hinzu: „Der deutsche Gruß ist aber „Heil Hitler.“ In dem Augenblick gab der Angeklagte dem Zeugen eine so heftige Ohrfeige, daß dieser gegen die Wand flog.

Zu den Urteilsgründen: „Wie von den Zeugen Kopp und dem Polizisten A. angegeben, habe der Angeklagte sich in der Kirche bereits in der letzten Zeit in versteckter Form gegen die Bewegung ausgesprochen. Durch seine Bemerkung über die Führer des Jungvolkes, über den Kreisparteitag und die Anwendung des deutschen Grußes habe er in gehässiger und hetzerischer Weise Einrichtungen und Anordnungen des Staates sowie der NSDAP angegriffen. Diese Äußerungen seien geeignet, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben, und seien zum Teil öffentlich in der Kirche, zum Teil in der Schule in böswilliger Form geschehen, wobei der Angeklagte, weil es sich um Kinder gehandelt habe, damit rechnen mußte, daß eine Verbreitung seiner Behauptungen erfolgen werde.

Als besonders schwerwiegend müsse es dem Angeklagten zugerechnet werden, daß er hier seine Angriffe gegen die Bewegung vor der Jugend erhoben und sie so gegen die Anordnungen der NSDAP einzusetzen und in ihrer Treue zu erschüttern versucht habe. Esser verteidigte sich wegen des Vorfalls mit dem Schüler, daß er lediglich verlangt habe, daß dieser ihn so grüße, wie es üblich sei, einen Geistlichen zu grüßen. In dem Urteil ergehen dann noch richterliche Anmerkungen zur Höhe der Strafe, die in dem Urteil vom 11. November 1935 dann folgendermaßen ausgesprochen war:

„Der Angeklagte wird wegen fortgesetzten Vergehens gegen § 2 des Gesetzes über heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniform vom 20. Dezember 1934 in Tateinheit mit Vergehen gegen § 103 a StGB zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten kostenpflichtig verurteilt. Die Untersuchungshaft wird angerechnet.“¹²⁾

All diese Vorgänge waren der Alsdorfer Bevölkerung so bekannt wie die parteipolitischen Zielsetzungen überhaupt. Entgehen konnte den Zeitungslesern auch nicht, daß zum Beispiel die Aachener Tageszeitung „Politisches Tagesblatt“, der auch immer ein lokaler Teil angefügt war, die Gottesdienstordnung der Katholischen Kirche seit 1939, also anders als bis dahin, nicht mehr veröffentlichte. Von nun an fehlte dieser regelmäßig abgedruckte „Katholische Kirchenkalender“. Es erschienen nur noch Mitteilungen über die evangelischen Gottesdienste. Aber auch sie wurden von 1943 an nicht mehr gebracht, nachdem diese Kirche im hiesigen Raum sich immer mehr von dem politischen System distanziert hatte. Auch hatte gar nicht entgehen können, daß die an sich katholisch ausgerichtete Tageszeitung „Echo der Gegenwart“ ihr Erscheinen bereits Ende 1935 eingestellt hatte. Solche Vorgänge dürfen einfach nicht übergangen werden. Sie waren die Wirkungen jener Strahlen, die von der NSDAP als Kern des Staates ausgingen. Als jedoch 1941 im hiesigen Raum ein Flugblatt mit einem neuen Glaubensbekenntnis für eine sogenannte Nationale Reichskirche Deutschlands nebst Organisationsplan verteilt wurde, wobei der Punkt 29 forderte, bei Gründung der Nationalen Reichskirche Deutschlands alle Christenkreuze von Kirchen und Domen zu entfernen und durch das Hakenkreuz zu ersetzen, war eine spürbare Unruhe unter den Katholiken eingetreten, die die Aachener Regierung veranlaß-

te, Bericht nach Berlin zu geben mit dem Hinweis, daß seit der Machtergreifung eine vergleichbare Unruhe hier nie eingetreten sei. ¹³⁾

Wegen des sogenannten Kanzel-Erlasses Görings von Mitte 1935 hielt die Amtskirche auf der unteren Ebene sich mit den öffentlichen Protesten mehr und mehr zurück. Dafür arbeitete sie nunmehr immer verstärkter gewissermaßen „im Untergrund“ und hier vornehmlich in der Jugendarbeit in den Pfarrhäusern und Kaplaneien. Für die Zeit von 1935 bis zum Ende des Systems sind die Akten der Regierung Aachen und der hiesigen Gestapo voll von Berichten über diese Tätigkeiten, ohne daß hiergegen eingegriffen werden konnte, da ja alles im Kirchenraum sich abspielte und zudem noch als Meßdienerstunde oder Chorprobe der Kinder und Jugendlichen ausgegeben wurde. ¹⁴⁾ Da stand nun doch noch das Konkordat im Wege.

Für Alsdorf sei hier vor allem Kaplan Wilhelm Nusselein genannt, der spätere Oberpfarrer von St. Paul in Aachen, der es verstand, die jungen Leute in seine Kaplanei in der Castorstraße zu holen, wobei ihn nicht interessierte, ob die „in Zivil“ oder in der HJ-Uniform erschienen. Er wirkte hier von 1940 bis 1944.

II. Das gesellschaftliche und gesellige Leben

Das gesellschaftliche und gesellige Leben in der ganzen Gemeinde Alsdorf und damit auch in den Kolonien Kellersberg wurde weiter von den Vereinen getragen. Es gab wie immer Vereine, die einen stark politischen Charakter hatten. Dazu gehörte der Saarverein; dazu gehörten die Kriegerkameradschaften, wie sie in Kellersberg und in Alsdorf bestanden. Schießübungen als Sport bestimmten das Beschäftigungsfeld. Groß kamen sie heraus bei der Teilnahme an politischen Veranstaltungen wie den Heldengedenkfeiern und den Volkstrauertagen. In den späteren Jahren des NS-Systems waren sie eine starke Stütze bei allen Anstrengungen der NSDAP. Allein dem Sport gewidmet waren Turnvereine in Kellersberg und in Alsdorf, der Boxverein und vor allem die Fußballvereine. Hier glänzte wie in den früheren Jahren der Kellersberger Sportclub Viktoria 1916. Seinen eigenen Sportplatz hatte er wie vorher neben dem Vereinslokal Bodden an der Broicher Straße. Seit der Gründung 1916 hatte er zwar auch Tiefen erlebt, aber die lokalen Zeitungen berichteten immer wieder von den Siegen und Aufstiegen. Als er aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens im September 1941 ein Jugendfußballturnier veranstaltete, hatte er allen Grund zur Freude und zum Feiern, wenn auch die damalige Kriegsstimmung sonst allgemein dämpfend wirkte. Zu den Sportvereinen kann sicher auch der Kellersberger Schachverein 1931 gezählt werden, bei dem besonders der Verstand gestählt wurde. Er fand vor allem großen Zuspruch während der Kriegszeit, da man sich hier im Vereinslokal in Ruhe aufhalten konnte und nicht den Kriegsgefahren draußen ausgesetzt war. Dieser Verein hatte Kontakte und somit eifrigen Wettbewerb mit dem Schachverein Alsdorf, aber genauso mit Aachen und Eupen, wo Turniere ausgetragen wurden. In besonderer Weise engagierte er sich bei Preisspielen und Turnieren, bei denen die Preise, Sammlungen und Spenden zugunsten des Winterhilfswerkes verwendet wurden.

Von ganz anderer, aber wichtiger Art waren in der Gemeinde die Kleingärtnervereine. In Kellersberg bestand er seit 1934; in Alsdorf wurde er etwas später gegründet; nach dem

Bau der Siedlung Busch schlossen sich dort viele Siedler auch zu einem solchen Verein zusammen. Ein besonderes Engagement ging immer von Kellersberg aus. Rund 40.000 qm Gartenfläche bearbeiteten die Mitglieder anfangs, bis sie bereits 1940 ihre Anlage „Bergmannsruh“ auf 60.000 qm erweitern konnten. Schon 1938 gerieten sie wie vergleichbare Vereine stark unter die Kontrolle der NSDAP und erhielten von dort aus klare Anweisungen für Schulungen und Anbau. Das änderte aber nichts an der bestehenden großen Eigeninitiative, mit der der Verein alljährlich seine Gartenschau vorbereitete und mit diesem Fest zahlreiche Menschen aus dem gesamten Gemeindegebiet anlockte. Diese Kleingärtnervereine boten ihren Mitgliedern nicht nur eine Möglichkeit der Freizeitgestaltung, sondern auch vor allem in den wirtschaftlichen Krisenzeiten eine wichtige Grundlage zum Überleben. Freilich boten sie Fremden auch zugleich genug Gelegenheit, dort einzubrechen und zu stehlen, wie es die Kellersberger oft genug erleben mußten. Kaninchenzucht-, Ziegen- und Schafzüchtervereine verfolgten neben reiner Liebhaberei auch klare Nutzzwecke. Anders war es bei den zahlreichen Brieftaubenvereinen wie z.B. bei „Gut Flug“ Kellersberg. Hier ging es um die besten Flugerfolge, also um Siege. Für die reine Unterhaltung und Geselligkeit, aber genauso für die eigene persönliche Entfaltung der Mitglieder waren die zahlreichen Theatervereine gegründet worden. Sie traten immer wieder – und das auch bis in die späten Kriegsjahre hinein – in den Sälen auf und zogen die Massen an. Da spielte auch eine große Rolle der Kellersberger Trachtenverein „Almrösl“, der zunächst unter dem Namen „Bayerische Schuhplattler Kellersberg“ aufgetreten war. Er hatte sogar auswärtige Veranstaltungen, so im Juli 1939 im Kurhaus Aachen. Heimatliche Tänze und Gesänge bestimmten weitgehend sein Programm. Mit einer Großveranstaltung auf dem Viktoria-Sportplatz in Kellersberg feierte er Ende Juli 1938 sein 15jähriges Bestehen. Über viele Vereine müßte noch gesprochen werden. Das würde aber den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Hier und da werden andere sicher noch Erwähnung finden.

All diese Vereine unterstanden letztlich der Kontrolle der NSDAP und waren in das weite Programm der Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ einbezogen, wenn sie vielfach in ihrer Verantwortung für den eigenen Auftritt auch ihre Selbständigkeit behielten. Eingebunden waren sie vor allem bei den großen Sammelaktionen für das Winterhilfswerk. Entsprechende Spendenaufrufe erfolgten vor oder bei den Veranstaltungen. Eintrittsgelder wurden als Spenden hergegeben usw. Das alles floß dem Winterhilfswerk und schließlich dem Kriegswinterhilfswerk zur Versorgung der Heere zu.

Verständlich ist somit auch, daß all diese Vereine, vor allem die Trommler- und Pfeiferkorps bei den großen Propagandamärschen der Partei mitwirkten, um neben den eigentlichen Parteiformationen in festen Reihen die Geschlossenheit der Gesellschaft zu demonstrieren. Verständlich ist aber auch, daß die alten kirchlichen Vereine keinen öffentlichen und offiziellen Bestand mehr hatten, seien es die Jugendorganisationen, Müttervereine, kirchlichen Schützenvereine oder wie sie alle hießen und heißen, nachdem schließlich die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen ergangen waren. Sie konnten sich nur als private Gruppen genauso privat im Pfarrhaus treffen, und das vorsichtig, um nicht den Eindruck eines doch öffentlichen Treffens zu erwecken. Öffentliches Wirken konnten sie nur noch zeigen als Mitglieder der HJ, der NS-Frauenschaft und der sonstigen NS-Verbände, die jeweils für sie nach den Gleichschaltungsgesetzen zuständig waren.

Aus dieser politischen Zielrichtung der Partei wird dann auch klar, daß sie sehr schnell bemüht war, alles an Veranstaltungen an sich zu ziehen, was bislang in einem hohen Ma-

ße unter der Leitung der Pfarrgemeinden gestanden hatte. Da waren die Kirmessen. Waren die Augen der Partei 1933 und 1934 noch auf ganz andere Aufgaben gerichtet, so legte sie 1935 los. Es gab die „Bronkkirmes“. Am selben Juni-Tag setzte die Partei diesem Traditionsfest als Konkurrenz die „Sonnenwendfeier“ entgegen. 1936 war in der Presse nur noch von der Sonnenwendfeier zu lesen, bei der alle NS-Formationen aktiv waren. Bei den Kirmes- und Schützenfesten in Kellersberg berichtete die Presse schon nicht mehr über einen kirchlichen Bezug. All das ging schließlich in die NSV-Sommerfeste oder Volksfeste über, die ganz in der Hand der Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ lagen.

Nicht anders erging es den Erntedankfesten und nicht zuletzt der für Kellersberg so bedeutsamen St. Martinsfeier. Schon 1936 hatte die Partei dieses Fest voll im Griff mit der Kapelle der HJ und der Partei-Leitung.

Neben diesen örtlichen Vereinen wirkte die Partei selber in besonderer Form. Da gab es nicht nur das bald zum Tagesbild gewordene Aufmarschieren der NSDAP, sei es in den Sälen, sei es auf den großen Sportplätzen der Gemeinde. Politische und staatliche Veranstaltungen wie der Heldengedenktag, der Volkstrauertag und der 1. Mai als Staatsfeiertag mit Aufzügen, Reden und Maibällen zogen die Menschen massenweise an. Die Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ veranstaltete in eigener Verantwortung Varietévorstellungen, Musikabende, Konzerte, Filmvorführungen, Bälle, Wanderungen und Radtouren. Hinter dieser Organisation stand die Deutsche Arbeitsfront unter dem Parteigenossen Lattwein. Ihr Ziel war es eben, durch „Lebenshebung“ und Freude Kraft zur Arbeitsleistung „anzuheizen“. Und das wäre eigentlich gar nicht nötig gewesen, wenn genug Arbeit und Verdienst vorhanden gewesen wären. Doch darüber später.

Daß sich diese Veranstaltungen, die das allgemeine Leben im geselligen Raum füllten, Jahr um Jahr glichen, dürfte klar sein. Um nun einmal aufzuzeigen, wie so ein „Jahresprogramm“ für die Bevölkerung ablief, sollen einfach zwei Jahre herausgegriffen werden und zwar die beiden Jahre vor und nach den beiden Schicksalsjahren 1938 mit der Reichskristallnacht und 1939 mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges, also die Jahre 1937 und 1940. Dabei wird darauf verzichtet, parteiinterne Veranstaltungen anzuführen wie Dienstappelle, Pflichtversammlungen und Schulungsabende der Formationen.

1937: 1.1.: guter Verlauf der Nacht mit reichlich Silvesterknallerei; 5.1.: 1. Galasitzung des Alsdorfer Karnevalsvereins im Kasino; 11.1.: Saargedankenfeier des Saarvereins im Kasino; 18.1.: Tag der Polizei; ebenso: KdF-Karneval im Kasino; 23.1.: öffentlicher Kameradschaftsabend der Kriegerkameradschaften im Kasino unter Führung der Kellersberger Gruppe; 25.1.: öffentliche Versammlung der NSDAP; 25.1.: Theaterabend der „Dramatischen Vereinigung“, der NS-Kulturgemeinde angeschlossen, im Saale Plum; 2.2.: Damen-Gala Prunksitzung mit Prinz Lambert I. und Prinzessin Maria im Kasino; 6.2.: Karneval des Eifelvereins, Rosenmontagszug; 22.2.: öffentliche Versammlung der NSDAP; 1. Mai: großes Volksfest am Staatsfeiertag; 29.5.: Alsdorfer Sommerkirmes; 31.5.: Vogelschießen der Flobertschützengesellschaft. Von Juni an reger Schwimm- und Badebetrieb auf und im Weiher; 15.6.: Reit-, Spring- und Fahrturnier unter Beteiligung des SA-Reitersturms in Alsdorf; 22.6.: große Feier zur Einweihung des neuen HJ-Heimes; 15.7.: KdF-Wanderfahrt in das Heinsberger Land; 20.7.: Gartenschau des Kleingärtnervereins Kellersberg; 26.7.: großes Fest zur Einweihung der DAF-Siedlung Zopp; 17.8.: großes Empfangsfest für die siegreiche SA-Mannschaft Alsdorf nach den Reichswettkämpfen; 20.9.: Kriegerfest der

Kriegerkameradschaft in Kellersberg; 5.10.: großes Erntedankfest mit Umzug; 9.10.: Konzert der Alsdorfer Sängervereinigung im Kasino; 21.10.: Aufführung des Oratoriums „Die Schöpfung“ von Joseph Haydn anlässlich des 60jährigen Bestehens des Alsdorfer Kirchenchors „Cäcilia“; 29.10.: Fest der Sanitätskolonne; 9.11.: öffentlicher Festabend der Ortsgruppe des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen; 6.12.: öffentliche Feierlichkeiten anlässlich des 10jährigen Bestehens des Alsdorfer Turnvereins 1927; 12.12.: Wertungssingen des Deutschen Sängerbundes in Alsdorf.

1940: 16.1.: KdF-Dorfgemeinschaftsabend im Saale Plum; 1.2.: Großkundgebung der NSDAP; 17.2.: Tag der Polizei; 27.2.: KdF-Bunter Abend im Kasino mit Ballett und Akrobatie; 12.3.: KdF-Varieté; 17.3.: Auftritt des Rheinischen Landestheaters; 27.3.: Konzert des Rheinischen Landesorchesters im Kasino; 8.4.: Großkundgebung der NSDAP; 16.4.: KdF-Großvarieté im Kasino; 29.4.: Großkundgebung der NSDAP; 9.5.: Großkundgebung der NSDAP (von einer Maifeier wie sonst üblich ist nichts berichtet); 29.6.: Gartenschau bei den Kellersberger Kleingärtnern; 11.7.: KdF-Tagesfahrt zum Hariksee; 9.8.: KdF-Wandersport, Fahrt ins Blaue. Ab Juni wie üblich reger Bade- und Kahnbetrieb am Weiher; 16.8.: KdF-Fahrt nach Eupen; 28.8.: Kellersberger Jugend-Elf nach Köln; 5.9.: KdF-Rad- und Fußwanderung zur Teverner Heide; 11.9.: Kellersberger Viktoria-Jugend und Merksteiner Jugend im Wettkampf; 15.9.: Großkundgebung der NSDAP; 20.10.: Großkundgebung der NSDAP; 11.11.: Feier zum Heldengedenktage; 14.11.: KdF-Werkausstellung deutscher Künstler im Kasino; 16.11.: Musikabend des Fähnleins 11/386 im Saale Plum; 3.12.: Konzert des Westmarkorchesters im Kasino anlässlich des 7jährigen Bestehens der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“; 5.12.: Preisschießen der Kleinkaliberschützen.

Das sind für die beiden Jahre nur die Veranstaltungen, über die die Presse berichtet hat; hinzu kommen die zahlreichen Fußballspiele und sonstigen sportlichen Veranstaltungen, für die im Jahr 1940 schon keine besonderen Berichtseiten mehr bedruckt werden, wie das bisher an sich üblich war. Es wurde gespart, es gab nur noch kurze Vermerke hierüber zwischen den allgemeinen Nachrichten.

Das alltägliche Leben bestand nun aber nicht nur aus Feiern, Jubeln und Demut vor der Partei. Die Sorgen des Tages um den Haushalt, um die Arbeit, um die Schulen und Kindergärten hatten schon ihren erstrangigen Stellenwert.

An der Bebauung der Broicher Straße hatte sich seit dem Beginn der 30er Jahre kaum etwas geändert. Damals hatte Frau Christine Derichs im Haus Nr. 113 mit ihrer Drogerie den Geschäftsmarkt bereichert. Sonst pulsierte dort in Kellersberg das Geschäftsleben weiter wie bisher, so wie es für Alsdorf-Mitte weiter in der Bahnhofstraße und Hindenburg-Straße (Rathausstraße) der Fall war. An den Namen und Inhabern der Geschäfte hatte sich ebenfalls kaum etwas geändert. Eine Änderung – allerdings in Maßen – hatte sich wohl in den Kolonien Kellersberg selbst ergeben. In diesen reinen Wohnsiedlungen waren kleine Gewerbe- und Handwerksbetriebe entstanden. Nach dem Einwohnerbuch des Kreises Aachen für 1935 hatten in den Kolonien 1 und 2 zu jener Zeit neun Friseur bzw. Friseurinnen ihren Betrieb, sechs Schuhmacher, zwei Schneider, zwei Anstreicher und sogar Franz Bongart ein Kolonialwarengeschäft. Dennoch dürfte das dem Geschäftsleben auf der Broicher Straße keinen spürbaren Abbruch getan haben.

Für die Bewohner waren sowohl die Broicher Straße als auch die Kolonien selbst attraktiver geworden, nachdem die Fahrbahnen der Straßen der Kolonien mit einer neuen Packlage versehen worden waren und der Ausbau der Broicher Straße und des „Sandberges“, also des Kellersberger Berges, seinen jedenfalls vorläufigen Abschluß gefunden hatte. Zwar war der Kellersberger Berg, der sogenannte „Sandberg“, jedenfalls in Richtung Ofden, zu einer besonderen Gefahrenzone geworden, da vor allem Radfahrer zum Rasen verleitet wurden mit der Folge häufiger Stürze mit kleineren, aber auch größeren Verletzungen, worüber die Presse immer wieder berichtete. Aber der frühere bessere Karrenweg bis hin nach Alsdorf war verschwunden und durch eine Straße ersetzt worden. In den Kolonien selbst war es im übrigen weiter bei den bestehenden Klärgruben wie auch bei der alten Wasserversorgung durch die Straßenpumpen geblieben.

Nun läßt sich aber auch erkennen, daß in diesen Jahren der NS-Zeit – hier gestützt auf das Einwohnerbuch von 1935 – viele Frauen selbst in einem Arbeitsverhältnis standen. Das betrifft nun wieder die Kolonien Kellersberg. Die Frauen waren vorwiegend beschäftigt als „Stützen“, also als Hausgehilfinnen, aber auch Haushälterinnen und Köchinnen. Es kam vor der Beruf der Büglerin, der Näherin, der Pflegerin, wobei nicht geklärt werden kann, ob dies in der Form eines selbständigen Gewerbes erfolgte. Es läßt sich hier eine Veränderung im gesellschaftlichen Bewußtsein feststellen, aber wahrscheinlich mehr noch das Bemühen, in jeder Familie alle Kräfte zu nutzen, um die allgemein weiter bestehende wirtschaftliche Notlage zu überstehen, die sich übrigens auch weiterhin mit einer Wohnungsnot verband. Folgen solcher Mißstände, die unmittelbar die eigene Person berührten, waren einfach alle erdenklichen Anstrengungen zu überleben. Da wurde oft nicht gefragt, ob die Methoden rechtmäßig waren oder nicht. Gereiztheit und Mißgunst durch die bestehende Lage waren oft Ursache für Streitigkeiten, die nicht selten in Brutalität ausarteten, mögen sie, wenn solche Vorfälle zwischen Frauen auftraten, auch manchmal Heiterkeit ausgelöst haben.

Gingen solche Schlägereien unter Männern bis zur Messerstecherei, so sah das bei Frauen etwas anders aus:

„Die Ehefrau eines hier (Kellersberg) wohnenden Bergarbeiters wurde, als sie sich zur Pumpe begab, von verschiedenen Nachbarsfrauen bedroht und mißhandelt. Die Frauen stürzten sich auf die Hilflose, rissen ihr die Kleider vom Leibe und mißhandelten sie derart, daß sie blutige Verletzungen davontrug. Durch das Eingreifen der Polizei wurde die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt.“

War das am 5. Mai 1930, so wird ein ähnlicher Fall vom 19. August 1932 so beschrieben: „In den Vormittagsstunden kam es in der Roon-Straße (Kellersberg) zu wüsten Skandal-szenen zwischen verschiedenen Nachbarn. Zwei Leute gerieten beim Wasserholen an der Pumpe in Streit; es kam zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf sich insgesamt sieben Personen - Männer und Frauen - an einer Schlägerei beteiligten. Die seit längerer Zeit in Fehde lebenden Nachbarn schlugen gegenseitig mit Wassereimern und Krügen sowie mit den Fäusten aufeinander ein, bis die hinzukommende Polizei der Geschichte ein Ende machte. Über hundert Zuschauer hatten sich auf der Straße angesammelt. Daß die Streitenden sich gegenseitig mit Wasser beschütteten, mag wesentlich zur baldigen gegenseitigen Abkühlung beigetragen haben. Außer blutigen Schrammen und ordentlichen Beulen am Kopf hat keiner der Beteiligten ernste Verletzungen davongetragen. Die Polizei läßt hoffentlich nicht lange mit einer Strafverfügung auf sich warten“.

Ähnliches für den 11.1.1935: „In Kellersberg mißhandelten drei Frauen eine andere derart, daß sie Zuflucht bei der Polizei suchen mußte. Außerdem sollen die drei Frauen nach Angabe der Mißhandelten ihr drei Mark, einen Schirm und einen Schal entwendet haben“.

Für den 18.1.1938 heißt es: „An einem der letzten Tage gerieten im Ortsteil Kellersberg zwei Frauen in Streitigkeiten, die in Tätlichkeiten ausarteten. Der Streit entstand dadurch, daß eine Frau der Nachbarin den Schmutz der Straßenrinne vor ihr Grundstück gekehrt und liegengelassen haben soll. Im Laufe der Reibereien ergriff eine Frau einen Besen und schlug auf die andere ein. Die Frau erlitt blutunterlaufene Striemen am Körper und mußte in ärztliche Behandlung“.¹⁵⁾

Diese extremen Vorfälle kamen vereinzelt, wenn auch keineswegs selten vor. Einige Berichte verweisen auch auf das Pumpensystem als Wasserquelle in den Kolonien und sind allein deswegen schon von Bedeutung.

Fast an der Tagesordnung waren die Kellereinbrüche, Feld- und Gartendiebstähle, Fahrraddiebstähle, nicht zuletzt die Einbrüche in Häuser, Wirtshäuser, sogar in Kirchen und Pfarrhäuser, um auf diese Weise an Geld zu kommen. Es ging einfach nicht darum, kriminell zu sein. Es ging darum, die wirtschaftliche Not zu überwinden. Da spielte auch das Kostgängertum eine Rolle, bei dem wegen der Wohnungsnot meist Ledige Aufnahme in Haushalten fanden und dies oft genug auch ausnutzten, Diebstähle dort zu begehen und schnell zu verschwinden. Aus den gleichen Gründen blühte der Schmuggel. Da ging es vorwiegend um Tabak, Zigaretten, Kaffee, aber auch um Fahrräder, das Fortbewegungsmittel des Arbeiters. Die Menschen ließen sich von all dem nicht abhalten, ob da die SA und SS als Feldhüter eingesetzt wurden oder ob die Polizei- und Zollstreifen verstärkt Kontrollfahrten unternahmen.

In der NS-Zeit waren die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse kaum anders als in den 20er Jahren, wenn auch durch eine stärkere Organisation, Lebensmittel-, Schuh- und Kleiderkarten, versucht wurde, eine gewisse Gleichmäßigkeit in der notdürftigsten Versorgung zu erreichen. Und hier stand die Verwaltung vor keinen geringeren Schwierigkeiten als die in der Zeit vor 1933. Es ging um Wohnungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, feste Arbeitsplätze, Löhne und Waren.

III. Verwaltung und Ältestenrat

Dieser Abschnitt erfaßt das allgemeine Leben in der Großgemeinde Alsdorf während jener rund zwölf Jahre. Jahr für Jahr sollen die Ereignisse aufgezeigt werden. Deswegen wird auf eine Unterteilung in weitere Abschnitte nach bestimmten Themen verzichtet. Wo allerdings der Sachzusammenhang eine geschlossene Darstellung verlangt wie z.B. bei der Verfolgung der jüdischen Mitbürger, wird eine entsprechende Schilderung gegeben, die über das einzelne Jahr in die nächsten übergreifend hinausgeht.

Neben dem von Propaganda bestimmten parteipolitischen und neben dem gesellschaftlichen und geselligen Leben lief auch die Arbeit in der Gemeindeverwaltung. Nach der letz-

ten Kommunalwahl vom 14. März 1933 war Richard Becker weiter Bürgermeister der Gemeinde Alsdorf. Das Schicksal der politischen Parteien sollte aber auch bald ihn selbst treffen. Nach der vorletzten Kommunalwahl vom 18. Dezember 1932 verpflichtete der Bürgermeister die Verordneten mit Handschlag, wobei die Kommunisten schon damals, aber auch nach der letzten Wahl diese Handlung als eine reine Zeremonie bezeichneten. Die Sozialisten lehnten jede Koalitionsarbeit ab, da sie nur der Gesamtgemeinde zu dienen hätten, wie sie vorgaben, jedoch nicht einmal andeuteten, wie sie das bewerkstelligen wollten. Es war eine sonderbare Stimmung eingetreten, die die Arbeit sehr belastete. Aber auch die Vorgänge im Reich waren nicht dazu angetan, mit Schwung die Aufgaben anzugehen. Dies ganz abgesehen von der Tatsache, daß für notwendige Maßnahmen die finanziellen Möglichkeiten oft genug fehlten. Eine Unterdeckung der Finanzkasse von rund 100.000 Mark mußte festgestellt werden, die mit den Aufgaben durch die neue Zuordnung der Gebiete Kellersberg, Ofen, Schaufenberg und Neuweiler begründet wurde. Alles stand in Entwicklung, alles konzentrierte sich auf den neuen Gemeindeverband.

Die Aufbaurealschule erweiterte nach einem Bericht vom 6. Januar 1933 ihr bisheriges Schulsystem um die Klasse Obersekunda; sie führte damit in die Oberstufe ein mit der Folge einer ersten Reifeprüfung im Jahr 1936. Am 1. Februar entschieden die Kellersberger Kaufleute, sich dem Mittelstandsverband „Groß-Alsdorf“ anzuschließen und sich in diesem Gremium von den Kaufleuten Martin Vogel und Peter Mertens vertreten zu lassen, die bisher auch im entsprechenden Verband Broich tätig gewesen waren.

Weniger schön für die Kellersberger war die Abholzung des Wäldchens zwischen Kellersberg und der Hermannskolonie Anfang März 1933. Dieses Wäldchen war mit dem dort stehenden Wetterschacht der Grube Maria angelegt worden, der aber schon seit 25 Jahren nach der Verschmelzung der Vereinigungsgesellschaft für Steinkohlenbau im Wurmgebiet mit dem EBV überflüssig geworden war. Nun war auch dieses Wäldchen „überflüssig“ geworden.

Die neue und letzte Kommunalwahl vom 14. März 1933 hatte allein durch die gewaltige Veränderung der Stimmenverhältnisse durchgreifende Neuerungen gebracht. Einige Monate blieb es ruhig, auch in der Berichterstattung durch die Presse. „Zeichen von oben“ wurden sicher erwartet. Die Presse überspielte diese „Leere“ in der Verwaltung mit sonstigen Ereignissen. Da gab es am 25. März 1933 ein hervorragendes Konzert des Männergesangvereins Alsdorf im Kasinosaal Anna. Unter Leitung von Dirigent Ruland wurden chorische und sinfonische Werke aufgeführt. Daß freilich der Rat der Gemeinde am 3. April 1933 die Ernennung von Reichspräsident Paul v. Hindenburg und von Reichskanzler Adolf Hitler zu Ehrenbürgern auf Antrag der NSDAP beschlossen hatte, ließ sich nicht einmal das „Echo der Gegenwart“ entgehen. Die Übergabe der Urkunde hierüber erfolgte erst am 30. Januar 1934, also am Jahrestag der Machtergreifung, nachdem die Urkunde selbst von dem NS-getreuen Gewerbelehrer Robert Fernschild entworfen und sodann ausgeführt worden war.

Daß der Ältestenrat der Gemeinde Alsdorf seinem Führer 1939 die herzlichsten Glückwünsche zum 50. Geburtstag übermittelte, war wohl eine Selbstverständlichkeit, wofür dieser sich dann auch im Juli desselben Jahres bedankte, wovon die Gemeindeältesten in Kenntnis gesetzt wurden, wie das „Politische Tagesblatt“ am 15. Juli 1939 stolz berichtete. Doch zurück zu den Ereignissen im Jahr 1933.

Am 17. Mai startete der Berufsschulzweckverband Alsdorf-Herzogenrath-Merkstein auf dem Flugplatz Merzbrück eine große Ausstellung von Segelflugzeugen, um die Erfolge der Schüler nach einer langen Arbeitsepoche der Öffentlichkeit vorzustellen. Das Engagement des Leiters dieses Schulverbandes, des Berufsschuldirektors Peter Jumpertz, war enorm, was sich auch später noch bei verschiedenen Projekten zeigen sollte, die der Förderung der Jugend dienten. In der Siedlung Busch gab es eine andere Art von Engagement. Die Pfarrgemeinde Christ-König zeigte ihr künstlerisches Können mit der Aufführung des Schauspiels „Das Gastmahl des Balthasar“ von Calderon.

Dann aber war politisch die Lage so weit vorbereitet, daß die NSDAP Gelegenheit bekam zu demonstrieren, was von nun an Sache sein sollte. Bürgermeister Becker war „beurlaubt“ worden. Diese Form war für das neue System zunächst die einzige, diesen NS-abgewandten Politiker abzuschieben, da nun einmal für den damals 62jährigen Bürgermeister Pensionsansprüche noch nicht „reif“ waren. Doch schaffte die Partei zum 31. Dezember 1933 sein Ausscheiden. Richard Becker wurde nach 38 Jahren Amtszeit als Bürgermeister (1895-1933) in den Ruhestand versetzt, wobei aber seine Ruhebezüge nun gesichert waren; so die Mitteilungen der Presse vom 2. Januar 1934.

Die erste Sitzung in dem hierdurch eingetretenen Interregnum leitete am 16. Juni 1933 der NSDAP-Ortsgruppenleiter Steiger Christian Josef Grotenrath, der zugleich zweiter Beigeordneter war. In dieser Sitzung schied er als Ratsverordneter aus und kam in die Position eines besoldeten Beigeordneten, der nun kommissarisch die Amtsgeschäfte des Bürgermeisters wahrnahm, bis am 1. Februar 1934 Klaus Lux aus Ratheim sein Amt als Bürgermeister antrat, wie die Presse bereits am 25. Januar 1934 angekündigt hatte. Seine feste Anstellung auf 12 Jahre erhielt er allerdings erst am 1. Februar 1935. Schon am 24. Juli 1933 war er, der Gemeinderentmeister in Hoengen, zur Wahrnehmung der Rentmeistergeschäfte in Alsdorf bestimmt worden, so das Alsdorfer Ratsprotokoll vom 24. Juli 1933. Mit der Person und dem Wirken dieser Bürgermeister Becker und Lux hat sich in einer besonderen Schrift Karl Boventer beschäftigt ¹⁶⁾.

In dieser ersten Sitzung unter dem Parteigenossen Grotenrath ging es zunächst um die Feststellung der veränderten Verhältnisse nach der kommunalen Neugliederung von 1932. Die Bevölkerung von Alsdorf war von 11.875 auf 20.032 Seelen angestiegen; die Gemeindefläche war um 544 ha auf 1.351 ha erweitert worden. Kopfschmerzen bereitete der Gemeinde noch der finanzielle Ausgleich zugunsten der Gemeinde Broich für die Verluste von Kellersberg und Ofden. Im sozialen Bereich war zu vermerken, daß 672 Unterstützungsempfänger mit 1.820 Angehörigen zu betreuen waren mit einem Kostenaufwand von 355.000 Mark im Gegensatz zu dem Gesamtbetrag von rund 207.000 Mark vor der kommunalen Neugliederung. Die Polizeidienststelle war mit einem Kommissar und 14 Exekutivbeamten besetzt; ein Kriminaldienst mußte bei der hohen Kriminalität in dieser Industriegemeinde notwendig eingerichtet werden. Es war schon ausgeführt worden, daß auch in Alsdorf unter dem „neuen Deutschland“ die Kriminalität kaum zurückgegangen war, also keineswegs das eingetreten war, was heute so gerne als ein positives Zeichen jenes neuen Systems behauptet wird.

Was die Arbeit für die Zukunft betraf, ging es wie bisher um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch die Gemeinde, um so der Arbeitslosigkeit zu Leibe zu rücken, nämlich um Fortsetzung der Straßenbau- und Kanalisationsarbeiten. Jetzt liefen auf einmal unter der neu-

en Regierung die Kredite. Allein die Provinzialstraßenverwaltung gewährte für Straßenbaumaßnahmen aller Art ein Darlehen von 143.000 Mark. Damit konnte gewiß der neue Gemeindebaumeister Regierungsbaumeister a. D. Paul Otto Hermandung arbeiten, der auf den Gemeindebaumeister Dipl.-Ing. Krapowski gefolgt war.

In dieser Sitzung vom 16. Juni 1933 teilte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei mit, daß die Partei, Ortsgruppe Alsdorf, als aufgelöst zu betrachten sei.¹⁷⁾

Am 12. Juli standen viele Punkte an, worüber die Presse am 17. Juli 1933 berichtete. Der lange schon gehegte Plan, Grundstücke auf der Alsdorfer Heide zur Bebauung freizugeben und zu verkaufen, fand nun langsam seine Verwirklichung. Vier Reichsmark je Quadratmeter hatte der damalige Direktor der Berufsschule zu zahlen, der zu den ersten zählte, die sich für einen Hausbau auf der Heide interessiert hatten. So waren die Preise von ursprünglich vorgesehenen 2,50 Mark schnell gestiegen. Die Bedingungen für notwendige Kredite hatten sich verändert und damit ganz große Schwierigkeiten für die Verwaltung gebracht. Die Ortskrankenkasse Herzogenrath beabsichtigte, ihre Nebenstelle in Alsdorf zu schließen. So beschloß die Gemeindevertretung, eine eigene Krankenkasse einzurichten, in die auch Kellersberg, Ofden und Schaufenberg einzubeziehen waren, deren Einwohner immer noch von Broich bzw. von Jülich betreut wurden. Das Amt des Schiedsmanns wurde in Alsdorf mit Karl Knuppertz, in Schaufenberg mit Lambert Weinberg besetzt. Weitere Schiedsmannsstellen gab es noch nicht. An das Amtsgericht Aachen war ein Antrag zu stellen, damit nun auch der bisher für Alsdorf zuständige Gerichtsvollzieher in den Gemeindeteilen Kellersberg, Ofden und Schaufenberg tätig werden konnte und durfte. Der Verkehr hatte so an Intensität gewonnen, daß dringend eine Regelung des Vorfahrtsrechtes durch Beschilderung der Hauptstraßen getroffen werden mußte. Über die ungeheure Zahl von Verkehrsunfällen in Alsdorf berichteten die Tageszeitungen mehrfach wöchentlich. Dazu kamen noch die schweren und schwersten Unfälle in der „Todeskurve“ der Straße Aachen-Krefeld in Höhe der Ölmühle Wintgens. Erstes Bemühen, das Bild der Gemeinde Alsdorf aufzupolieren, zeigte sich in dem Antrag, Verbindung mit dem EBV aufzunehmen, damit der Schlammweiher am Bahnhof zugeworfen werde und im dortigen Bereich eine schlichte Grünanlage hergerichtet werden könne. Es ging hier um den Bereich an der Einmündung der Prämienstraße in die „Landstraße“, in die heutige Würselener-/Bahnhofstraße. Daß allmählich die Bevölkerung Klage geführt hatte über die Gerüche und Gaseinwirkungen durch die Kokerei, beschäftigte den Rat nur nebenbei. Zielsetzungen wie die Befestigung der Broicher Straße und die vorherige Rohrverlegung durch das Wasserwerk des Landkreises Aachen für die Wasserversorgung waren wichtigere Punkte, die zur Erörterung anstanden.

Am 16. August 1933 wurden die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen schon konkreter bezeichnet, die vornehmlich in Kanalisierungs- und Straßenbauarbeiten ihren Niederschlag fanden. Es ging um den Ausbau der Straße von Schaufenberg nach Mariadorf und vor allem um den längst schon projektierten und begonnenen Straßenbau nach Boscheln, der immer noch nicht zum Abschluß gekommen war.

Am 23. August 1933 wurde von einem Schreiben der aufgelösten Zentrumspartei Kenntnis genommen, wonach die bisherigen Gemeindevertreter weiter als Hospitanten tätig sein würden, nämlich der Beigeordnete Peters und die Gemeindevertreter Dreschers, Offermanns, Müller, Vogel, Geheü und Sieves. In dieser Sitzung wurde auch der Antrag

der Ortsgruppe Alsdorf der Glaubensbewegung Deutsche Christen angenommen, wonach die evangelische Schule in Alsdorf nun Ludwig-Müller-Schule und die evangelische Schule in Kellersberg Horst-Wessel-Schule heißen sollte. Für Kellersberg wurde eine schlechte Entscheidung getroffen. Schon in der Sitzung vom 17. März 1933 unter dem Vorsitz von Bürgermeister Becker hatte der Kellersberger Zentrumspolitiker Offermanns beantragt, die Verwaltungsstelle in Kellersberg beizubehalten. In der Sitzung vom 23. August 1933 wurde nun endgültig beschlossen, diese Verwaltungsstelle in Kellersberg vollständig aufzuheben¹⁸⁾. Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Bürgermeisters Grotenrath kam es am 23. November 1933 zu einer rein parteipolitischen Entscheidung: Einstellung von Zuschüssen an den Hilfsverein für Geisteskranke. Dieser Beschluß war als eine Sparmaßnahme getarnt und eingekleidet in weitere „Einsparungen“ beim Volksbund für Kriegsgräberfürsorge, dem Aachener Geschichtsverein und dem Rheinischen Verein für Denkmalpflege. Die Beschlüsse waren zu vollziehen durch Einstellung der Zuschüsse bzw. Rücknahme der Mitgliedschaft.¹⁹⁾

Bemerkenswert ist, daß in der Presse über diese Beschlüsse nichts berichtet worden war.

In der Sitzung vom 2. Dezember 1933 ging es gezielt um den Ankauf von Grundbesitz zu Siedlungszwecken und um die Anschaffung von Beleuchtungskörpern für alle Hauptstraßen, da die Ausführung mit den fortschreitenden Kanalisierungsarbeiten einhergehen sollte. Die Festlegung der Termine für die Ausgabe von Bezugsscheinen für Haushaltsmargarine und andere notwendige Lebensmittel zeigt die andere Seite jener Zeit, die aber schon längst zu einer Routinesache der Verwaltung geworden war. So lagen zunächst die Dinge, an denen Bürgermeister Klaus Lux sich von 1934 an zu orientieren und auf die er im Grund weiter aufzubauen hatte.

Das Jahr 1934 fing noch unter der Partei- und Verwaltungsregie von Ortsgruppenleiter Grotenrath an. Da brach am 3. Januar der Damm des Alsdorfer Weihers durch. Beide Weiher flossen nahezu aus. Der große Fischbestand wurde abgeschwemmt. Alsdorfer Bürger hatten ein leichtes Fangen, wenn sie nur ihre Netze an der Bruchstelle aufhielten. Großen Schaden erlitten die beiden anliegenden Mühlen, die für lange Zeit wegen des fehlenden Stauwassers außer Betrieb gesetzt waren. Am 18. Januar war der Plan, die Alsdorfer Heide zu bebauen, schon klar gefaßt worden, da 40 Baustellen verkauft werden sollten. Für die Studienräte der Aufbaurealschule sollten Wohnungen gebaut werden, damit diese Lehrkräfte auch ganz mit Alsdorf verwurzelt würden. Die Volksschule am Übacher Weg erhielt einen Erweiterungsbau mit vier Klassen. Die Einrichtung einer Volksbücherei wurde ins Auge gefaßt. Mit dem Bau einer Umfassungsmauer des Nordfriedhofes wurde begonnen, nachdem der Kreis und die Regierung Aachen ihre Zuschüsse bewilligt hatten, um so weiter an der Gestaltung des „Ehrenfriedhofes für die Knappen“ mitzuwirken.

Als Bürgermeister Klaus Lux am 16. Februar 1934 sein neues Amt antrat, erhielt Christian Grotenrath die hauptamtliche Stelle eines besoldeten Beigeordneten.²⁰⁾ Von diesem Platz aus konnte er die parteipolitischen Belange dirigieren.

Bürgermeister Lux stand vor vielen Problemen, als er seine Arbeit aufgenommen hatte. Die sozialen Aufgaben drängten am stärksten. Im Februar waren rund 40.000 RM zu Wohlfahrts- und Fürsorgezwecken aufgewendet worden. Die Unterhaltung der bedürftigen

Familien durch besondere Bezugsscheine für Lebensmittel, Kleidung und Schuhe setzte sich fort.

Das „neue Deutschland“ war in vieler Hinsicht zur Gleichschaltung und Aufsicht übergegangen. Die kommunalen Gebührensatzungen waren von nun an der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Am 13. März 1934 erreichte Bürgermeister Lux von dem „Ältestenrat“, der Gemeinde die „Zustimmung“. alle Satzungen mit dem Antrag auf Verlängerung vorzulegen.

Es gab keine „Gemeindevertretung“ mehr. Es gab seit der neuen Gemeindeverfassung vom 15. Dezember 1933 nur noch „Gemeindeälteste“, die von der Verwaltung nach Abstimmung mit der NSDAP-Gauleitung der Aufsichtsbehörde zur Ernennung vorgeschlagen wurden. In der Sitzung vom 13. März 1934 wurde die Zahl dieser Gemeindeältesten von 14 auf 11 herabgesetzt. Es entschied jetzt nur noch der Bürgermeister. Hieß es bisher: Der Rat hat mit diesem oder jenem Abstimmungsergebnis beschlossen, so lauteten von nun an die Anfänge der Entschlüsse des Bürgermeisters: Nach Anhörung der Gemeindeältesten beschließe ich hiermit

In der Sitzung vom 18. Mai 1934 erklärte Bürgermeister Lux, Pflicht und Aufgabe der Gemeindeältesten bestünden darin, den Bürgermeister zu beraten und für die Entscheidung des Bürgermeisters im Volk Verständnis zu schaffen, wie es von in Volk. Staat und Gemeinde erfahrenen und verdienten Männern in eigener Verantwortung zu erwarten sei. Fraktionen, Wahlen und Abstimmungen in einer Gemeinderatssitzung gehörten für immer der Vergangenheit an. – Die bestimmende Position des Bürgermeisters, wie sie die neue Gemeindeverfassung vorsah, war damit deutlich herausgestellt. Zu der maßgeblichen Änderung brachte das „Politische Tagesblatt“ am 4. Februar 1935 eine weitere Begründung: „Die Partei fühlt und handelt als Volk und bestimmt deshalb auch die Gemeinderäte bzw. Ratsherren, die nach Ernennung von nationalsozialistischer Grundeinstellung ausgehend nach eigenem pflichtgemäßen und selbstverantwortlichem Ermessen zu urteilen und zu beraten haben. Ebenso werden Bürgermeister und Beigeordnete von der Partei benannt. Ihre Einsetzung erfolgt durch die staatlichen Organe, weil Bürgermeister und Beigeordnete im Beamtenverhältnis stehen und in ihrer sachlichen Arbeit bis zu einem gewissen Grad den staatlichen Kontrolleinrichtungen unterworfen sind.“

In der Sitzung vom 15. Juni 1934 verpflichtete Bürgermeister Lux nach der neuen Gemeindeverfassung folgende Gemeindeälteste, die eigentlich Vertreter von Standesgruppen waren und entweder von parteigetreuem Format waren oder aber sich als verdienstvolle Persönlichkeiten in der Gemeinde bewährt hatten. Es waren: 1. als oberster örtlicher Leiter der NSDAP Schlosser Ernst Diem; 2. als ranghöchster Führer der SA Kaufmann Rudolf von der Linde; 3. als Vertreter der Industrie Bergassessor Hans Rauhut; 4. als Vertreter der Arbeitnehmer Steiger Josef Lesmeister, Bergmann Wilhelm Hark, Bergmann Heinrich Maassen, Schlosser Anton Lepouse, Maurer Franz Kemmer, 5. als Vertreter des bodenständigen Einzelhandels und Handwerks Schreinermeister Wilhelm Gillessen; 6. als Vertreter der Bauern Landwirt Lambert Berners und 7. als verdiente und erfahrene Persönlichkeit Tierarzt Kaspar Dohmen. – Die neue Eidesformel bei der Verpflichtung der Gemeindeältesten lautete: „Ich schwöre: Ich werde dem Führer des deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe!“ ²¹⁾

In diesen letzten Sitzungen machte Lux klar, daß der Anschlußzwang für die Kanalbenutzung und auch für die Benutzungsgebühren eingeführt werden müsse, wobei diese zwar nach sozialen Gesichtspunkten festzulegen, ansonsten aber unverzichtbar seien, um allein den bisherigen Kostenaufwand wenigstens in etwa auszugleichen. Dieser belief sich bislang auf 736.600 Mark. Der gesamte Etat wurde damals nach Einnahmen und Ausgaben mit 1.444.491 Mark festgestellt. Zwei Punkte erschienen dem Bürgermeister noch von Bedeutung: die Möglichkeit, Burg und Burggelände zu erwerben, und weiter die Absicht der Thyssen-Werke, Alsdorf an die Gasfernversorgung anzuschließen.

Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Erfüllung der enormen Sozialaufgaben bestimmten für die nächsten Jahre weiter das Programm der Verwaltung. Die wirtschaftliche Notlage bei der Bevölkerung steigerte immer mehr die Zahl der Einbruchdiebstähle dort, wo überhaupt etwas zu ergattern sein konnte. So kam es z. B. am 27. März 1934 sogar zu einem Einbruch in den Erfrischungsladen am Fuße des Kellersberger Berges. Nach wie vor stand der Diebstahl von Fahrrädern ganz oben. Der Warenschmuggel ging nicht zurück. Dabei ging es wie früher schon vor allem um Tabak, Zigaretten und Kaffee. Die rege Tätigkeit der Zollbeamten und der Polizei tat dem keinen Abbruch.

Am 31. März 1934 wurde der langjährige Leiter der Kellersberger katholischen Volksschule, Rektor Heinrich Weinand, in den Ruhestand versetzt und feierlich verabschiedet. Er, der 1914 die Nachfolge von Hauptlehrer Peter Schiffers angetreten hatte, war auch lange im politischen Raum als Zentrumsmann tätig gewesen.

Verhandlungen mit der Reichspost führten im April dazu, daß nach Beendigung der Ausbauarbeiten an der Straße Alsdorf-Boscheln eine Autobuslinie nach Boscheln eingerichtet werden sollte, so daß dort auch Anschlüsse in Richtung Übach und Merkstein möglich sein würden.

Die Auseinandersetzungen um die Alsdorfer Burg wollten sich nicht beruhigen. 1927 hatte Baron von Blanckart wegen erheblicher Bergschäden an der Alsdorfer Burg und an den Nebengebäuden vor dem Landgericht in Aachen einen Prozeß gegen den Eschweiler Bergwerks-Verein eingeleitet, der bis an das Oberlandesgericht in Köln gegangen war und dort durch abschließendes Urteil vom 11. Mai 1931 erledigt wurde. Der EBV hatte an den Baron einen Betrag von 184.050 Reichsmark nebst Zinsen zu zahlen abzüglich schon am 2. Mai 1930 gezahlter 79.500 Mark. In diesem Betrag war auch ein solcher für Abbruchkosten enthalten. Dem EBV waren noch weitere Nebenleistungen auferlegt worden²²⁾. Nach einer Meldung des „Politischen Tagesblattes“ vom 26. November 1931 hatte nach langen Verhandlungen der Orden der Elisabethanerinnen, die in Alsdorf schon seit 1907 eine Niederlassung hatten, Burg, Nebengebäude und Grundbesitz zu Eigentum erworben. Dabei soll der Alsdorfer Pfarrer Gerhard Forst tatkräftig die Verhandlungen geführt haben. In einem Artikel des „Echo der Gegenwart“ vom 1. Juni 1934 ist davon die Rede, daß der Baron die Burg als solche verschenkt, Pachthof und einen Teil des Geländes aber verkauft hatte.

Dieselbe Zeitung berichtete schon am 18. März 1932, daß der gefaßte Plan, in der Burg ein Schwesternheim zu errichten, von der Baubehörde verworfen worden sei, daß vielmehr nun mit dem Umbau zu Wohnungen begonnen werde, was ja auch sozialpolitisch günstig sei. Das alles muß also unter der Regie des Ordens geschehen sein. 1934 schrieb diese Zeitung dann, daß nun der EBV einen Prozeß gegen den Baron angestrengt habe,

weil er Anspruch auf Rückzahlung der Abbruchkosten deswegen erhebe, da der Baron die Burg ja gar nicht abgerissen, sondern hierüber anderweitig verfügt habe. Das Landgericht Aachen wies die Klage mit der Begründung zurück, daß die alten Urteile rechtskräftig und folglich die an den Baron schon geflossenen Gelder rechtens seien. So war nun juristischer Frieden eingekehrt. Nichts stand mehr einem Erwerb durch die Gemeinde Alsdorf entgegen, der sich im Jahr 1935 endlich vollziehen sollte. Wenn aber Bürgermeister Lux von Juni 1934 an in Kaufverhandlungen mit Baron von Blanckart wegen der Burg und des Burggeländes stand, war klar, daß der Orden der Elisabethanerinnen von seinem Kaufvertrag zurückgetreten war und von Blanckart nun wieder über das Objekt verfügen konnte. Die Gründe für den Orden, dieses Objekt nicht zu halten, mögen im Finanziellen gelegen haben; doch darüber ist eigentlich nichts genauer bekannt geworden. Bis zur Sitzung vom 26. Oktober 1934 waren die Verhandlungen schon weit gekommen. Eine Einigung über den Preis lag fest. In der Sitzung vom 21. Januar 1935 berichtete Bürgermeister Lux, daß Burg, Remise und Torbau, dazu 241,29 ar Gelände für 45.000 Mark erworben, die Gebäude aber unentgeltlich übertragen worden seien. Dem alten Plan, aus dem Gelände einen Naturschutz- und Volkspark zu machen, könnte nun näher getreten werden. Für den Erwerb des Pachthofes bestand damals noch wenig Interesse.

Der Reichsluftschutzbund, Ortsgruppe Alsdorf, war schon früh durch Anleitkurse für die Bevölkerung in Aktion getreten. Es ging um Aufklärung über Brandgefahren und die Vermeidung von Hausbränden sowie selbstverständlich um den Umgang mit Geräten, um Brände zu löschen und die Brandherde zu ersticken. Im Juni 1934 wurde eine große Entrümpelungsaktion im ganzen Gemeindegebiet durchgeführt, um zum einen an der praktischen Arbeit das Notwendige zu demonstrieren und um auf der anderen Seite große Brandgefahren durch lange schon eingelagertes schnell brennbares Material, das längst nicht mehr benötigt wurde, zu beseitigen.

Bei der Sitzung vom 8. Juni 1934 ging es um die schulische Situation in Alsdorf. In den neun Schulsystemen in Alsdorf, die weiter konfessionell getrennt waren, arbeiteten an den katholischen Schulen 26 Lehrer und 22 Lehrerinnen, an den evangelischen Schulen waren 5 Lehrer und 2 Lehrerinnen. Zum Verständnis für die ins Auge fallenden Unterschiede sei bemerkt, daß damals in Alsdorf der katholische Anteil der Bevölkerung noch rund 90% ausgemacht hat. Der Anteil der evangelischen Bevölkerung war in den nachfolgenden Jahren nur langsam gewachsen und stand 1939 immer noch bei rund 10%, hatte aber vorher durch die Eingemeindung von Kellersberg mit der stark gemischten Bevölkerung einen größeren Auftrieb erfahren. In diesen Schulsystemen in Alsdorf, Kellersberg, Ofen, Busch und Schaufenberg gab es 1934/35 3.129 Schüler. Die Ausgaben der Schulverwaltung für das Jahr 1934 betragen 168.680 Mark gegenüber 175.947 Mark im Jahr 1933.

Im August 1934 tat sich eine Hoffnung für neue Arbeitsplätze auf, als nach Abschluß der Vorbereitungsarbeiten mit den Abteufarbeiten auf der Schachtanlage bei Duffesheide begonnen wurde, wo große Vorräte an Hausbrandkohle vermutet wurden. Die notwendigen Betriebsgebäude im Fachwerkstil waren schon fertiggestellt worden. Doch erwies sich die Vermutung sehr bald als eine Fehleinschätzung.

Das Wasserwerk des Landkreises Aachen gab im August 1934 seinen Plan heraus, den Kopf des hiesigen Wasserturmes in der Nähe des Rathauses, der als Reservebehälter diente, durch einen neuen zu ersetzen, der das dreifache Fassungsvermögen des bisheri-

gen besitzen sollte. Das war eine Notwendigkeit bei dem erhöhten Frischwasserverbrauch angesichts der enorm angestiegenen Bevölkerungszahl. Dieses Projekt wurde schließlich im Januar 1937 vollendet.

Im Oktober und auch weiter im Dezember 1934 berichtete die Presse von einer guten Beschäftigungs- und Absatzlage im Wurmrevier, wovon nun vor allem der hiesige Bergbau betroffen war, von dessen wirtschaftlicher Lage das ganze Geschäftsleben im Grunde abhing. Bei solchen Annahmen auch für die Zukunft konnte der neue Gemeindebaumeister Dr. Linden nun auch daran denken, am Nebentrakt des Rathauses Umbauarbeiten vornehmen zu lassen, um die Sicherheit und den reibungslosen Publikumsverkehr besser in den Griff zu bekommen. So brachte das Jahr 1934 auf der Grundlage der wirtschaftlichen Möglichkeiten eine Fortsetzung der Entwicklung des Gemeindebildes, wie sie ebenfalls entsprechend den wirtschaftlichen Möglichkeiten von Bürgermeister Becker während seiner langen Amtszeit in Gang gesetzt worden war.

Das Jahr 1935 begann auf dem Bausektor mit der Anlegung eines Fußweges zwischen der Broicher Straße und der Bahnhofstraße entlang dem Bahnkörper, um vor allem den Bergleuten von Kellersberg eine schnellere Zuwegung zum Betriebsgelände des EBV zu schaffen, da die Broicher Straße oft und lange durch die heruntergelassenen Bahnschranken gesperrt war. Mit der Einweihung der sogenannten Ley-Siedlung im Raum Hoengen und Broichweiden am 28. Januar 1935 war im hiesigen Gebiet der Anfang gemacht mit der Erstellung von Arbeitersiedlungen der Deutschen Arbeitsfront. Im inneren Bereich beklagte die Gemeinde im Februar, daß der schon seit Jahren auf dem Marktplatz abgehaltene Wochenmarkt immer mehr seine Attraktivität vor allem in den Winter- und Frühjahrsmonaten verliere, da in diesen Zeiten kaum noch Verkäufer und sonstige Anbieter den Markt besickten, andererseits die Hausfrauen aber wünschten, auch in diesen Jahreszeiten ihre „Großeinkäufe“ auf dem Markt zu erledigen und nicht nur während der Erntezeiten, in denen vornehmlich die Bauern mit ihren Früchten in Scharen heranzögen. Der Verkauf von weiteren Grundstücken im Gelände der Gemeindeheide hielt an. Im Rahmen der Arbeitsbeschaffung ging es nun um den Ausbau der Hindenburgstraße, der heutigen Rathausstraße. In dem Zusammenhang sei bemerkt, daß die frühere Vorstellung von der Umbenennung von Straßen doch einen anderen Weg genommen hatte. In Kellersberg war nur die Querstraße in Hakenkreuzstraße umbenannt worden. Sonst hatten dort die Straßenzüge ihre alten Bezeichnungen beibehalten. Die Hauptstraße in Alsdorf wurde zur Hindenburgstraße, während die Hauptstraße in Schaufenberg den Namen Adolf-Hitler-Straße erhielt. Die alte Wilhelmstraße, heute Robert-Koch-Straße, wurde zur Joseph-Göbbels-Straße. Der Grüne Platz in Busch nannte sich in jener Zeit Horst-Wessel-Platz. Doch das war alles und schon seit Ende 1933 abgeschlossen.

In der Sitzung vom 14. März 1935 befaßte sich der Ältestenrat unter Leitung von Bürgermeister Lux mit dem Etat. Abgeklärt war die Entschädigungssumme für Kellersberg und Ofden, die an die Gemeinde Broichweiden zu zahlen war. Die Schuldenlast insgesamt betrug rund 1.024.820 Mark, der ein Vermögen von 459.927 Mark (ohne Kanalanlage) gegenüberstand. Der Besoldungsaufwand lag bei 228.413 Mark. Der Wohlfahrtsetat erreichte rund 35,5% der Belastungen. Der Gesamtetat bezogen auf Einnahmen und Ausgaben wurde mit 1.451.791 Mark abgeschlossen.

Wie sehr die Notlage allgemein war, zeigt die Tatsache, daß im März 1935 bei einer Sonderaktion 31.450 Pfund Margarine an Bergleute aus dem Wurmgebiet verteilt wurden, um wenigstens die Schwerstarbeiter mit Fett zu versorgen. Die Gesamtaufwendungen der Gemeinde für Wohlfahrts- und Fürsorgezwecke beliefen sich in diesem Monat März 1935 auf 35.155 Mark; die Mietbeihilfen lagen bei 1.105,60 Mark. Bei Männern betrug die Zahl der Arbeitslosen 618, bei den Frauen 40. Die Arbeitsmarktlage änderte sich von Monat zu Monat bei der industriellen Monostruktur in der Gemeinde Alsdorf. Im April mußten erneut erhebliche Erdeinbrüche durch Grubeneinwirkungen festgestellt werden. Die Schäden waren diesmal an der Luisenstraße/Einmündung Adolf-Hitler-Straße (Brucknerstraße). Das Burggelände war schon lange betroffen gewesen und nicht zuletzt einige Häuser in Kellersberg zum Leidwesen der schon genug der Not ausgesetzten Bevölkerung.

Das alles änderte aber nichts an der Tatsache, daß der 1. Mai als Staatsfeiertag auch in diesem Jahr groß gefeiert wurde. Das gehörte zum Ritual des Systems. Die Notwendigkeit, besondere Kohlegutscheine auszuteilen, störte die andere Seite des Lebens nicht, wie denn jene gelenkte und in Entwicklung stehende Zeit mit all ihren Problemen und auch Festen überhaupt viele Gesichter hatte, gewissermaßen Masken, die man sich je nach Situation vor den Kopf band. Da konnte Bürgermeister Lux bei Mai-Sitzungen des Rates berichten, daß die Wohnbaracken an der Herzogenrather Straße und auf der sogenannten „Teufelsinsel“ geräumt und die Menschen in gesundheitlich einwandfreien Wohnungen untergebracht worden seien; der Abriß stehe bevor. Bei der „Teufelsinsel“ handelt es sich um den früheren Barackenbereich am Lindenplatz, also um jenes Dreieck zwischen der auslaufenden Saarstraße und der Robert-Koch-Straße. Und es konnte der Bürgermeister von der Instandsetzung des Burghofes und des Platzes am Alsdorfer Weiher und weiterer Gemeindestraßen berichten. Das alles gehörte zum neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm. Daß die Alsdorfer Badeanstalt gezielt vom Alsdorfer Schwimmverein und genauso von der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft genutzt wurde, um in Kursen dort das Schwimmen zu erlernen oder die Grundprüfung zum Rettungsschwimmer abzulegen und so den Lehrschein zu erwerben, war seit langem eine geförderte Praxis.

Am 5. August 1935 bestätigte der Ältestenrat die Pläne des Bürgermeisters, das Burggelände zu einem Volkspark auszubauen und die Errichtung eines HJ- und BDM-Heimes konkreter als bisher zu überdenken. Daß die Einweihung dieses Heimes dann noch zwei Jahre auf sich warten ließ, war sicherlich nicht in diesem Plan vorgesehen. Das Straßenbauprogramm wurde zusehends verwirklicht. Die Broicher Straße war im August fertiggestellt worden, ebenso die Hauptstraße bis zum Denkmalplatz. Die seit Jahren in Arbeit stehende Straße nach Boscheln war nun bis zum Nordfriedhof ausgebaut. Zu den neuen Projekten zählte die völlige Instandsetzung der Straßen in Kellersberg, wozu auch der EBV herangezogen wurde. Sie alle brauchten eine neue Packlage. All das waren Themen der Sitzung vom 20. August 1935, auf der der Bürgermeister nach Anhörung der Ältesten auch den Bau einer eigenen Dienstwohnung hinter dem Rathaus beschloß.

Am 9. November wurde es für die Gemeinde wieder rein parteipolitisch anläßlich der Heldengedächtnisfeier für die getöteten Freunde Hitlers bei dem Putsch in München am 9. November 1923, einem Tag, der auch für Alsdorf in wenigen Jahren eine keineswegs ruhmvolle Rolle spielen sollte.

Auch das Jahr 1935 verabschiedete sich eigentlich wie jedes andere Jahr zuvor schon. Unfälle im Bergbau waren an der Tagesordnung geblieben. Baupläne für das nächste Jahr wurden erörtert oder über sie näher berichtet. Da stand das HJ-Heim wieder zur Tagesordnung wie der Entwurf für eine Einfassungsmauer am Nordfriedhof. Da ging es wieder um die Sozialausgaben für den vergangenen Monat November mit mehr als 35.000 Mark, die für Dezember auf 50.180 Mark angestiegen waren. Da ging es um die Fürsorgepflichten allgemeiner Art, wie sie sich in der Ausgabe von Fettscheinen wiederholt manifestierten. Das Ganze wurde dann zu Weihnachten mit einem Konzert überspielt, das der Partei-Leiter-Musikzug am Denkmalplatz veranstaltete.

Vielleicht erscheinen viele Dinge und Punkte dem Leser als uninteressant und zu alltäglich, als daß sie hier erwähnt werden müßten. Zu bedenken ist jedoch, daß die Gemeinde Alsdorf im Aufbau war und daß vieles, das wir heute als selbstverständlich gegeben betrachten, gerade damals erst geschaffen wurde und eben das jeweils Neue bedeutete, über das wir längst hinwegsehen, weil wir es nicht mehr anders kennen und als selbstverständlich betrachten.

Der Anfang des Jahres 1936 stand stark unter parteipolitischen Vorzeichen. Hitler hatte für den 29. März eine Reichstagswahl angesetzt, um sich Gewißheit zu verschaffen, wie er bislang beim Volk angekommen war.

Damit auch in Alsdorf immer an die Rückkehr des Saargebietes ins Reich am 13. Januar 1935 erinnert werde, wurde am 20. Januar 1936 zum „dauernden Andenken“ an diesen Abstimmungstag die untere Grünstraße in Saarstraße umbenannt. Am 10. Februar veranstalteten die Jungarbeiter eine Kundgebung, mit der die Reichsberufswettkämpfe der Reichsberufsgemeinschaft Bergbau eingeleitet wurden. Einen Tag später bestätigte der Bürgermeister nach Anhörung der Räte einen Antrag der NSV, einen von ihr zu leitenden Kindergarten zu bauen. Am 7. März wurde mit großem Aufwand die Wiederbesetzung des Rheinlandes durch deutsches Militär gefeiert. Einen Tag später fand mit großem Aufzug die Heldengedenkfeier am Denkmalplatz statt. In dieses politische Programm paßte dann auch die Bekanntgabe des Siedlungsprogramms der Deutschen Arbeitsfront, das als drittes Projekt den Bau der Siedlung Zopp in Alsdorf für das Frühjahr 1936 in Aussicht stellte. Am 16. Juni 1936 erteilte Bürgermeister Lux hierfür die Besetzungsgenehmigung, wie das entsprechende Ratsprotokoll ausweist.

Die Vorbereitungen für die angekündigte Wahl liefen auf vollen Touren. Die Verantwortlichen in der Partei trafen sich mit allen Formationen und Vereinen der Gemeinde am Vorabend des Wahltages zu einem besonderen Treuebekenntnis zum Führer in der Broicher Straße „an der Linde“, um von hier mit einem Propagandazug durch die Großgemeinde Alsdorf den Wahltag einzuleiten. Das Wahlergebnis ist bekannt. Noch einmal in Kürze: von 11.882 Wahlgängern gaben 11.833, also 99,58% in Alsdorf ihre Stimme für Hitler und seine Politik.

Im April, in der Sitzung vom 1. April 1936, spürte man wieder etwas von reiner Verwaltungstätigkeit bei der Erörterung des Haushaltes, den dann der Bürgermeister verabschiedete. Die Satzung des Berufsschulzweckverbandes und die Satzung zur Erhebung von Schulbeiträgen standen zur Erörterung an. Bei letzterer ging es auch darum, diesen Verband auf weitere Gemeinden auszudehnen. Die Schülerzahl für 1937 wurde auf rund 2.000 geschätzt. –Herr Pagenstecher. Düsseldorf, wurde beauftragt. ein Gemeindewap-

pen zu entwerfen und gegebenenfalls zu fertigen, obgleich noch keine Genehmigung der Oberbehörde vorlag, wonach die Gemeinde überhaupt berechtigt wäre, ein eigenes Wappen zu führen. Doch die kam dann später im September desselben Jahres. – Bürgermeister Lux lobte die finanzielle Entwicklung in der Gemeinde vor allem seit 1935. Das Gemeindevermögen wurde mit 1.424.456 Mark festgestellt; der Schuldenstand lag bei 912.244 Reichsmark. Die nächsten Planungen sahen Kosten in Höhe von 30.000 Mark für das HJ-Heim vor und 10.000 Mark für den NSV-Kindergarten sowie 65.000 Mark für den weiteren Ausbau der Kläranlage. Kalkulation und Sparsamkeit waren die Losungsworte des Bürgermeisters Lux.

Freveleien der Art, daß auf dem Nordfriedhof wie auch auf dem Kellersberger Friedhof Blumen von den Gräbern gerissen und vernichtet wurden, waren auch in der Zeit des NS-Systems nicht unbekannt. Erfreulich war dagegen für die Bürger die Nachricht vom 8. Mai über den Fortschritt der Bauarbeiten zur Beseitigung der sogenannten Todeskurve in Höhe der Ölmühle an der Landstraße nach Aachen; dennoch sollten diese Arbeiten erst im April 1938 abgeschlossen sein. Mehr als 50 schwere Unfälle hatten sich in den drei letzten Jahren vor der Fertigstellung dort ereignet. Eine andere kritische Straße sollte aber weiter unbearbeitet bleiben, obgleich die Presse oft genug berichtet hatte von den zahlreichen, oft genug schweren Unfällen mit Fahrrädern auf dem kurvenreichen und abschüssigen Sandberg in Kellersberg, der auch damals schon hier und da als „Kellersberger Berg“ bezeichnet worden war.

Im Mai 1936 traten diesmal im Bereich der Körnerstraße erhebliche Senkungen durch Grubeneinwirkung auf. Diese Schäden setzten sich nun schon seit mehr als zehn Jahren in den verschiedensten Formen und Bereichen fort. Auf der Sitzung des Rates vom 19. Juni ging es um die Schaffung einer Erholungsstätte für Bergleute am Weiher. Dieses Vorhaben und der zumindest schon einmal genehmigte Bau eines HJ-Heimes waren Projekte der Arbeitsbeschaffung. Im Juli konnte Bürgermeister Lux über den Fortschritt der Bauarbeiten an der Siedlung Zopp und auch über die genehmigten Projekte am Weiher berichten. Für die Bergarbeiter kamen aber auch weniger erfreuliche Mitteilungen. Die Presse berichtete am 29. August 1936: „Unfälle am laufenden Band.“ Hier ging es um schwere Unfälle im hiesigen Bergbau. Gleiches hätte allerdings auch von den Verkehrsunfällen auf der Straße geschrieben werden können; denn darüber informierten die Tageszeitungen nach wie vor für den Raum Alsdorf mehrfach in der Woche. Wiederum erfreulich dagegen war ein ebenfalls im August gemachter Fund eines römischen Urnengrabes im Rahmen der Straßenbauarbeiten an der Prämienstraße. Das Grab enthielt zwei mittelgroße Tongefäße, von denen ein Gefäß Überreste einer Totenverbrennung enthielt und zusätzlich eine Gewandspange und eine Münze aus der Zeit des Kaisers Trajan (98-117 n. Chr.).

Nach der Ratssitzung von Ende 1936 konnte mit dem Ausbau der Straßen in der weiter im Bau befindlichen Siedlung Zopp begonnen werden. Schon im Oktober hatte der Rat sich für folgende Straßennamen entschieden: Schlageter-Straße, Dietrich-Eckart-Straße, Weidgenstraße, Hermann-Löns-Straße, Heinrich-Lersch-Straße, Auf dem Ohligsberg und Tannenbergsstraße. In diesem Monat Oktober belebten die Tagung der Reichsbetriebsgemeinschaft Bergbau und die mehrfachen Löschübungen der freiwilligen Feuerwehr von Alsdorf das Bild des Alltags der Gemeinde. Der Dezember brachte die Planung von 45 Wohnungen in der von-Harft-Straße und den Plan zur Förderung von Kleinwohnungen;

neue Projekte für 1937 also, mit denen der Rat am 8. Dezember 1936 seine letzte Sitzung schloß.

Das Jahr 1937 brachte viele Dinge, die der parteipolitischen Entwicklung in mehrfacher Hinsicht dienen sollten. Doch auch dies täuschte nicht über die sozialen Probleme hinweg, die es immer noch notwendig machten, Gutscheine für Kohlen und andere Mittel der Haushaltsführung an Minderbemittelte auszugeben.

Der Bau des HJ-Heimes auf der Alsdorfer Heide war in vollem Gange; eine Zuwegung wurde bereits von der damaligen Aachener Straße dorthin angelegt. Am 4. März ordnete die Gemeinde die erste Verdunkelung der Häuser ab dem Abend an. Diese Anordnung wurde für die einzelnen Gemeindeteile zeitlich getrennt erlassen. Luftschutzübungen in den einzelnen Gemeindegebieten kamen immer häufiger vor. Im April 1937 stand die Musterung des Jahrgangs 1917 an. Diese zeitlichen Zusammenhänge, aber auch diese Fakten selbst sind zur Kenntnis zu nehmen. Es war erst der Beginn des Jahres 1937, also war es noch weit entfernt von jenem 1. September 1939, an dem offiziell der „Zweite Weltkrieg“ begann; aber die Vorbereitungen liefen auf vollen Touren. Doch was sich da erkennen immer mehr tat, konnte dem Karnevalstreiben unter Prinz Lambert I. und Prinzessin Maria keinen Abbruch tun, die gewissermaßen vom Rathaus aus den neu gestalteten Wasserturm gebührend feiern konnten. So ist halt das Leben.

Auf dem Arbeitsmarkt hatte sich die Lage leicht entspannt. „Weniger als 1 Million Arbeitslose“ berichtete die Presse am 11. Mai 1937, nachdem gegenüber 1936 die Zahl der Arbeitslosen im ganzen Reich um 285.000 auf 961.000 zurückgegangen war. Das machte sich für Alsdorf im Mai 1937 auch bei dem Finanzaufwand für Fürsorgezwecke deutlich bemerkbar. Bis August ging er auf 14.049 Mark zurück, während in den Vorjahren der Durchschnitt im Monat bei rund 30.000 Mark gelegen hatte. Hinter dieser allgemeinen Entwicklung stand nun sicherlich der staatliche Dirigismus in der Wirtschaftspolitik vor allem auf dem Gebiet der Schwerindustrie, des allgemeinen Straßen- und des besonders geförderten Autobahnbaus, wie die Presse damals stolz hervorhob.

Daß diese Entwicklung Grund zum Stolz gab und dazu noch eine Möglichkeit, das neue System zu verherrlichen, zeigt ein Abschnitt aus einem Bericht im „Politischen Tagesblatt“: „Daß es möglich war, in einem Zeitraum von vier Jahren das Elendsheer der 6.5 Millionen soweit wieder in Lohn und Brot zu bringen, daß nur unvermeidliche Reste übrig geblieben sind, denen obendrein die volle Fürsorge des Staates zuteil wird, ist eine Ruhmestat des Dritten Reiches und gleichzeitig eine glänzende Rechtfertigung seiner Arbeitsbeschaffungspolitik, die im Jahre 1933 nach der Machtergreifung sofort mit zielklarer Entschlußkraft in die Wege geleitet und allen Unkenrufen zum Trotz durchgehalten worden ist. Und es ist auch nicht so, daß wir heute etwa am Ende dieser Arbeitsbeschaffungspolitik stünden. Im Gegenteil, der Vierjahresplan stellt der deutschen Wirtschaft so unermeßliche neue Aufgaben, daß wir um die Weiterbeschäftigung unserer Arbeitskräfte nicht besorgt zu sein brauchen. Deutschland hat Arbeit in Hülle und Fülle, und darin liegt die beste Gewähr seines Wohlstandes und seiner Aufwärtsentwicklung.“ Die Bevölkerung las und glaubte.

Hier muß ein kurzer Einschnitt gemacht werden, um aus der geschichtlichen Erfahrung heraus all das etwas näher zu beleuchten:

1933 hatte das Reich einen Bevölkerungsbestand von ca. 66.030.000 Menschen, von denen rund 6.5 Millionen arbeitslos waren. Gut 5 Millionen konnten jedenfalls vorübergehend in Arbeit gebracht werden. Greifen wir auf die Gemeinde Alsdorf zurück, so waren es bei einer Straßenbaumaßnahme 60 bis 70 Arbeitslose, die bei einer solchen relativ kleinen Arbeitsmaßnahme eingesetzt werden konnten – und dies ohne Murren und ohne Widerstand. Wer hätte damals gewagt, zu murren und zu widersprechen. Die sogenannten Er rungenschaften einer rechtsstaatlichen Demokratie waren damals nicht „in“.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte 1999, also nach der Vereinigung der Staatsteile Ost und West, eine Bevölkerung von ca. 80 Millionen und eine Arbeitslosenzahl von rund 4 Millionen. Nach unserem Wirtschaftssystem liegt die „Arbeitsbeschaffung“ vornehmlich in der Hand der Gesellschaft selbst, wobei der Staat als solcher auch Auftraggeber und vor allem Förderer sein kann. Wird heute eine Arbeitsmaßnahme eingeleitet, so im Straßen- oder Kanalbau, dann rollen zunächst einmal technisch hoch entwickelte Maschinen heran, die zu bedienen den ganzen Stolz des glücklicherweise eingestellten Arbeiters begründet. Die echte Suche nach neuer menschlicher Arbeitskraft bleibt weitgehend nachrangig und damit genauso das echte Bemühen, einen spürbaren Rückgang der Zahl der Arbeitslosen zu erzielen; denn auf die Technik und die mit ihr verbundenen Vorzüge will keiner verzichten, weder der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer selbst. Das ist heute die Ironie des Schicksals in der Arbeits- und Arbeitsmarktpolitik.

Doch nun wieder zurück zu jenen euphorischen Darstellungen in der damaligen Presse. Betrachten wir die Gegenstände der „Arbeit in Hülle und Fülle“, so wissen wir heute, welchen Zwecken und Zielen die Produkte dieser Arbeit in einem hohen Maße zu dienen hatten: Gerne hätten die Männer und Väter, die Frauen und Mütter auf jene Lohn bringende Arbeit verzichtet, wenn sie gewußt hätten, daß diese Arbeit schon bald von ihnen eine besondere Gegenleistung, ein besonderes Opfer, unzählige Menschenopfer, einfordern würde. Sie hätten anders gedacht und gehandelt, hätten sie gewußt, daß die Art von „Wohlstand und Aufwärtsentwicklung“ in der Katastrophe des 8. Mai 1945 ihr Ende finden würde.

So lief es nach diesem allgemeinen Aufbauplan auch in Alsdorf. 60 Volkswohnungen in der Saarstraße standen für die nächste Zeit im Programm. An Kleinwohnungen in der Form von 3-Zimmerwohnungen war auch gedacht. Doch stellte sich bald heraus, daß solche Wohnungen bei der Bevölkerung kaum auf Interesse stießen. Auch so wandeln sich die Zeiten, wie ein Vergleich mit den heutigen Verhältnissen deutlich macht.

Am 22. Juni 1937 konnte nun endlich das HJ-Heim auf der Heide eingeweiht werden, was mit viel parteipolitischem Aufwand und Glanz geschah. Die Nebenarbeiten liefen weiter. Der dortige Schuttplatz war beseitigt und eingeebnet worden. Grün- und Sportanlagen waren noch zu errichten, was schon bald durchgeführt wurde. So konnten die Reichsjugend sportwettkämpfe bereits nach kurzer Zeit dort veranstaltet werden. Es sollte aber noch fast ein Jahr dauern, bis im Mai 1938 an dem dortigen Hang ein Buchenhain angelegt wurde, während bereits im März 1938 die breite Straße von der Broicher Straße bis zum HJ-Heim fertiggestellt wurde, also der heutige Heidweg. So entstand im dortigen Bereich ein abgerundetes Bild, das sich angenehm in das Erholungsgebiet Weiher einfügte. Schon im Juli 1939 war daran gedacht, im Norden der Gemeinde ein zweites HJ-Heim zu bauen, da der Zulauf zur Hitlerjugend so groß war, daß dieses eine Heim die Gruppen nicht mehr fassen

konnte. Der Plan blieb auf dem Tisch, fand aber wegen der einsetzenden Kriegsunruhen und vor allem wegen der fehlenden Finanzen keine Verwirklichung mehr.

Ein für unsere Zeit weitgehend unbekannt gewordenes Problem beschäftigte die Gemeinde damals Jahr für Jahr: die Kartoffelkäferplage. Immer wieder mußte es Ratssitzungen geben, um die Organisation für die Bekämpfung festzulegen, so auch am 24. Juni 1937. Sie sollten sich in den nachfolgenden Jahren regelmäßig wiederholen. Schulkassen wurden eingesetzt und für die einzelnen Gemeindegebiete bestimmt, wo sie an festgelegten Tagen unter Lehreraufsicht auf den Kartoffelfeldern Reihe für Reihe durchzugehen hatten, um von den Kartoffelpflanzen die Kartoffelkäfer abzulesen und in Kartons oder Dosen zu legen, damit sie später vernichtet werden konnten.

Im Juli 1937 befaßte sich der Rat mit dem Problem der Müllentsorgung und entschied, daß wie bisher die Pferdehalter den Auftrag behalten sollten, da gerade dieser Berufszweig durch das starke Aufkommen von Kraftfahrzeugen immer mehr in wirtschaftliche Not gerate. Doch schon im Oktober desselben Jahres schaffte die Gemeinde geschlossene Müllwagen an, um so der Staubentwicklung beim Müllabtransport entgegenzuwirken. Das alles geschah im Rahmen des Projektes „eine schönere Gemeinde“. Der Gedanke an einen neuen Rathausbau mußte allein schon aus finanziellen Gründen aufgegeben werden. Ein Bericht im „Politischen Tagesblatt“ vom 26. August läßt den Stolz der Verwaltung über das bisher Erreichte deutlich werden: „Wenn man auch bis in die weiteste Umgebung hier von einem schmutzigen Ort ohne jede Augenweide sprach, so ist es doch inzwischen anders geworden. Als erste große Maßnahme kam der Bau der Straße Alsdorf-Boscheln. Hier wurde ein kaum sichtbarer und gangbarer Weg zu einer modernen Autostraße gemacht. Anschließend wurde das Problem, den verwilderten Burggarten zu einer angenehmen Wandelstätte der Bevölkerung zu gestalten, zur Wirklichkeit. Die Alsdorfer Burg wurde vor dem Zerfall gerettet und luftige Wohnstätten hergerichtet. Die schmutzigen Schlammweiher am Eingang des Ortes verschwanden und an ihrer Stelle entstanden Grünanlagen mit Bänken und Parkwegen. Eine neue Maßnahme war dann die Planierung der großen Sandgrube und der damit verbundene Bau des neuen Hitlerjugendheimes. Nachdem man die Alsdorfer Hindenburgstraße zur Allee ausgebaut hat, ist man nun dazu übergegangen, die Aachener Straße bis zur Versorgungsgrenze Alsdorfs zur Verkehrsstraße erster Ordnung herzustellen. Bis zu den bebauten Grundstücken werden breite Bürgersteige und Radfahrwege angelegt. Der Grenzweg, der sich bis heute zu noch in sehr schlechter Verfassung befand, wird zur Asphaltstraße ausgebaut. Weiterhin hat man damit begonnen, die Straßen in dem Ortsteil Ofden in Ordnung zu bringen. Hier waren die Wege bis dahin in einem äußerst schlechten Zustand und bedurften dauernd der Ausbesserung.“

Einen Monat zuvor, am 24. Juli 1937, war es schon zur großen Einweihungsfeier für die fertiggestellte Siedlung Zopp gekommen. „Der Festzug führte durch die mit Hakenkreuzfahnen festlich geschmückten Straßen der Siedlung. Das Volk folgte der Parteileitung bei kräftiger Marschmusik der örtlichen Kapellen. Auf einem Platz der Siedlung sang sodann die Alsdorfer Sängervereinigung unter der Leitung von Dirigent Heinrich Raderschall und brachte Raderschalls Werke „Tritt heran, Arbeitsmann“ und „Hitler“ zur Aufführung.“ Wie üblich folgten große Reden und dann ein gemütliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen. Am Abend traf sich die Siedlergemeinschaft im Zelt auf der Festwiese, so der Bericht im „Politischen Tagesblatt.“

Im Oktober feierte der Alsdorfer Kirchenchor „Cäcilia“ sein 60jähriges Bestehen. Heinrich Raderschall dirigierte zur Begeisterung der Zuhörer im vollbesetzten Saal des Casinos Anna das Oratorium „Die Schöpfung“ von Joseph Haydn. Dieser Auftritt von Heinrich Raderschall und sein zuvor genannter bei der Zopper Einweihungsfeier, lassen erkennen, daß wie in allen Zeiten der Mensch, vor allem der Künstler, sein Engagement den Vorstellungen seines Auftraggebers anpaßt.

Wie ein krasser Gegensatz zu dieser Freude mußte die weiter bestehende Notwendigkeit wirken, Fettgutscheine für die Bevölkerung auszuteilen, um den Bedarf wenigstens einigermaßen gerecht abzudecken.

Besondere Freude und großen Stolz brachte dagegen wieder das Staunen der Gauamtsleitung Technik bei einem Besuch des Alsdorfer Gaswerkes. Die Presse kommentierte am 8. Oktober 1937 unter der Überschrift: „Alsdorf, das Gaswerk Westdeutschlands.“ Freilich ist das alles auch stark durch die parteipolitische Brille gesehen. Aber das Gaswerk und manches andere waren doch etwas, was die Gemeinde Alsdorf in der Region nun stärker heraushob.

Im November 1937 wurde beschlossen, eine ständige zweijährige Handelsschule zu begründen. die nach einer Abschlußprüfung mit dem Zeugnis der mittleren Reife enden sollte. Teilnahmeberechtigt sollten nur Schüler und Schülerinnen sein, die die Volksschule mit guten Erfolgen abgeschlossen hatten. Bisher waren auf diesem Gebiet in Zusammenarbeit mit Baesweiler nur Einzelkurse gelaufen.

Der Dezember bescherte dann wieder die Gestellungsbefehle für Wehrpflichtige. Diesmal waren es die Jahrgänge 1893 bis 1900, also die 44- bis 37jährigen Männer. Für friedliche Zeiten konnte das alles kaum bestimmt sein.

Ein ganz anderer Kampf – ein Wettkampf – vollzog sich acht Tage später. Die Bezirksgruppe Alsdorf des Deutschen Sängerbundes veranstaltete Mitte Dezember im Kasino Anna unter Mitwirkung der Sängervereinigung Eupen ein Wertungssingen, an dem teilnahmen: Quartettverein Germania Schaufenberg, Sängervereinigung Alsdorf, Männergesangsverein (MGV) Cäcilia Baesweiler, Sängervereinigung Baesweiler, MGV Herzogenrath, Sängerbund Merkstein, Ritzerfeld-Afdener Liederkrans, MGV Eintracht Bardenberg, MGV Cäcilia Euchen, MGV Antonius Niederbardenberg, MGV Eschweiler-Bergrath und die schon genannte Sängervereinigung Eupen. Als Wertungsrichter fungierte u.a. der Aacheener Chorleiter Wilhelm Pilz. Es wurde eine großartige Veranstaltung am Ende des Jahres 1937.

Mit dem Jahr 1938 begann jene Entwicklung, die das NS-System als weitere Aufwärtsbewegung bezeichnete, die aber eine fast zwangsläufige Richtung nach unten in das Chaos nahm. Darüber darf weder die Eingliederung von Österreich in das Reich am 13. März 1938 hinwegtäuschen noch der für Hitler grandiose Ausgang der sogenannten Reichstagswahl und der Volksabstimmung vom 10. April 1938, noch die sogenannte Rückführung des Sudetenlandes am 1./30. Oktober desselben Jahres. Hier wurden nicht durch kriegerische Einfälle, sondern durch sogenannte diplomatische Einmärsche des Militärs die außenpolitischen Vorstellungen Hitlers verwirklicht; und das Ausland sah zu. Jubel empfing überall den Führer, wie die Presse in Bericht und Bildern darstellen konnte und wie wir es heute in den Geschichtsbüchern wiederfinden.

Wohin der Weg aber führen sollte, hatte sich unverdeckt schon lange angedeutet. Bereits vor längerer Zeit waren Verdunkelungen der Häuser vom Abend an befohlen worden, um diesen Vorgang immer besser zu beherrschen. Schon gab es immer häufiger Luftschutzübungen. Schon seit einigen Jahren gingen auch in Alsdorf Stellungsbefehle und Einberufungen zum Heeresdienst ein. Am 2. Februar 1938 erreichte alle Pferdehalter in Alsdorf der Gestellungsbefehl, ihre Pferde insgesamt an einer zentralen Stelle vorzuführen, damit sie „gemustert und registriert“ werden konnten. Auch im hiesigen Bereich waren längst die Bauarbeiten am „Westwall“ in vollem Gange oder sogar schon abgeschlossen worden. Dieser Westwall war eine nahezu durchgehende Befestigungsanlage, die sich über rund 630 km aus dem Raum nördlich von Aachen bis an die Schweizer Grenze erstreckte. Rund 14.000 Unterstände und Kampfanlagen - etwa 22 je Kilometer - befanden sich hinter der vielen noch bekannten und streckenweise heute noch zu sehenden „Höckerlinie“, hinter der wiederum in einem Gürtel bis zu 100 km die Luftwaffenzone West eingerichtet war. Für Alsdorf waren vor allem die Stände Schleibach und Ottenfeld, weiter Duffesheide und Nordstern von Bedeutung ²³⁾.

Der Glanz der partei- oder staatspolitischen Erfolge ließ aber bei den meisten kaum den Gedanken aufkommen, sich einmal mit den Hintergründen und Zielrichtungen all dieser Vorgänge zu befassen. Vereinzelt aber gab es schon Proteste, sei es in der Form von Flugblättern oder in anderen Ausdrucksformen, die dann von der Geheimen Staatspolizei registriert wurden.

Am 31. März 1938 befaßte sich der Rat unter dem Vorsitz des ersten Beigeordneten Grotenrath als Vertreter des erkrankten Bürgermeisters Lux mit den Finanzproblemen und mit den Vorbereitungsarbeiten für die von Hitler auf den 10. April angesetzte Reichstagswahl und Volksabstimmung. Mit letzterer sollte die Meinung des Volkes zur Eingliederung Österreichs in das Reich „erforscht“ werden. Am Tage der Wahl zeigte die Alsdorfer Bevölkerung ihre Begeisterung für diese Entwicklung. Wieder ging es um „Ja“ oder „Nein“. Alsdorf stimmte bei 11.612 abgegebenen Stimmen mit 11.589 Stimmen für „Ja“ bei neun für „Nein“ und 14 ungültigen Stimmzetteln; 99,80% der Alsdorfer Wähler stimmten für Hitler und seine Politik. Es liegt für Alsdorf keine Mitteilung über die Zahl der Wahlberechtigten vor. Die Einwohnerzahl der Gemeinde Alsdorf betrug am 1. April 1938 zwar 19.541, in ihr waren aber enthalten die Kinder und Jugendlichen und die Ausländer, die kein Wahlrecht hatten. Die Situation im Kreis Aachen läßt aber klare Rückschlüsse auf eine hohe Wahlbeteiligung auch in Alsdorf zu. Im Kreis Aachen gab es 126.919 Stimmen oder Wahlberechtigte. Die abgegebenen Stimmen lagen bei 126.865, die Zahl der Ja-Stimmen lag bei 126.668, während es 170 Nein-Stimmen und 27 ungültige Stimmen gab; so die Darstellung im „Politischen Tagesblatt“ vom 11. April 1938.

Auf dieser als positiv gewerteten Basis konnte es nun auch in Alsdorf weitergehen. Die Berichte über den Straßenbau im April 1938: die Todeskurve stand kurz vor ihrem „historischen“ Ende, nachdem die neue Straßenführung schon weitgehend verwirklicht worden war. Verkehrsgerechtere Anbindungen gab es im Bereich Burgstraße/ Kirchstraße durch Zurückversetzung der dortigen Mauer bei der St. Castor-Kirche. Im Bereich der Alsdorfer Heide einschließlich der dortigen Aachener Straße liefen der Straßenbau und die Anlegung von Fußwegen auf vollen Touren.

Später ging es im Rat um den Erweiterungsplan für die Marienschule am Übacher Weg und um die Umgestaltung des Rathausplatzes und die vorgesehenen Grünflächen an den Einmündungen von Geilenkirchener Straße / Übacher Weg, Joseph-Göbbels-Straße / Saarstraße. 117.000 Mark lautete der Kostenpunkt, der etatmäßig auf vier Jahre umgelegt werden sollte. Immer wieder hatte sich bisher gezeigt, daß der Kanalbau, der Straßenbau, die Gestaltung von Grünflächen, die Anlegung von Bürgersteigen und Radwegen den Inhalt der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bildete - notwendig für die Verkehrssicherheit - notwendig für die Entwicklung der Gemeinde, aber genauso notwendig, um mit solchen Arbeiten wenigstens einen Teil der weitgehend ungelerten und arbeitslosen Menschen in Beschäftigung und Lohn zu bringen.

Am 17. Mai kam die Information, daß die Rheinischen Licht- und Kraftwerke es übernommen hatten, in Alsdorf die Gasversorgung vorzunehmen. Die Planung zog sich hin. Erst am 12. August 1939 konnten die Pläne für den Bau der Gasfernleitung ausgelegt werden. Am 2. Juli 1940 lag dann endlich der Plan aus, der die Grundflächen auswies, die für die Leitungsverlegung gebraucht wurden und die notfalls durch Enteignung zu erwerben waren. Alles zog sich weiter hin.

Eine erfreuliche Veränderung für Alsdorf, die sich dann auch schon bald die NSDAP in Alsdorf zunutze machte, war der Neubau des „Atrium-Theaters“ an der Hindenburg-Straße, das im September 1938 kurz vor der Vollendung stand, nachdem das ehemalige „Rathaus Lichtspieltheater“ schon Mitte Mai 1938 seine Türen geschlossen hatte. In den Rahmen der Volksbildung gehörte die Eröffnung der Volksbücherei Alsdorf am 20. September 1938. 1.500 Bücher waren in der alten Druckerei im Nebengebäude des Rathauses untergebracht, wo lange Zeit vorher die „Alsdorfer Zeitung“ gedruckt worden war. Es war ein schöner Festakt, bei dem das Alsdorfer Streichquartett Josef Holzapfel musizierte und bei dem am Schluß der Veranstaltung selbstverständlich das dreifache „Sieg-Heil auf den Führer“ nicht fehlte.

Nachdem die Freiwillige Feuerwehr Alsdorf am 18. Oktober ihr 40jähriges Bestehen mit großem Pomp und heller Freude noch hatte feiern können, wobei die vier noch lebenden Gründer Gottfried Nießen, Lambert Iven, Peter Brendt und Heinrich Wolff geehrt wurden, brach auch für Alsdorf wie insgesamt für das Reich ein Tag und mit ihm verstärkt eine Zeit an, die sich aus der dunklen Geschichte jener Epoche und der deutschen Geschichte überhaupt nicht mehr streichen und niemals übergehen läßt.

„Die Reichskristallnacht“, so heißt sie in Lexika und Geschichtsbüchern. Die Hetze gegen die Juden gab es in allen Jahrhunderten, ob es im Leben selbst war oder in der Literatur. In Hitlers „Mein Kampf“ nimmt diese Hetze schon seit der ersten Auflage von 1925 einen zentralen Platz ein. Alles, was sich den politischen Vorstellungen Hitlers entstellte, war „jüdischen Ursprungs“; da hatte er mit dem „Bolschewismus“ nicht einmal unrecht, der doch in letzter Konsequenz auf Karl Marx zurückging. Der Bolschewismus war auszurotten und mit ihm das ganze Judentum, um so freie Bahn nach Osten für den Arier zu schaffen; alles das war auszurotten, wie Karl Marx die Forderung erhoben hatte, daß die Bourgeoisie, das Bürgertum, auszurotten sei, um die gerechte Welt für den Arbeiter, sein Paradies im Kommunismus zu erreichen.

Nach der Machtübernahme wurde das Thema „Juden raus!“ ein genauso zentrales Thema der NSDAP hier wie im ganzen Reich. Schon früh klebten an den Schaufenstern jüdischer

Kaufleute in Alsdorf Zettel mit der Aufforderung: „Kauft nicht bei Juden“, so berichtet die Alsdorferin Luise Friedrichs. Es ging aber um mehr: es ging um die systematische Auslöschung des jüdischen Volkes, soweit der Herrschaftsbereich Hitlers reichte. Und das sollte sich überall dort vollziehen, wohin irgendwann seine Macht reichte. Die Benachteiligungen, Verfolgungen und Verleumdungen nahmen von 1935 an verstärkt ihren Lauf.

Es klingt fast wie ein makabres Wunder, daß es für eine solch gewaltige verbrecherische Zielsetzung auch noch einen äußeren Anlaß gab, der geeignet erschien, dieses ganze verbrecherische Treiben zu rechtfertigen.

Am 7. November 1938 schoß der 17jährige Jude Herschel Grünspan in der deutschen Botschaft in Paris auf den Legationsrat Ernst vom Rath in der Meinung, den deutschen Botschafter vor sich zu haben. Grund für die Tat des jungen Mannes war der Gedanke, auf diese Weise Rache üben zu können für die unmenschliche Behandlung seiner Eltern durch die deutschen Behörden. Vom Rath starb einige Tage später an den Folgen der Verletzungen.

Über diese Tat schwieg sich das Reich zunächst aus. Erst am Mittwoch, dem 9. November 1938, kamen die Berichte in die Presse, obgleich die Tageszeitungen damals oft genug in Morgen-, Mittags- und Abendausgaben erschienen.

Dieser 9. November hatte für das NS-Regime bekanntlich in jedem Jahr seine besondere Bedeutung. Am 9. November 1923 war in München der Hitler-Putsch niedergeschlagen worden, bei dem viele Anhänger verletzt und getötet worden waren. Mit vielen seiner Anhänger marschierte Hitler in München zur Feldherrnhalle. Da griff die Polizei ein und trieb die Gruppe auseinander, wobei eine größere Zahl verletzt und 16 politische Freunde getötet wurden. Andere wurden verhaftet. Das war das Ende eines ersten Bemühens, die Macht zu ergreifen. Zur Erinnerung an diesen 9. November 1923 zog nun die NS-Prominenz alljährlich zur Feldherrnhalle in München, um der gefallenen „Helden“ zu gedenken, wobei es immer wieder hieß: „Ihr habt doch gesiegt!“. So geschah es im ganzen Reich und in jeder Gemeinde, um ihrer zu gedenken.

So war es auch für den 9. November 1938 vorgesehen gewesen. Dieser besondere Heldengedenktag bot der NS-Spitze Gelegenheit, ihre Macht zu demonstrieren und in gewaltigen Reden ihre Zielsetzungen deutlich zu machen. Das Attentat von Paris kam gerade zur rechten Zeit. Ein Grund mehr, verstärkt gegen die Juden zu argumentieren und vorzugehen. Das Attentat wurde zur Rechtfertigung. Die Feldherrnhalle war das geeignete Podium für politische Reden. Das Volk musste die Absicht mittragen. Die Information über das Attentat musste frisch im Volk die Wut entfesseln können. Deshalb kam die Information erst am Morgen dieses 9. November 1938. Dann folgten die Berichte über Feiern und Reden aus München und von überall. In nahezu allen Städten und Gemeinden wurde der 9. November gefeiert und mit ihm die Macht der NSDAP:

Und dann ging es los im ganzen Reich, sicher nicht ohne innerparteiliche Anordnung. Die Synagogen der Juden wurden in Brand gesteckt. Die jüdische Bevölkerung wurde mißhandelt und ihr Vermögen weitgehend zerstört. Über die Vorgänge in der Stadt Aachen berichtete das „Politische Tagesblatt“ vom 10. November 1938: „Antijüdische Aktion in Aachen. Ausgelöst durch die Nachricht vom Tode des Gesandtschaftsrats vom Rath, der einem feigen jüdischen Mordanschlag zum Opfer fiel, kam es wie in vielen anderen Städten des Reiches auch in Aachen im Laufe der Nacht zu spontanen antijüdischen Aktionen,

wobei auch die Schaufenster jüdischer Geschäfte zertrümmert wurden. Die Synagoge brannte. Im Laufe der Nacht zwischen zwei und drei Uhr brach in der jüdischen Synagoge Feuer aus, das trotz der Löschversuche der Feuerwehr bis in die Morgenstunden hinein anhielt. Ein Übergreifen auf die umliegenden Häuser konnte verhindert werden.“ – Umliegende Häuser konnte die Feuerwehr also vor dem Feuerübergreif bewahren. Einen angeblich „in der Synagoge ausgebrochenen Brand“ konnte sie nicht löschen. Verständlich! Wie viele Synagogenbrände im ganzen Reich hätten dann in dieser einen Nacht gelöscht werden müssen? Für die Gemeinde Alsdorf hieß es zu diesem 9. November 1938 in der gleichen Tageszeitung am 12. November:

„Die Geschlossenheit, mit der das deutsche Volk die Gefallenen der Bewegung ehrt, demonstrierte die Alsdorfer Bevölkerung in überzeugender Weise am vergangenen Mittwoch durch den reichen Flaggenschmuck, den sämtliche Häuser zeigten. Am Mittwochabend strömten zahlreiche Volksgenossen zum Kasinosaal, um zusammen mit den Formationen die Feier für die Toten der Bewegung mitzuerleben. Im Mittelpunkt der Feier stand die Rede des Pg. Marpe. Eschweiler, der in kurzen, aber scharf umrissenen Zügen den Kampf und Sieg des Führers und seiner Bewegung und die Opfer der Toten vom 9. November 1923 feierte. Die Feuerwehrkapelle und die Sängervereinigung Alsdorf bestritten den musikalischen Teil. Pg. Schmitz sprach in einer Rezitation Dichterworte von Annacker und Baldur von Schirach. Weiter wirkten mit ein Sprechchor der HJ sowie der Spielmannszug der Werkscharen.“

Soweit dieser Bericht über den 9. November 1938 in Alsdorf. Ihm folgten für Alsdorf Nachrichten über eine Wanderung des Eifelvereins und über eine Kaninchenausstellung.

Die „offizielle“, vielleicht auch überwiegende Stimmung kam aber in der Chronik der Volksschule Kellersberg zum Ausdruck. Bezogen auf das Attentat heißt es dort: Die Bevölkerung ist über die feige Tat aufgebracht und die Judenwelt erhält am folgenden Tage die Quittung. Es ist auch in Alsdorf dafür gesorgt, daß niemand mehr bei Juden kaufen kann und die Juden ihre Rolle ausgespielt haben.“ Dies geschah durch die Zerstörung der jüdischen Geschäfte! Der Geist, der die Chronik füllt, erfüllte mit Sicherheit auch den Geist des Unterrichtes und wirkte über den hinaus.

Wenn es offiziell auch nie Berichte über Einzelheiten der Vorgänge in Alsdorf an jenem Abend, in jener Nacht und am nächsten Tag gegeben hat, so erinnern sich Mitbürgerinnen und Mitbürger hieran zur Genüge:

C. S. sagte am 19. April 1948 in einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Aachen gegen den Ortsgruppenleiter Josef Leesmeister aus:

„Als die allgemeine Aktion gegen die jüdischen Geschäfte in Alsdorf durchgeführt wurde, kam ich gerade von der Nachtschicht. Dabei habe ich gesehen, daß Leesmeister in Uniform in dem Lokal des Geschäftes Reitler, Alsdorf, Rathausstraße, stand. Ich habe auch beobachtet, daß Leesmeister sich selbst daran beteiligt hat, die Schuhe aus dem Geschäft auf die Straße hinauszwerfen. Die Schaufenster waren bereits zertrümmert.“

Die Zeugin H. V. sagte am 13. April 1948 im selben Verfahren:

„An dem Tag, an dem die Ausschreitungen gegen die Juden in Alsdorf stattfanden, befand ich mich in meiner Eigenschaft als Haushaltshilfe in der Wohnung der Familie H., Alsdorf, Kreissparkasse. Von dem Fenster dieser Wohnung hatte ich beobachtet, wie uniformierte SA-Männer und Angehörige der politischen Leitung unter Führung des Ortsgruppenleiters Leesmeister in das Möbelgeschäft „Westphalia“ im Grenzweg eindringen. Ich sah, wie die Möbel, welche in den Schaufensterauslagen standen, umgeworfen und zertrümmert wurden. Ich habe selbst gesehen, daß sich Leesmeister hieran aktiv beteiligt hatte. Soweit ich mich erinnere, war der Eigentümer, ein Jude, dessen Namen ich nicht kenne, bereits fort. Ob er verhaftet war oder selbst weggegangen war, weiß ich nicht. Die Ehefrau des Eigentümers, eine Westfälin, wurde aus dem Haus getrieben“ ²⁴⁾.

Es kann hier nur ein kleiner Überblick über die Geschichte der Juden in Alsdorf gegeben werden. Alsdorf war eigentlich lange Zeit kein Ort, an dem sich Juden niederließen. Juden waren Vertreter, Viehhändler, Kaufleute, Handwerker, ja Bankiers und Wissenschaftler. Alsdorf war ein kleiner Ort mit vorwiegend landwirtschaftlicher Grundstruktur, mit Handwerkern und seit 1850 mit Bergleuten. Jüdische Viehhändler und Handelsvertreter mögen in Alsdorf hier und da Geschäfte gemacht haben. Aber an eine Niederlassung hier hatte wohl keiner während des größten Teils des 19. Jahrhunderts gedacht. So weisen die Statistiken über die Jahre 1827 und 1852 für Alsdorf keine jüdischen Einwohner aus. Anders war es für 1852 in der Gemeinde Broich. Da lebten in Euchen vier Juden ²⁵⁾. Hier ist natürlich von der ehemaligen Bürgermeisterei Alsdorf die Rede, also lange vor der ersten großen kommunalen Neugliederung von 1932. Dieses alte Alsdorf hatte 1828 eine Bevölkerung von 1002, im Jahr 1852 von 1.339 Seelen. Betrachten wir aber die Bürgermeisterei Broich für diese Jahre, so stehen Alsdorf dort 1.917 bzw. 2.245 Bürger gegenüber. Doch dann stieg in Alsdorf die Bevölkerung bis zum Jahr 1871 auf 1.752 an; Broich lag in diesem Jahr aber schon bei 2.566 Einwohnern ²⁶⁾. Die Statistik zum Jahr 1871 läßt aber erkennen, daß in Alsdorf nun bereits 21 Juden wohnten, während die Gemeinde Broich insoweit nur eine unwesentliche Veränderung erfahren hatte. Dort lebten damals acht Juden, die aber ihren Wohnsitz in dem Dorf Neusen genommen hatten, während in Euchen kein Jude mehr lebte. ²⁷⁾ Das hängt sicher mit der nahezu rein katholischen Bevölkerung in Euchen zusammen, während sich die Andersgläubigen, vor allem die Protestanten, schon früh in Neusen, Linden und ganz besonders in Vorweiden zusammengefunden hatten, wo übrigens 1820 bereits sechs Juden wohnten. ²⁸⁾

Gottfried Nießen schrieb in der zweiten Auflage seines kleinen Werkes über Alsdorf, die die erste Auflage um einen geschichtlichen Teil erweiterte: „Das Rindfleisch lieferten auswärtswohnende Juden. Im Jahr 1854 kam der erste Rindviehmetzger, Moses Marx, nach Alsdorf. Er wohnte auf der jetzigen Rathausstraße, Haus Leo Plum. Unter dem Tor war der Fleischverkauf. Freitags wurde das Fleisch auf der Schörreskaar (Schubkarre) zu der Kundschaft gebracht. Er hatte auch Viehhandel. In der Wiese, wo sich jetzt das Rathaus befindet und in der Fettwiese ließ er das Vieh zur Mästung weiden.“ Diese zweite Auflage von 1941 wurde damals nicht veröffentlicht, da er keine Druckerlaubnis bekommen hatte. ²⁹⁾ So kam das kleine Buch unter Berücksichtigung der neuen Straßennamen erst 1948 in den Handel.

Dieser Moses Marx, der in Alsdorf mit seiner Familie gelebt hat, kaufte 1863 von Freiherrn Theodor von Blankart einen Hof, der im Kreuzungsbereich Herzogenrather Straße (Im Loch) / Alte Aachener Straße lag. So ist es im Grundsteuerkatasterbuch Alsdorf für 1863

vermerkt. Die Nachfahren von Moses Marx lebten später zum Teil in der Broicher Straße im Haus mit der Nummer 48, „winzige“ alte Damen, die wegen ihrer kleinen Gestalt von manchem Alsdorfer mehr liebevoll als spöttisch „die Marxe Mädelder“ genannt wurden, so berichtet Frau Küsters. Ein christlicher Angestellter des EBV, der in der nächsten Nachbarschaft wohnte, kümmerte sich um diese Damen und führte sie regelmäßig zum Spaziergang aus. Diese Schwestern mußten dann die Kristallnacht erleben und ihre Deportation. Auch sie wurden in ihrem hohen Alter Opfer des Rassenwahns. Insgesamt vier Geschwister Marx, die in Alsdorf gelebt hatten, gelten als in Minsk bzw. Theresienstadt verschollen. Der 1840 in Bettendorf geborene Metzger Samuel Weil war mit seiner fünf Jahre älteren Ehefrau Johanna Joseph vor 1870 nach Alsdorf gezogen. Hier wurden 1870, 1872 und 1875 ihre Kinder Isidor, Karl und Hermann geboren. In dieser Zeit waren noch weitere jüdische Familien nach Alsdorf gekommen. Bereits 1927 wurde die Zahl der Juden in Alsdorf mit 41 genannt³⁰⁾.

Es gab aber einen ständigen Wechsel des Zuzugs und Weggangs. Franziska Alexander hatte in den frühen 20er Jahren ihr Kurzwaren- und Handarbeitsgeschäft in der heutigen Rathausstraße Nr. 20. wie eine alte Ansichtskarte deutlich macht. 1927 führte sie ihr Geschäft bereits im Hause Bahnhofstraße 49, also neben dem Alsdorfer Lichtspielhaus des Alois Koll. Sie war ledig und lebte in einem gemeinsamen Haushalt mit ihrer Mutter. Ihr Vater Isaak Alexander war bereits verstorben. Er war sicher auf dem alten Judenfriedhof im heutigen Parkgelände am Übacher Weg beigesetzt worden. Bürgerinnen berichteten über Frau Alexander; „Die war ein „Frollein“, bei der wir gerne unsere Handarbeitssachen gekauft haben.“ Es heißt weiter, daß der Laden nicht groß war, wie damals die meisten Geschäfte. Er lag schräg gegenüber dem Haus Elkan, so Frau Schmitz, eine frühere Mitarbeiterin dort. Julius Elkan hatte schon vor 1927 im Haus Bahnhofstraße 54 sein großes Geschäft für Konfektion und Manufaktur. Das Haus wurde beim Bau der ehemaligen Kaufhalle abgerissen, das Grundstück für den Neubau verwendet. Es ist anzunehmen, daß Elkan rechtzeitig vorausgesehen hatte, was noch kommen sollte.

Schon vor 1935 hatte er sein Haus an den Aachener Konditor Hubert Gehlen verkauft, der von nun an dort seine Konditorei betrieb. Das Einwohnerbuch von 1935 für Alsdorf zeigt, daß Julius Elkan in Alsdorf nicht mehr gemeldet war. Andererseits weist eine Auflistung über die Wohnorte der Deportierten in den Heimatblättern des Kreises Aachen, Jahrgang 1980, aus, daß seine Familie nach der Kristallnacht, also nach 1938 in Alsdorf, er selbst in Setterich festgenommen wurde, um dann deportiert zu werden. Neben dem Haus des Julius Elkan, also im Haus Nr. 56, hatte der Jude Bernhard Wächter sein Schuhgeschäft. An der anderen Seite dieses Hauses führte eine schmale Gasse zur Broicher Straße. Wächter führte dieses Geschäft als Filiale seines Hauptbetriebes in Stolberg. In dem Haus Bahnhofstraße 66 hatte der Jude Burkartz einen Basarladen, den er aber später verkaufte. Im selben Haus führte Emil Steilberger sein Kurzwaren- und Handarbeitsgeschäft. Nachdem aber Isidor Weil 1932 in der heutigen Rathausstraße 18 seinen Neubau errichtet hatte, zog Emil Steilberger dorthin um. In das Haus Bahnhofstr. 66 verlegte jetzt der jüdische Kaufmann Isaak Hausmann sein Schuhgeschäft. Bis dahin war dieser Laden in dem Haus Nr. 6 der heutigen Rathausstraße, gleich neben der Gaststätte Maassen, untergebracht gewesen. In diesem Haus hatte Isaak Hausmann das Geschäft einige Zeit gemeinsam mit dem Juden Mayteles Wolf geführt. Im Haus Bahnhofstraße 66 wird schon bald sein Sohn Siegmund Hausmann das Geschäft übernommen haben. Während sein Vater das Geschäft in der damaligen Hauptstraße 6 „Volksschuhhaus“ genannt hatte, führte Siegmund

Hausmann es nun unter dem Namen „Schuhhaus Glückauf“. Frau Luise Friedrichs hatte bei Siegmund Hausmann im Oktober 1934 ihre Lehre als Verkäuferin begonnen. Als Siegmund Hausmann dann Mitte 1935 in ein Strafverfahren verwickelt worden war, schloß die SA sein Geschäft. Frau Friedrichs berichtete über die Zusammenhänge und Verbindungen der jüdischen Geschäftsleute in Alsdorf, wie sie diese seit 1934 erlebt hatte. Nachdem das Ladenlokal im Haus Hauptstraße 6, heute Rathausstraße, frei geworden war, zog dort der jüdische Schuhwarenhändler Reiter ein. Er war ein Verwandter von Hausmann wie auch Wächter, Burkartz, Reiter und Wächter wohnten in Aachen. Die Töchter Wächter betrieben abwechselnd für ihren Vater das Geschäft in Alsdorf. Bernhard Wächter hatte Frau Friedrichs übernommen, damit sie bei ihm die Lehre fortsetzen und abschließen und weiter tätig sein konnte. Die Töchter Wächter kamen nun jeden Tag mit dem Taxi von Aachen und fuhren so auch am Abend zurück. Sie brachten Ware in den bekannten Schuhkartons mit, die die Angestellten dann tragen halfen. Reiter, Hausmann und Wächter besuchten sich gegenseitig in ihren Geschäften, und das während der Geschäftszeit. Zu diesen jüdischen Geschäftsleuten kam auch noch der Jude Erich Zwiebel dazu, der von dem NS-Mann Droegemeier im Haus Grenzweg 1 das Geschäftslokal gemietet hatte, in dem er den Verkauf von Möbeln betrieb. Die Lehrmädchen liefen dann in das jeweils allein gelassene Geschäft, um aufzupassen, bis der Inhaber wieder zurückkam. Frau Friedrichs berichtet weiter, daß die Hausmanns und auch Wächter strenggläubige Juden waren, die genau ihr Fasten einhielten und vor Ostern das ungesäuerte Brot, den Matzen, aßen, von dem sie auch den Angestellten immer abgaben wie auch von allem, was sie kommen ließen wie Kuchen usw. Alle diese Juden seien nett und zuvorkommend gewesen, – ein Urteil, das viele Bürger und Bürgerinnen abgaben, die mit diesen jüdischen Kaufleuten und Familien persönlich oder nur geschäftlich zu tun hatten. „Ach, bei Steilbergers haben wir all unsere Näh- und Handarbeitssachen gekauft. Das waren nette Leute“, äußerte eine Alsdorferin, und viele andere urteilten ähnlich. Weitere jüdische Handwerker und Kaufleute seien hier nur kurz genannt: die Schneider Abraham Dawidowicz, Bahnhofstraße 66, Hermann Nissenbaum, Annastraße 14, Max Szmulewicz, Burgstraße 20 und Leifer (Leo) Ackstein, Broicher Straße 22; die Händler und Vertreter Mendel und Isaak Cohn in der Körnerstraße 11, wo auch der Vertreter Isaak Zierler wohnte; so vermerkt im Adreßbuch für 1935. Es waren noch viele mehr. Zu diesen zählte auch der schon erwähnte Isidor Weil, Sohn des Samuel Weil, Isidor Weil war Maler- und Anstreichermeister. Er hatte sein erstes Haus mit Geschäft auf der Hauptstraße, der heutigen Rathausstraße, mit der Hausnummer 14. Von der Bahnhofstraße her gesehen war es das letzte Haus vor den damaligen Schienen der Straßenbahn und der Geilenkirchener Kreisbahn, also des Heggeströfers, während der spätere Neubau mit der Nr. 18 das erste Haus jenseits dieser Schienen war, wo bis dahin ein geräumiges Zweifamilienhaus des EBV gestanden hatte, das früher u. a. die Familien Heidemanns und Scholly bewohnten, so berichtete Adolf Heidemanns. Als Isidor Weil aus Altersgründen seinen Handwerksberuf aufgegeben hatte, unterhielt er in dem alten Haus ein Geschäft mit verschiedenen Artikeln. In dieses Haus zogen dann später Steiger des EBV. Die Geschäftsräume im Neubau vermietete Isidor Weil. Dort war der Zigarrenhändler Heinrich Finken tätig. Als etwa 1936/1937 Emil Steilberger sich von Alsdorf absetzte, mietete der praktische Arzt Dr. Lutz Küppers, ein hochkarätiger NS-Mann, ausgerechnet von dem Juden Weil die früheren Räume Steilbergers für seine Arztpraxis. Weil und seine Ehefrau Laura hatten im Obergeschoß nur noch ihre Wohnung. Diese Beschreibung zeigt, daß auf der Bahnhof- und Hauptstraße, der späteren Rathausstraße, zahlreiche jüdische Geschäfte und auch Häu-

ser waren. Die Juden lebten durchaus in einer Gemeinschaft mit den christlichen Bürgern. Es bestand ein gutes Verhältnis, das oft genug auch ein freundschaftlich-nachbarliches war wie z. B. zwischen den Familien Weil und Nießen. Josef Nießen, Großvater des Verfassers, hatte in seinem Haus Hauptstraße 28 ein Samen- und Tabakwarengeschäft. Die Kinder beider Familien spielten miteinander und waren Freunde, bis die NS-Macht alles Menschliche zu zerbrechen trachtete und hier und da zerbrach. In den 20er Jahren bekam Isidor Weil den Auftrag der Gemeinde zur Durchführung aller Anstreicherarbeiten in einer Schule, die er zusammen mit dem Alsdorfer Malermeister Heinrich Pottgen ausführte. Das waren Selbstverständlichkeiten wie die Tatsache, daß der Jude Steilberger begeistertes Mitglied des Eifelvereins war und an vielen Wanderungen teilnahm, wie Fotos von diesen Gemeinschaftserlebnissen zeigen. Doch dann kam das neue politische System mit seiner Ideologie von der reinen Rasse, deren Angehörige allerdings noch in Höhlen hausten, als im fernen Orient schon über Jahrtausende die Hochkulturen blühten. Die Berichte lassen erkennen, daß schon 1936 die Lage kritisch geworden war und weiter so auch blieb. Kontrollen der SA auf der Bahnhofstraße waren zum Alltagsleben geworden. Führen die Töchter Wächter mit ihren Schuhladungen vor, wurde ihren Angestellten verboten, diesen beim Tragen zu helfen. So war es auch am Abend, sobald die Rückfahrt vom Taxistand vor der Gaststätte Buttenbruch losgehen sollte. Besuchte Frieda Josephs, geb. Weil, von Gangelt her hier ihre Eltern, war meist auch eine Stippvisite bei unserer Mutter fällig. Bei aller Freude hierüber plagte alle die Angst, der Besuch könnte entdeckt werden. Aus dieser Angst begründete sich die schmerzliche Erleichterung, wenn möglichst schnell Abschied bis zum nächsten Mal genommen wurde.

Für den Metzgermeister Wilhelm Jongen, einen Holländer, der sich strikt geweigert hatte, der NSDAP beizutreten, wurde die Lage jeden Tag unerträglicher. Druck und Drohungen auf und gegen ihn und seine Familie wuchsen immer mehr. Als Ausländer hatte er eigentlich keine Rechte. Schon die Weimarer Verfassung hatte in Artikel 115 festgelegt: „Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich.“ Welch ein Grundsatz für die NSDAP! Jongen war kein Deutscher. Er war der persönlichen und parteipolitischen Willkür der „Parteigenossen“ ausgeliefert. Als einige Jahre später ein Vertreter der in Hoengen ansässigen jüdischen Viehhändlerfamilie Keller, dem der Judenstern angeheftet worden war, vor seinem Geschäft geradezu bittend stand, wagte Wilhelm Jongen nicht, ihm in irgendeiner Form zu helfen, da er selbst in einer höchst bedrängten Lage sich befand, so berichtete seine Tochter Eugenie Bleilefens. Diese Familie war nicht die einzige ausländische, die solchen Bedrängnissen ausgesetzt war. Zunächst gab es Schikanen, dann drohten Gefahren, schließlich ging es los.

Das Vorstehende und das Folgende stützt sich zu einem Teil auf die Aussagen der Alsdorfer Bürgerinnen Eugenie Bleilefens, Maria Esten, Käthe Floehr, Luise Friedrichs, Berti Küsters, Anna Schmitz und viele mehr, weiter auf die Erklärungen der Alsdorfer Bürger Heinz Bey, Adolf Heidemanns, Heinrich Kempchen, Hubert Mund, Erwin Laurenz Schmitz, aber auch des Dr. Hans Gronen und des Josef Theißen, die damals Schuljungen waren, zum Teil die Vorgänge aber aus der Nähe ihrer elterlichen Wohnungen in der Broicher Straße bzw. im Grenzweg beobachten konnten. Voneinander unabhängig gemachte Angaben zeigen ein übereinstimmendes Gesamtbild, das sich auch mit dem deckt, was hier und da sich auch in Akten findet.

Am 9. November 1938 schlug Ortsgruppenleiter Leesmeister mit seinen NS-Leuten zu. Aus der Bevölkerung folgte ihm eine beachtliche Masse. Die jüdischen Geschäfte auf der Bahnhofstraße waren erste Angriffsobjekte. Die Schaufenster wurden eingeschlagen, Schuhe und Kleidungsstücke, Nähmaschinen und vieles mehr wurden aus den Regalen hinausgeworfen, durch das Geschäft oder gleich auf den Bürgersteig nach draußen geschleudert, wo jeder, der wollte, zupackte und schnappte, was er bekommen konnte. Die anwesende Tochter Wächter war so von Panik ergriffen, daß sie aus Angst zu Fuß nach Aachen lief, um bei den Eltern Sicherheit zu finden, so berichtet Luise Friedrichs. Dann ging es weiter. So berichten Josef Theißen, Dr. Hans Gronen und Heinz Bey, Franz Droegemeyer und andere, dahinter die Masse, kamen von der Bahnhofstraße um die Ecke in Richtung Grenzweg. Droegemeyer stürzte sich auf sein eigenes Haus im Grenzweg, wo er mit einer Stange die Schaufenster seines Geschäftshauses zertrümmerte, in dem der Jude Erich Zwiebel, sein Mieter, einen Möbelhandel betrieb. Die Möbel wurden im Geschäft kurz und klein geschlagen und die Trümmer auf die Straße geworfen. Das alles brauchte seine Zeit, und der Schüler Hans Gronen wie sicher viele andere auch fand keine Gelegenheit mehr für seine Schulaufgaben, was er am nächsten Tag mit diesen Ereignissen zu entschuldigen versuchte. „Du hast doch da wohl nicht mitgemacht?!“, war die scharfe Frage seines Lehrers Philipp Dohmen. Natürlich hatte er nicht mitgemacht.

Doch am Abend zuvor war das Treiben so schnell nicht abgebrochen. Vom Grenzweg ging der Marsch zur Hauptstraße. Jetzt war das Schuhgeschäft Reiter an der Reihe. Wie bei Wächter flogen die Schuhe aus den Regalen und hinaus auf die Straße. Das gleiche Bild überall. Da sammelte sich der „Mob“, wie einige sagten, an der Straßenbahnhaltestelle im Bereich des heutigen Bushofes, und man tauschte untereinander, um nach Möglichkeit zum geschnappten linken den passenden rechten Schuh zu bekommen usw. Und der NS-Terror gegen die Juden ging weiter: der Neubau Weil war an der Reihe. Da ging es nicht um die Geschäftslokale, die ja Nichtjuden gemietet hatten. Es ging um die Wohnung der Eheleute Isidor und Laura Weil im ersten Obergeschoß.

Pfarrer Erwin Laurenz Schmitz berichtet: „Von der Dienstwohnung unseres Vaters konnte ich am 9. November 1938 sehen, daß der alte Herr Weil von Polizeibeamten abgeführt und sicher zum Rathaus gebracht wurde.“

Heinrich Kempchen sagte im Juli 1999: „Mit meiner älteren Tochter kam ich vom Übacher Weg und stand gerade am Kasino. Da sah ich, wie Ortsgruppenleiter Leesmeister mit noch einem NS-Mann, den ich aber nicht kannte, vor dem Haus Weil stand. Jedenfalls einer von ihnen hatte ein Beil oder eine Axt in der Hand. Damit wurde die Haustüre dieses Hauses Weil aufgeschlagen. Beide stürmten in das Haus. Bald schon kam die alte Frau Weil an eines der offenen Zimmerfenster und weinte, ja sie heulte vor Verzweiflung. Ich konnte jetzt deutlich hören, daß in der Wohnung die Möbel und sonstiges zerschlagen wurden. Ich konnte das nicht mehr mit ansehen und anhören. Ich bin mit unserer Tochter weitergegangen.“

Schließlich noch Heinz Bey: „Ich kam weiter in Richtung Kasino. Vor dem Haus Weil in der Hindenburgstraße 18 hatte sich auch schon eine Menge Menschen eingefunden. Ich stand dann etwas abseits neben dem Kriminalassistenten Leo Bresser, der bei der hiesigen Polizei beschäftigt war. Frau Weil stand oben in ihrer Wohnung an einem geöffneten Fenster, hielt die Hände vor dem Gesicht und weinte fürchterlich. Dann trat Leesmeister auch an

das Fenster, schubste Frau Weil zur Seite und rief nach unten „Aufpassen!“ Dann warf er eine Zimmeruhr, die er in seinen Händen hatte, durch das offene Fenster auf den Bürgersteig. Bresser und ich waren fassungslos; aber er durfte nicht eingreifen, wenn er seinen Posten nicht verlieren wollte. Hinter allem stand die Partei, und Leesmeister war hier die Partei.“

Noch am nächsten Tag bot sich ein grauenvolles Bild auf der Haupt- und Bahnhofstraße, Trümmer, Reste. Am Eingang zum Kaufhaus EHP auf der Bahnhofstraße standen rechts und links je ein SA-Mann, die beobachteten und kontrollierten. Was oder wen sie kontrollierten oder ob der Inhaber dieses Kaufhauses auch ein Jude war, kann nicht gesagt werden, so die Angaben von Frau Küsters.

Walter Weil, der ältere Sohn Isidor Weils, dem es gelungen war, nach Belgien zu fliehen und dort in jener Zeit unerkannt zu bleiben, sprach über diese Ereignisse vor dem Alsdorfer Geschichtsverein 1985. Aus seinem gedruckten Text soll auszugsweise zitiert werden:

„Ernster wurde nun die Situation nach der sogenannten Kristallnacht. Nichts Gutes ahnend fuhren wir anderen Tages nach Alsdorf. Unterwegs besuchten wir in Elsdorf meinen Onkel und meine Tante. Wir fanden dort eine ziemlich zerstörte Wohnung vor. In Alsdorf ein ähnliches Bild, eine zerstörte Wohnung, meine Mutter war nervlich vollkommen erledigt und mein Vater war verhaftet. Meine Frau ging sofort zum Bürgermeisteramt und sagte: „Ich komme meinen Schwiegervater abholen. Wir wohnen in Köln und wollen meine Schwiegereltern für einige Zeit mitnehmen“. Das Wunder geschah; mein Vater konnte mit meiner Frau nach Hause gehen. Wer damals diese Entscheidung getroffen hatte, konnte ich leider nicht feststellen. Ich vermute, der Bürgermeister Lux. Wir waren einige Jahre Mitglied des Hoengener Sportvereins und haben uns immer gut verstanden Meine Eltern wohnten dann einige Wochen bei uns. Hier erhielten sie von dem Ortsgruppenleiter Küppers die Aufforderung, ihr Haus in Alsdorf, Hindenburgstraße. jetzt Rathausstraße 18. so schnell wie möglich zu verkaufen. Es wurde zu einem Spottpreis von der damaligen Volksbank übernommen, die es nach dem Krieg, auf Grund eines Gerichtsurteils, wieder herausgeben mußte. Der Kaufbetrag kam auf ein Sperrkonto, über das mein Vater nur mit einem geringen monatlichen Betrag verfügen konnte. Außerdem wurde zu Gunsten des Deutschen Reiches eine Sicherheitshypothek in Höhe von 8.000 RM eingetragen, die als Fluchtsteuer fällig würde, falls meine Eltern flüchten sollten. Von Köln kehrten meine Eltern nach Alsdorf zurück und verzogen mit meiner Schwester Frieda, deren Mann und Kind nach Aachen. Nach einiger Zeit wurden sie mit allen Juden des Regierungsbezirkes in Aachen unter unmenschlichen Bedingungen in Baracken am Grünen Weg in Aachen zusammengefaßt und später gemeinsam deportiert. Meine Eltern kamen in das K. Z. Theresienstadt, wo sie den Nazimördern zum Opfer fielen. Mein Vater wurde am 30. August 1942 ermordet und in ein Massengrab geworfen, während meine Mutter am 28. August 1943 verbrannt wurde. Ich besitze diesbezüglich amtliche Dokumente . . . ”³¹⁾

Nach diesem Vortrag vom 13. Juni 1985 hatte der Verfasser die Gelegenheit, mit den Eheleuten Walter Weil im Kasino Anna im Kreise von Freunden des Alsdorfer Geschichtsvereins zusammensitzen. Er sprach über die Familie Josef Nießen. Und sofort kamen die Fragen: „Was ist mit Theo Nießen, mit Anton, mit Traudchen?“ Der Verfasser, Sohn jener „Traudchen“ Nießen, berichtete. Er konnte nicht genug berichten. Walter Weil fragte seine Frau: „Hörst Du zu?“ Und die Antwort: „Sei ruhig, ich kann nicht genug zuhören“. Es war,

als wenn eine besondere Wärme uns erfüllte und als wenn die 20er Jahre den Eheleuten Weil wieder ganz nahe wären. Es gelang dann noch, ein Treffen zwischen den Eheleuten Weil und der Tante des Verfassers, der Witwe des schon erwähnten Theo Nießen, einzuleiten, so daß die Genannten nach mehr als 60 Jahren sich wiedersahen.

Doch damals war alles anders, und die Gewaltspirale drehte sich immer weiter. Zu den konkreten Vorgängen schwieg die Presse. Doch die Exil-SPD berichtete schon im November 1938, daß in jener Nacht auch der jüdische Friedhof am Übacher Weg vollständig verwüstet worden war. Sogar auf dem Nordfriedhof war der Grabstein eines beim großen EBV-Grubenunglück getöteten jüdischen Bergmanns zertrümmert und das Grab dem Erdboden gleichgemacht worden³²⁾. Als die Auslandspresse das Vorgehen der Nazis in der Kristallnacht scharf angegriffen hatte, konterte am 14. November 1938 der „Westdeutsche Beobachter“ unter der von Hohn getragenen Überschrift: „Schluß mit der Gefühlsduselei!“ Die Kampagne gegen die Juden in der Presse wurde von Tag zu Tag verstärkt. Am 12. November 1938: „Waffenbesitz für Juden gesetzlich verboten; die Ausscheidung des Judentums aus dem deutschen Wirtschaftsleben ab 1. Januar 1939“; am 15. November 1938 wurde gegen das Vermögen der Juden gehetzt: „Der Jude hat viereinhalbmal mehr“. „Schliche der Juden wurden durchschaut“, „Juden hetzen gegen Deutschland, Großkundgebung der NSDAP“, „Die Juden und der Bergbau; grundsätzliche Ablehnung durch Jahrhunderte; alte Bergordnungen verbieten den Verkehr mit Juden“. Mit solchen Schlagzeilen ging es weiter, um die Masse immer stärker gegen die Juden aufzuputschen.

Für Alsdorf wußte die Presse dann im Juni 1939 noch von einem vermeintlichen Schlag gegen die Juden zu berichten: „Es wurde ferner einer EntschlieÙung zugestimmt, wonach Juden von der Nutzung des Gemeindevermögens ausgeschlossen werden.“ Ein Blick in die Protokolle der Gemeinde Alsdorf bringt diese „EntschlieÙung“, vor allem die Person des Bürgermeisters Klaus Lux, in ein anderes Licht, als die Presse das alles gern gesehen hätte. Lux faÙte den BeschluÙ erst am 8. Mai 1939 aufgrund eines Runderlasses des Reichsinnenministers vom 3. März 1934. Lux hatte also diesen ErlaÙ fünf Jahre lang unberücksichtigt gelassen und zur Seite geschoben. Im Mai 1939 konnte er mit seiner EntschlieÙung keinem Alsdorfer Juden mehr schaden. Es gab in Alsdorf nur noch die Jüdin Helene Frejlich, die schon 1929 einen Deutschen geheiratet hatte. 1948 erklärte sie in einem gegen Leesmeister eingeleiteten, dann aber eingestellten Ermittlungsverfahren, daß dieser sie in Ruhe gelassen habe. Wer nicht noch mit Erfolg vor der Reichskristallnacht oder kurz danach hatte fliehen können, war kurzerhand deportiert worden. Keine jüdische Familie sei nach Alsdorf zurückgekehrt. Die meisten seien wohl umgebracht worden³³⁾.

Einige Beispiele: Elkan Julius, Sobibor, Polen, für tot erklärt; Elkan Hedwig, Auschwitz, für tot erklärt; Elkan Philipp, Mauthausen, Tod am 24. September 1941; Elkan Rosa, Auschwitz, für tot erklärt; Alexander Franziska, Minsk, verschollen; fünf Mitglieder der Familie Levy, Sobibor, für tot erklärt; Zwiebel Erich, Mauthausen, Tod am 17. April 1945; Weil Isidor, Theresienstadt, Tod am 30. August 1942; Weil Laura, Theresienstadt, Tod am 28. August 1943. Frieda Weil und ihr Ehemann Albert Josephs gelten als verschollen. Walter Weil vermutet ihre Ermordung in Warschau. Vier Geschwister Marx sind in Theresienstadt bzw. Minsk verschollen.

Das ist ein Auszug für Alsdorf aus einer Zusammenstellung der Namen der jüdischen Opfer im Kreis Aachen, die nachzulesen ist in den Heimatblättern des Kreises Aachen, 1980.

Die Forschung über Leben und Sterben der Juden in Alsdorf bleibt weiter vorrangige Aufgabe.

Warum nun Leesmeister und die SA die Jüdin Frejlich „in Ruhe“ gelassen haben, ist eigentlich nicht bekannt geworden. Sie war im Jahr 1923 von Polen nach Alsdorf gekommen. Sie hatte als Schneiderin recht bald einen schönen Kundenstamm, sicherlich aus der „Bürgerschicht“; denn wer konnte sich sonst eine Schneiderin leisten. Von Haus Nr. 8 hatte die Familie dann Wohnung genommen im Haus Nr. 43 in der Bahnhofstraße, wo sie bis zum Ende des Regimes auch lebte. Seit etwa 1936 häuften sich im öffentlichen Leben die Belästigungen durch Anpöbelungen, die auch der übrigen Familie galten. Die Reichskristallnacht erlebten sie aus nächster Nähe auf der Bahnhofstraße. Danach brach für diese Familie das Chaos aus. Weite Kreise der Bevölkerung distanzieren sich, die Kinder spielten allein. In der Schule waren sie schlimmer Behandlung ausgesetzt; dies gerade von solchen, von denen das nicht erwartet worden war. Aber es gab auch Lehrer, die sich schützend verhielten. Genauso gab es noch einige Geschäfte, in denen sie bedient und mit der gleichen Freundlichkeit behandelt wurden, wie das für die 20er Jahre eine Selbstverständlichkeit gewesen war. Bei aller Distanz brauchte aber der überzeugte NS-Kaufmann K. die jüdische Tochter zur Nachhilfe für das eigene, der reinen Rasse angehörige Kind. Danach gehorchte man wieder der NS-Ideologie und ging auf Distanz. Gerade das zeigt die geistige Schizophrenie in diesem System, wie wir es schon bei einigen Mietverhältnissen erlebt haben. Aber Frau Frejlich selbst mußte wie eingeschlossen in ihrer Wohnung leben. Nicht einmal den Luftschutzbunker durfte sie betreten, wenn Fliegeralarm gegeben wurde. Den Widerstand der SA-Posten, mit den Angehörigen auch so zu verfahren, durchbrach der Zahnarzt Corsten. Wahrscheinlich hatten auch einflußreiche Beamte in der Gemeindeverwaltung, die die Familie schätzten, wenigstens so viel Kraft, die SA von Festnahme und Deportation abzuhalten. Aber für Frau Frejlich blieb das Einzelghetto mitten in der Gemeinde Alsdorf. Einkäufe und alles sonst mußten die Angehörigen erledigen. Die Angst bestimmte Tag für Tag die Familie. Niemand wußte, was noch kommen würde. Die Nerven waren bis zum Zerreißen gespannt. Ein dann doch noch unternommener Versuch der SA, Frau Frejlich zu deportieren, scheiterte in Aachen, wo die militärischen Verhältnisse sich so zugespitzt hatten, daß ihre Rückführung nach Alsdorf die Folge war. Nach dem Einmarsch der Amerikaner am 7. Oktober 1944 in Alsdorf wurde dann auch dieses Ghetto aufgehoben und die Familie befreit; für die Amerikaner war es ein Wunder, hier noch eine Jüdin anzutreffen, was sie veranlaßte, erst nicht zu glauben, daß Frau Frejlich Jüdin war.

Das alles war in unserer Gemeinde Alsdorf geschehen. Alsdorf ist keine Insel im weiten Sumpf dieses Rassenwahns gewesen. Aber nicht nur Studienrat Philip Dohmen hatte sich voll Abscheu von all dem abgewandt. Viele Bürger standen angesichts des Entsetzens unter Schock. Doch die Angst vor dem System lähmte sie. Andere dagegen fühlten sich wie neu beflügelt.

Der Verfasser erinnert sich noch gut an Frau Frejlich, die oft genug mit ihrer Tochter nach dem Ende jener schrecklichen Zeit in die Metzgerei seiner Eltern zum Einkauf gekommen war, wie das genauso eine Selbstverständlichkeit gewesen war, bevor jenes grausige Morden begann.

Aber das Leben des Alltags lief auch in Alsdorf weiter. Das Leben ging zur Tagesordnung über, als hätte es in dieser sogenannten Kristallnacht diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht gegeben.

Am 30. November probte die Feuerlöschpolizei. Es ging um die Erprobung ihrer Schnelligkeit. Objekt für die Übung war das Ledigenheim an der Herzogenrather Straße.

Am 6. Dezember wurde der Bürger zufriedengestellt durch die Errichtung einer Telefonzelle in der Nähe des Denkmalplatzes. Daß der Verein für Säuglingspflege Alsdorf bereits seit 35 Jahren bestand, konnte zur Freude der Alsdorfer am 8. Dezember bekanntgegeben werden. Auf einer ähnlichen sozialen Ebene arbeitete schon seit einigen Jahren die Ortsgruppe Alsdorf des Reichsbundes für Kinderreiche. Oberstudiendirektor Dr. Johannes Schmitz, örtlicher Vorsitzender und Kreisabschnittswart, nutzte seine Position, um immer wieder die Bedeutung der Familie für Gesellschaft und Staat herauszustellen, wie dies auch wieder anlässlich einer Feierstunde am 12. Dezember im Musiksaal der Alsdorfer Oberschule der Fall war. Daß seine von der christlichen Soziallehre geprägte Auffassung vom besonderen Wert der Familie sich der äußeren Form nach mit den politischen Zielvorstellungen des NS-Systems deckte, hatte ihn dieser Partei innerlich nie näher gebracht.

Die Partei lebte selbst in einem inneren Zwiespalt zwischen Selbstherrlichkeit und Ohnmacht. Der Machtrausch hier und die Versorgungsnot dort lassen zur Genüge erkennen, daß diese Partei Wunder auch nicht wirken konnte. Wenn am Weihnachtsabend eine Bescherung von rund 500 Kindern durch die NS-Volkswohlfahrt unter der Leitung des Ortsgruppenleiters Leesmeister und unter Absingen von Weihnachtsliedern stattfand, wird der geistige Widerspruch zu den Vorgängen am 9. November 1938 deutlich genug und zugleich die politische Heuchelei. Und die Frage nach dem Wert eines solchen Weihnachtsfestes für die NS-Ideologie wird erst recht verständlich und begründet.

Das Jahr 1939 setzte die Richtung nach unten für jeden spürbar, der überhaupt noch spüren wollte und noch spüren konnte, fort.

Doch in Alsdorf lebte man, wie sicher andernorts auch, nach außen völlig unbekümmert weiter. Die NSDAP zeigte gegen Mitte des Monats Januar im Atrium-Theater den deutschen Großfilm „Stärker als Paragraphen“. Die „Dramatische Vereinigung Alsdorf“ führte das Lustspiel „Der düstere Punkt en de Familie Pummel“ auf. Die Karnevalsgesellschaften gaben ihre Galavorstellungen. Die Rheinisch Westfälische Puppenbühne aus Mönchengladbach präsentierte ihr Schauspiel und im schlichten heimischen Raum hielt der Alsdorf-Kellersberger Ziegen- und Schafzüchterverein im Vereinslokal Stassen seine Hauptversammlung ab. Die Große Grenzlandschau der Geflügelzüchter im Saal Plum schloß den Monat Januar ab.

Die Gemeinde gab ihr Straßenbauprogramm für 1939 am 8. Februar bekannt. Stolz registrierte die Verwaltung, daß es möglich geworden war, den dreifachen Betrag von 1932 für Straßenbau auszugeben. Dies erkläre sich allerdings daraus, daß es in Alsdorf anders als damals keine 2.500 Arbeitslosen mehr gebe und folglich die jährlichen Wohlfahrtslasten die halbe Million längst nicht mehr überschritten. Andererseits reichten aber die vorhandenen Mittel auch nur, um in erster Linie die Kosten der Unterhaltung zu decken, während um die Gelder für neue Projekte wie schon früher weiter gekämpft werden müsse. Für die Feld- und Barbarastraße standen nur noch die Teerdecken aus. Die Richthofen-Straße

(Schaufenberger Straße) stand vor dem Ausbau mit neuer Fahrbahn und Gehwegen. Der Zustand der Hindenburg-Straße (Rathausstraße), der der Wichtigkeit dieser Reichsstraße nicht entsprach, war durch neuen Ausbau schnell zu ändern, so wie der Ausbau der Luisenstraße als Zubringer der Reichsstraßen 1 und 57 und bald auch der Reichsautobahn nicht länger hinaus geschoben werden durfte. Kanalarbeiten in dem Gemeindeteil Schaufenberg waren unausweichlich. So standen solche Themen an wie Jahr für Jahr zuvor, um irgendwann das Erscheinungsbild der Gemeinde abzurunden.

Am 1. März 1939 konnte auf das 25jährige Bestehen der Höheren Schule zurückgeblickt werden. In der Presse hieß es: „Der Gedanke, in Alsdorf eine höhere Schule zu schaffen, ist schon ziemlich alt. Die um die Jahrhundertwende noch unscheinbare Ortschaft mit stark ländlichem Gepräge nahm mit der fortschreitenden Industrialisierung durch den hiesigen Bergbau einen ungeahnten Aufschwung. Hierdurch wuchsen naturgemäß auch die kulturellen Belange. So ist es verständlich, daß der Wunsch nach einer Höheren Schule in weiten Kreisen Fuß faßte. Die Bestrebungen wurden im Jahr 1914 mit Erfolg gekrönt, als die Regierung in Aachen durch Verfügung die Errichtung einer Höheren Schule in Alsdorf genehmigte. Ostern 1914 trat sie mit der Sexta und 28 Schülern ins Leben. Der Unterricht fand zunächst im Saal der damaligen Bergschule statt. Auf Wunsch weiter Kreise der Bevölkerung wurde der anfänglich auf humanistischer Grundlage aufgebaute Unterricht auf die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer umgestellt.

Oft mußte die junge Schule die Mühen eines Umzuges erfahren, da der Not der Zeit entsprechend viele Schulen für Kriegslazarettzwecke verwendet werden mußten, bis sie in dem ehemaligen Volksschulgebäude in der Kirchstraße für längere Zeit untergebracht wurde. Im Jahre 1921 konnte zum erstenmal die Prüfung für das Einjährige abgehalten werden. Als nächstes Ziel galt es nun, die staatliche Anerkennung der bisherigen Höheren Schule als Realschule zu erreichen. Mit der Erreichung dieses Zieles ging die Anstalt aus dem Regierungsbereich Aachen in den des damaligen Provinzial-Lehrerkollegiums in Koblenz über. Eine entscheidende Bedeutung für die Schule sollte das Jahr 1928/29 bringen. Schon längst hatte sich das bisher benutzte Schulgebäude als unzulänglich erwiesen. Noch während des Schuljahres 1927/28 faßte der Gemeinderat den Beschluß, die günstig gelegene Karlmühle käuflich zu erwerben und durch Umbau als Anstaltsgebäude herzurichten. Die Opfergesinnung der Gemeinde sollte bald belohnt werden. Das Schuljahr 1929/30 brachte die Umwandlung der Schule in die Staatliche Oberrealschule in Aufbauform, welche mit dem Abitur abschließt. Nachdem sich die im Jahr 1922 gegründete Linnicher Aufbauschule nicht als lebensfähig erwiesen hatte, wurden die Lehrmittel dieser Schule nach Alsdorf überwiesen. Stufenweise vollzog sich nun der Aufbau der weiteren Klassen. Ostern 1936 fand unter dem Vorsitz des verstorbenen Dezernenten der Anstalt, Oberschulrat Pohl, die erste Reifeprüfung statt. Die an die Errichtung der Aufbauschule geknüpften Erwartungen sind eingetroffen: Von Jahr zu Jahr erfreut sich die Schule wachsender Schülerzahlen“; so das „Politische Tagesblatt“.

Staatspolitisch war der Monat März erfüllt von der nationalen Freude über den Einmarsch in Prag und die Ausrufung des deutschen „Reichsprotektorates Böhmen und Mähren“ am 15. März. Kommunalpolitisch gab der hohe Beschäftigungsgrad im Aachener Steinkohlenbergbau allen Grund zur Freude. Der Bedarf an Arbeitskräften konnte nicht mehr gedeckt werden. Das betraf auch die Lage im Baugewerbe und in der Metallindustrie, so der Pressebericht vom 16. März 1939.

Die Großveranstaltungen der NSDAP nahmen im Jahre 1939 zu. Der 1. Mai stand wie immer ganz im Zeichen der Erfolge der Partei und ganz im Glanz von Fahnen und mit Grün geschmückter Häuser. Es wurde wieder gefeiert. Anfang Juni bot die NSDAP im Lichtspielhaus Wehner an der Bahnhofstraße zwei Filme an: „Deutsches Land“, einen Film über die Reize des afrikanischen Erdteils, wie ihn die Kolonialzeit erlebt hatte, und weiter den Film „Schicksalswende“, der Eindrücke von der „Befreiung des Sudetenlandes“ und von den Verhältnissen in Böhmen und Mähren vermitteln sollte. Es galt, nationale Gefühle zu wecken und die Sehnsucht nach einem Großdeutschland zu vertiefen. Und die Gemeinde nahm den Drang nach Lob der eigenen Leistungen auf, als sie am 9. Juni 1939 veröffentlichen ließ: „Seit der nationalsozialistischen Machtergreifung ist man in der hiesigen Gemeinde eifrig bemüht, das Ortsbild zu verschönern, sowie Ruhe- und Erholungsstätten zu schaffen, wo sich die schwerarbeitende Bergbaubevölkerung nach vollbrachter Arbeit erholen kann. Zu diesen Anlagen, welche neu geschaffen wurden, gehört mit in erster Linie der Alsdorfer Burgpark, welcher sich gerade bei der augenblicklichen Hitze einer regen Beachtung erfreut. Desgleichen strömen jeden Tag hunderte von Menschen zum Alsdorfer Weiher. Augenblicklich ist man bemüht, die Badegelegenheit einer eingehenden Verbesserung zu unterziehen, was sich auch zum Teil schon erfreulich ausgewirkt hat. Zu diesen Erholungsplätzen gehört dann nicht zuletzt der prächtige Waldgürtel, der Alsdorf nach Süden hin abschließt. Leider kann man feststellen, daß noch nicht alle den Wald entsprechend zu würdigen wissen, sonst könnte es zum Beispiel nicht vorkommen, daß man immer noch Männer mit brennenden Zigaretten im Wald antrifft, wodurch allzu leicht ein Waldbrand entstehen kann“. Am 8. Juli wiederholte sich der Bericht in ähnlicher Form.³⁴⁾

Aber auch Alsdorf lernte in dieser Zeit nicht nur die Sonnenseiten eines ehrlichen Bemühens in der Gemeindeverwaltung unter Bürgermeister Lux kennen. Was sich schon seit Jahren in der auswärtigen Politik der Reichsregierung als völlig unkritisch betrachteter Dunstschleier am politischen Horizont abgezeichnet hatte, ballte sich mehr und mehr zu Gewitterwolken zusammen.

Anordnungen zur Verdunkelung der Wohnungen waren bereits vor Jahren ergangen. Es folgten die Musterungen der Männer, ja die Musterungen der Pferde. Es kamen die Einberufungen. Die Arbeiten am Westwall waren weitgehend abgeschlossen. Am 14. Juli 1939 kam es in Alsdorf zur Ausgabe von Gasmasken. Das wiederholte sich am 26. Juli. Die Verteilung erfolgte an bestimmten Stellen für die einzelnen „Parteizellen“.

Es ging weiter mit immer häufiger werdendem Probealarm für die Feuerlöschpolizei. Plötzlich ertönten die Brandsirenen. Die Übungen setzten ein. Es klingt in dem gesamten sachlichen und zeitlichen Zusammenhang nahezu makaber, daß gerade zu dieser Zeit der Kellersberger Friedhof eine ganz beachtliche Erweiterung erfuhr, wie am 1. August 1939 der Presse zu entnehmen war.

Hitler war jetzt aufs Ganze gegangen. Schon in „Mein Kampf“ hatte er deutlich seinen Plan niedergelegt: „Die Außenpolitik des völkischen Staates hat die Existenz der durch den Staat zusammengefaßten Rasse auf diesem Planeten sicherzustellen, indem sie zwischen der Zahl und dem Wachstum des Volkes einerseits und der Größe und Güte des Grund und Bodens andererseits ein gesundes, lebensfähiges, natürliches Verhältnis schafft“³⁵⁾. „Wenn die nationalsozialistische Bewegung wirklich die Weihe einer großen Mission für

unser Volk vor der Geschichte erhalten will, muß sie, durchdrungen von der Erkenntnis und erfüllt vom Schmerz über seine wirkliche Lage auf dieser Erde, kühn und zielbewußt den Kampf aufnehmen gegen die Ziellosigkeit und Unfähigkeit, die bisher unser deutsches Volk auf seinen außenpolitischen Wegen leiteten. Sie muß dann, ohne Rücksicht auf „Traditionen“ und Vorurteile, den Mut finden, unser Volk und seine Kraft zu sammeln zum Vormarsch auf jener Straße, die aus der heutigen Beengtheit des Lebensraumes dieses Volk hinausführt zu neuem Grund und Boden und damit auch für immer von der Gefahr befreit, auf dieser Erde zu vergehen oder als Sklavenvolk die Dienste anderer besorgen zu müssen³⁶⁾. „Damit ziehen wir Nationalisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten.“³⁷⁾

„Mein Kampf“ erschien seit 1925. Die Politiker der Weltmächte hatten lange Zeit gehabt, die Pläne Hitlers kennenzulernen. Hitler erreichte immer wieder das Stillschweigen der Großmächte einerseits und durch seine anfänglichen Erfolge und Zusicherungen die Begeisterung auch in den annektierten Ländern im Südosten Europas andererseits. Das gilt uneingeschränkt für Österreich, in der Tschechoslowakei allerdings nur für die deutsche Volksgruppe. Bei Polen stieß er auf erbitterten Widerstand. Hier war nur der Krieg das Mittel, den Weg in den Osten fortzusetzen. Die Zustimmung Sowjetrußlands zum militärischen Eingreifen in Polen erreichte Hitler durch den Nichtangriffspakt mit Stalin am 23. August 1939. Dabei ist nicht zu übersehen, daß Hitler das Thema Polen schon früh geschickt – diplomatisch – eingeleitet hatte, ähnlich wie beim Reichskonkordat der katholischen Kirche gegenüber. Und bei dem Nichtangriffspakt mit Stalin sollte es nicht anders werden, immer getreu seiner früh schon geäußerten Auffassung: „Wer mir entgegenhält, daß ich Verträge breche, dem antworte ich: gehe hin und tue das Gleiche!“ Oder: „Recht ist, was dem deutschen Volke nützt, und Unrecht ist, was ihm schadet!“

Schon am 26. Januar 1934 hatte Hitler nach mehreren Vorbesprechungen mit Polen unter der Regierung Pilsudsky ein Nichtangriffsabkommen geschlossen: „Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen und sollte sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlung nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle auf Grund gegenseitigen Einverständnisses eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen, unbeschadet der Möglichkeit, nötigenfalls diejenigen Verfahrensarten zur Anwendung zu bringen, die in den zwischen ihnen in Kraft befindlichen Abkommen für solchen Fall vorgesehen sind. Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zwecke der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten“.³⁸⁾ Als Polen die später aufgestellten und im Oktober 1938 klar formulierten Forderungen Hitlers³⁹⁾ nicht uneingeschränkt akzeptierte, beschuldigte er die polnische Regierung, den deutsch-polnischen Vertrag von 1934 einseitig verletzt zu haben, weswegen für ihn, Hitler, dieses Abkommen nicht mehr bestehe. Das war am 28. April 1939⁴⁰⁾.

Das deutsche Volk hatte Hitler innerlich für diesen Krieg erst noch zu erobern. Hier half ihm die bewährte Propaganda, und dazu hatte er seinen Propagandaminister Dr. Joseph Goebbels. Dem Volk wurde vorgegaukelt, daß die Polen die Angreifer seien, gegen die das deutsche Volk seine Interessen zu verteidigen habe. Die Presse war voll von solchen Beschuldigungen gegen das polnische Volk. Das deutsche Volk las das auch hier in unseren Tageszeitungen; denn es galt gerade, direkt vor Ort Einfluß auf das Volk zu nehmen.

Am 1. September 1939 ließ Hitler die Stadt Danzig beschießen und gab gleichzeitig den Befehl, mit einem Blitzangriff in Polen einzufallen. An diesem 1. September 1939 hat Hitler den Zweiten Weltkrieg begonnen.

Für die deutschen Volksgenossen hieß das, den Gürtel noch enger zu schnallen. Im Aachener Raum und damit auch in Alsdorf wurden bereits Ende September 1939 die neuen Lebensmittelkarten ausgegeben: Brot-, Fleisch-, Milchkarten, Karten für Marmelade und Zucker und für allgemeine Nahrungsmittel, die sogenannten Lebensmittelkarten im eigentlichen Sinne. Die Einführung der Brotkarte wurde damit begründet, daß sie ausschließlich eine Folge der Planung auf lange Sicht sei; die große nationale Brotgetreidereserve solle erhalten bleiben, damit sie das tägliche Brot sichere, wenn einmal schlechtere Ernten kämen. Die Bezieher wurden unterschieden in „Normalverbraucher“, „Schwerarbeiter“ und „Schwerstarbeiter“. Sonderausgaben gab es z. B. für werdende und stillende Mütter. Am 20. November folgten dann auch bereits reichseinheitlich die „Kleiderkarten.“

Die Berichte über das kommunalpolitische Leben wurden in der Presse immer kürzer und seltener. Die Rubriken hierfür waren oft ausgefüllt mit allgemeinen Themen wie „Stachelbeeren werden geerntet“, „Das beste Heu“, „Pilzernte in den Wäldern“ usw. So ging es in das Jahr 1940 hinein. Für amtliches Handeln der Gemeinde war fast kein Raum mehr. Das Leben in der Gemeinde war nahezu gelähmt. Es ging gerade noch um die notwendigste Versorgung, und da standen die vom Krieg unmittelbar am meisten Getroffenen und die Heeresformationen an erster Stelle. Für etwas Abwechslung sorgte immerhin noch der Eifelverein mit Wanderungen. Auch die Sportvereine boten hier und da noch Veranstaltungen. Selbst die Deutsche Arbeitsfront und die Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ hatte ihr Unterhaltungsprogramm gegenüber den Vorjahren weit zurückgesteckt, aber auch nur zurückgesteckt.

Die Kriegs- oder Kampfplätze lagen zunächst im Osten. Räumliche Verlagerungen waren bald an der Tagesordnung, als der Krieg seine weltweite Ausdehnung nahm. In der Anfangsphase liefen auch im Westen die Vorbereitungsarbeiten für einen ausgedehnten Krieg weiter. Der Bau des Westwalls im hiesigen Raum mit der Höckerlinie, den Bunkern und Flakstellungen wurde bereits behandelt.

Am 20. September 1939 berichtete das „Politische Tagesblatt“: „Der Abwehr-Aufmarsch der deutschen Truppen im Westen des Reiches hat jedem, der ihn aus nächster Nähe miterleben konnte, gezeigt, daß wir in Ruhe den Ereignissen entgegensehen können. Die Erfahrungen, die wir im Weltkriege und späterhin sammeln konnten, sind in jeder Beziehung ausgewertet. Wo überhaupt nur an Verbesserungen und Vervollkommnungen gedacht werden konnte, sind sie in einer Weise durchgeführt worden, die selbst die militärischen Sachverständigen zur restlosen Anerkennung der deutschen Aufrüstungsleistungen nötigt . . .“, Der Führung des Krieges hier stand also nichts entgegen. Da interessierte nicht, daß bis zum 30. September 1939, also in den ersten 30 Tagen dieses neuen Krieges im Osten schon 10.572 deutsche Soldaten gefallen waren.

Am 15. Januar 1940 gedachte die Alsdorfer Kriegerkameradschaft auf ihrem Jahresappell ihrer im Krieg gefallenen Helden. Genauso war es ein wenig später auf der Versammlung der Sterbenotgemeinschaft für die Ortsteile Alsdorf-Wilhelmschaft, Busch und Zopp. Am 16. Januar 1940 erschien ein Bericht über die Betreuung der „neuen Kriegsoffer“, der Versehrten und Hinterbliebenen aus dem „gegenwärtigen Einsatz der Wehrmacht“. Das

waren die ersten offiziellen Mitteilungen oder Berichte über Kriegstote aus der Bevölkerung der Gemeinde Alsdorf. Und dennoch verlangte die Partei vollen Einsatz für die Front und Treue zum Führer. Am 26. März wurden in Alsdorf 240 Jungvolkjugen und Jungmädel im Beisein der Vertreter von Partei und Gemeinde sowie der Eltern- und der Lehrerschaft von Stammführer Michael Wirschem verpflichtet. „Die Nationalhymne, von hellen, frischen Kinderstimmen gesungen, beschloß eine Feierstunde von schlichter Schönheit!“ So hieß es in der Presse. Die Romantik, die das Jungvolk und die Hitlerjugend bislang umgab, wich immer mehr und gab mehr und mehr einem von den Parteidirektiven ausgehenden vormilitärischen Drill Raum.

Albert Kraemer beschreibt die Abwehranlagen des Westwalls im Raum Alsdorf: „Rings um Alsdorf standen die Bunker des Grenzwalls unbesetzt ... Um unsere Stadt lagen versteckt Artilleriestellungen mit tiefen Unterständen und Munition. Die nächste Stellung war zwischen Ottenfeld und der Bundesstraße 57, eine zweite stand bei Duffesheide und eine dritte beim Gut Merberen. Die Turnhalle in der Marienstraße (heute An der Mariensäule) beherbergte eine Nachrichtenzentrale“.⁴¹⁾

Ab Mitte 1943 sah sich die Bevölkerung gezwungen, für sich selbst Schutzräume zu schaffen, da das Kriegsgeschehen an ihr nicht vorbeigehen konnte. Bergassessor Günther Venn berichtet, daß zu dieser Zeit rund 20 Bunker im Gemeindegebiet Alsdorf gebaut worden seien. Etwa 100 Bergleute der Gruben Anna I und Anna II haben fast ein Jahr diese Luftschutzstollen geschaffen, die eine Überdeckung von 15 bis 18 m und eine Gesamtlänge mit Zu- und Abgängen von 4.000 m und eine Nutzlänge von insgesamt 3.000 m hatten. „Die Bunker hatten den Zweck, unseren Bergleuten und Mitbürgern hierbei eine Überlebenschance zu geben . . . Der Bunkerbau war eine Vorsichtsmaßnahme. Allerdings muß ich zurückblickend sagen, daß ich selbst nicht geglaubt hätte, daß dieser Vorsichtsmaßnahme eine so harte Wirklichkeit gefolgt wäre.“⁴²⁾

Albert Kraemer gibt ein näheres Bild von diesen Bunkern in Alsdorf: Sie waren „75 Stufen tief, bergmännisch in Türstockzimmerei ausgeführt. Diese Stollen waren zwei Meter breit und hoch. Die Leute saßen auf Bänken, die an den Seitenwänden entlangliefen, eingehüllt in die mitgebrachten Decken. Bunker waren im Burgpark, in der Annastraße, Linnicher Straße, Rathausstraße, Aachener Straße, Robert-Koch-Straße, Geilenkirchener Straße, im Grenzweg, im Übacher Weg und in Kellersberg⁴³⁾.“ Pater Siegfried, der damals Seelsorger für Kellersberg war, schrieb in seinem Tagebuch von Einrichtungen für die Feier des Hl. Meßopfers; hiernach war wohl ein Bunker in der Nähe der Kellersberger Kirche. Der Pater sprach von „unserem Bunker“. Bei der Metzgerei Westerhausen dürfte danach ein Privatbunker gewesen sein. In gefährlicher Lage befand sich der „Südbunker“. „Die Front lag an ihm.“ Dann gab es noch den Bunker an der Bahnlinie, der wohl am besten ausgestattet war. Als sicheren Ort nannte der Geistliche auch den Keller der Schule „in der alten Kolonie“⁴⁴⁾. Die Kraft der Alsdorfer Bürger und hier auch der Jugend sollte ein Jahr später noch ganz anders in Anspruch genommen werden. Doch zurück in das Jahr 1940.

Aufrufe zur Altmetallsammlung ergingen am 28. März, am 11. April und dann immer wieder. Große Berichte über die Leistungen des Kellersberger Schachklubs 1931 füllten nun oft genug die Zeitungsspalten. Diese Berichte wurden nur noch überboten von denen über die immer zahlreicher angesetzten Großkundgebungen der NSDAP. Auch die Kellersberger Kleingärtner gaben immer wieder Anlaß für neue Presseberichte. 60.000 qm Garten-

fläche bearbeiteten sie mittlerweile und boten Jahr für Jahr ihre große Gartenschau, wie das auch am 29. Juni geschah. Der Rat hielt sich recht zurück. Wozu hatte er überhaupt noch Raum angesichts der ganzen Lage, die nur noch vom Kriegsgeschehen und seinen Folgen bestimmt war. Am 29. Juni ging es um den Haushaltsplan, um Grundstücksan- und -verkäufe. Sonst wurde kaum etwas publiziert. Das Projekt „Verlegung der Gasfernleitung“ befand sich immer noch in Zusammenarbeit mit den Rheinischen Licht- und Kraftwerken in der Planung. Die Finanzlage wurde immer enger. Mitte Juli stand die Altpapiersammlung durch das Jungvolk an. Am 19. Juli erhielten die Bergleute Sohlleder und Schuhnägel, damit sie selbst ihre Schuhe in Ordnung bringen oder zum Schuster geben konnten, dem solche Zutaten fehlten. Weiter gab es für die Bergleute Kernseife, wie zuvor schon allgemein „die Ernährung des Bergmanns durch eine ausreichende Schwerstarbeiterzulage gesichert worden war“. Die wirtschaftliche Lage wurde ernster und ernster. Gartendiebstahle waren keine Seltenheit. Der Kellersberger Kleingärtnerverein war hier ein bevorzugtes Opfer. Den Volksgenossen wurde verboten, Getreidefelder zu betreten und dort zu sammeln, solange nicht ganz abgeerntet war. Ährensammeln war nur gestattet, wenn die Felder von den Landwirten hierzu ausdrücklich freigegeben worden waren. Diese Mitteilungen aus August 1940 lassen das ganze Ausmaß der Not bei den breiten Bevölkerungsschichten erkennen. Daß es notwendig war, die Menschen abzulenken und ruhig zu halten, wird verständlich und verständlich auch, daß alle Organisationen, vor allem die Parteiformationen bemüht waren, durch Varietés, Konzerte, Sportwettkämpfe, allerlei Lustbarkeiten und Vergnügen im Volk „die Kraft durch Freude“ zu erhalten, worüber die Presse Tag für Tag und unaufhörlich informierte. Für die Soldaten gab es da andere Mittel. Alsdorfer Soldaten wurden wegen „besonderer Tapferkeit vor dem Feinde“ mit dem „Eisernen Kreuz 2. Klasse“ ausgezeichnet, und das stand natürlich unter Angabe der Namen der Geehrten in der Zeitung.

Die Reichsregierung unter Hitler verlagerte die Front und konzentrierte die Hauptkraft bald gegen die westlichen Nachbarn. Nachdem die Wehrmacht im Mai in Den Haag und Amsterdam eingerückt war. Mitte Juni Verdun erobert hatte, fielen im August die Bomben auf England. Es sollten Gegenschläge dafür sein, daß sich England nach dem Poleneinfall in das Kriegsgeschehen eingemischt hatte. In dieser Zeit lernten die Alsdorfer den Krieg auch näher kennen, den sie bis dahin eigentlich nur am Rande über Presse und Rundfunk registriert hatten, soweit die einzelnen Familien nicht persönlich durch den Kriegstod des Ehemannes, Vaters oder Sohnes betroffen waren. Durchziehende Truppen, Militärfahrzeuge, Panzer, Kanonen beherrschten das Straßenbild erneut. Donnernde Geräusche von Fliegermotoren zwangen die Bevölkerung immer häufiger, Bunker und Luftschutzkeller aufzusuchen, sobald die Alarmsirenen ertönten. Das bedeutete für jeden Bombenalarm, bis die Sirenen „Entwarnung“ anzeigten. Solche Sirenen waren schon vorsorglich früher auf dem Rathaus auf den Gruben Anna I und Anna II und auf dem Schulgebäude in Kellersberg II aufgebaut worden. Sie setzten schrill und unüberhörbar ihre Signale. Sprengbombenabwürfe gab es in und um Alsdorf; am 15. Mai 1940 fielen neun Bomben zwischen Zopp und Noppenberg ins Feld. Acht Tage später gingen drei Sprengkörper in ein Waldstück zwischen Ottenfeld und Römermühle nieder. Die deutsche Flak schoß vom Flugplatz Merzbrück in der Nacht zum 4. Juni einen englischen Bomber ab, der brennend in einem Rübenfeld bei der Broicher Mühle aufschlug. Leichenteile lagen zerstreut am Bahndamm, während ein Motor und die Laufräder 200 m vom Unglücksfeld auf einer Wiese vor der Kranentalsmühle gefunden wurden. Wenige Monate später schlugen in der Nähe des

Nordfriedhofes vier Bomben ein. Das Ziel von fünf Spreng- und zwanzig Brandbomben war in der Nacht zum 8. Oktober 1940 die stillgelegte Zeche „Nordstern“. Ähnlich erging es Neuweiler am 28. November 1940 mit fünf Sprengbomben und Blindgängern, die möglicherweise auf die dortige Schachanlage gerichtet waren, aber ins Feld schlugen. So berichtet in Einzelheiten Albert Kraemer ⁴⁵⁾.

Am 20. September 1940 wurden in Alsdorf die Männer des Jahrgangs 1923 für den Heeresdienst erfaßt. Im Oktober befaßte sich die Gemeinde mit der Sicherstellung des Unterhaltes für die Angehörigen der zum Heeresdienst eingezogenen Männer. Im Grunde war alles auf das Kriegsgeschehen ausgerichtet; kein Ende war abzusehen. Mit Stolz berichtete die Presse am 18. November 1940: „Coventry dem Erdboden gleichgemacht!“ Dem Erdboden war damals tatsächlich gleichgemacht die altherwürdige Stadt mit ihrem mittelalterlichen Innenbereich und der spätgotischen Kathedrale. „Dem Erdboden gleichgemacht“ war die dortige Zivilbevölkerung. In Deutschland war man stolz, und kaum einer dachte an die kommenden Vergeltungsschläge der Engländer gegen zahlreiche deutsche Städte und deren Zivilbevölkerung.

Am 15. November 1940 ließ der „Rat“ der Gemeinde Alsdorf wieder etwas verlauten: der Bahnübergang der Reichsbahn an der Bahnhofstraße brachte unhaltbare Zustände mit sich. Nicht nur die oft genug geschlossenen Bahnschranken waren für den Verkehr ein Grundübel. Auch der viel zu schmale Bahnübergang selbst ließ vor allem nach Öffnen der Schranken einen Stau entstehen. Nun war hier endlich eine normale Fahrbahn mit breiten Bürgersteigen geschaffen worden. Aber das Problem der Bahnschranken, wie es schon bei Bürgermeister Becker auf dem Tisch gelegen hatte, war immer noch nicht gelöst. Dieses Problem sollte sich rund 50 Jahre später dadurch von selbst erledigen, daß der Bahnverkehr zwischen Herzogenrath und Stolberg eingestellt wurde. Von selbst erledigten sich damals aber noch nicht die nationalen und kriegerischen Probleme.

Der Krieg ging weiter. 1941 gab es befristete Lebensmittelrationen vom 13. Januar bis zum 9. Februar. Das war der Anfang des neuen Jahres. Am 6. April begann der Angriff auf Jugoslawien und Griechenland. Kapitulation Jugoslawiens am 17. und Griechenlands am 21. April. Am 20. Mai wurde Kreta angegriffen, und schließlich ging am 22. Juni ohne besondere Kriegserklärung der Feldzug gegen die UdSSR los. Wohin alle Kräfte, Finanzmittel und Materialien flossen, braucht nicht erklärt zu werden. „Krieg“ war alles!

Die amtlichen Meldungen aus Alsdorf waren spärlich. Sie waren aber für die Bevölkerung wichtig. Am 14. Januar ging es um die Anmeldung zur kürzlich eröffneten zweijährigen Handelsschule. Ende Januar veranstaltete die Polizei ihre alljährlich wiederkehrende Aktion „Im Zeichen des Tages der Deutschen Polizei“, bei der es um Information, Unterweisung zum verkehrsgerechten Verhalten usw. ging. Schon am 23. Januar sah die Polizei sich gehalten, auf die Pflicht hinzuweisen, daß die Aufnahme von Kost- und Quartiergängern vorher der Polizei anzuzeigen sei, damit Personalkontrollen vorgenommen werden könnten und ein Untertauchen von Menschen ausgeschlossen wäre. Für die landwirtschaftliche Bevölkerung war die amtliche Prüfung des Viehbestandes bedrückend. Am 10. April wurde mitgeteilt, daß die Liste über den zuvor registrierten Bestand von Pferden und Rindvieh zur eventuellen Korrektur ausliege. Wieder hatte also eine „Viehzählung“ stattgefunden.

Von gänzlich anderer Art war die Information über das erschienene kleine Werk von Gottfried Nießen unter dem Titel „Alsdörper Platt van A beß Zett on anger Verzällchere uß de au Zitt förr grueße on klee Kenger“. Über dieses Buch folgten dann in den nachfolgenden Wochen positive Kritiken. Das kleine Werk kann als ein gelungener Versuch gewertet werden, in einer alphabetischen Reihenfolge allgemeine Begriffe und Wörter des täglichen Sprachgebrauches „in Alsdörper Platt“ nach Sinn und Phonetik zusammenzustellen. Dabei beansprucht das Werkchen gewiß nicht, eine Wörterbuch oder lexikongleiche Vollständigkeit zu besitzen. Es ist der Ausdruck eines ehrlichen Bemühens, auf diesem Gebiet einmal einen Anfang zu machen; und bei diesem Anfang ist es leider bis heute weitgehend geblieben. Ob die Phonetik jeweils richtig wiedergegeben ist, läßt sich heute schwer beurteilen, weil kaum noch einer das „reine Alsdörper Platt“ beherrscht, das doch bereits kurz nach der kommunalen Neugliederung von 1932 stark beeinflußt wurde durch das Jülicher Platt im Raum Schaufenberg und auch durch das „Sprachengewirr“ in den neuen Kolonien Kellersberg, Busch und Zopp. Gottfried Nießen aber sprach jenes Platt noch, und er lebte in und mit diesem Platt, das ihn noch umgab. So darf wohl in einem hohen Maße davon ausgegangen werden, daß er nach besten Kräften bemüht gewesen war, die Aussprache richtig und verständlich wiederzugeben.

Aber auch die Einblendung dieses für Alsdorf doch beachtlichen Büchleins kann das nicht ausblenden, was im Tagesgeschehen sich weiter abspielte. Stimmungen wechselten einander ab. Stimmungen wurden künstlich geschaffen, um mit ihnen von dem abzulenken, was die Menschen innerlich wirklich berührte und was sie in all den sich vollziehenden Vorbereitungen auf sich zukommen sahen.

Am 19.4.1941 gab die Verwaltung den Plan für die Enteignung von Grundbesitz „zu öffentlichen Zwecken“ bekannt. Konkret sind die Zwecke nicht genannt. Am 20. Mai ging es zum Muttertag in einem großen und festlichen Rahmen um die Mütterehrung mit Verleihung des Ehrenkreuzes für kinderreiche Mütter. Die Parteispitzen, Bürgermeister Lux und der Vorsitzende des örtlichen Vereins für Kinderreiche, Oberstudiendirektor Dr. Schmitz, waren anwesend. Erwähnt wurde ausdrücklich, daß bei dieser Veranstaltung auch die Mütter von Gefallenen und die Kriegerwitwen des jetzigen Krieges eingeladen waren. Was Stimmung bedeutet, und was Stimmung bewirken soll, besagt der Auszug aus dem Zeitungsartikel: „Nach einem weiteren Musikvortrag ergriff Ortsgruppenleiter Leesmeister abermals das Wort. Er sprach von der hohen Stellung der deutschen Mutter, die Garant für den Bestand der Nation sei. Dem Manne gehöre das Schwert, und die Mutter führt ihren Kampf daheim im stillen Kämmerlein. Unter den leisen Klängen des „Großmütterchens“ wurde dann die Verteilung der Ehrenkreuze vorgenommen.“

Ganz anders wird wohl die Stimmung gewesen sein, als die Gemeindegruppe des Reichsluftschutzbundes am 14. Juni zur Teilnahme an Übungen auf verschiedenen Plätzen aufrief, um sich mit „Wirkung und Bekämpfung von feindlichen Beutebrandbomben“⁴⁶⁾ vertraut zu machen. „Es ist Pflicht eines jeden Volksgenossen, sich mit der Bekämpfung der feindlichen Brandbombe vertraut zu machen“. Am 1. Juli erging der Aufruf zu Sammlungen für das Rote Kreuz. Am 17. Juli kam die Mitteilung über die Verabschiedung des Haushaltes, ein knapper Bericht, nichts über irgendwelche Planungen, wie dies in den Vorjahren mit großem Lob für die Leistungen herausgestellt worden war, nichts. Der Spinnstoffsammlung galt der besondere Hinweis vom 31. Juli. Sicher nicht beglückend war die Information vom 3. September über die Erfassung der restlichen Heerespflichtigen der Jahr-

gänge 1900 bis 1923. Zum Jahresabschluß kam dann am 27. Dezember noch einmal groß der Appell „Woll- und Wintersachen für die Front“. Das war es, was aus der Verwaltung an die Bevölkerung gelangte.

Dieses Jahr 1941 hatte die Alsdorfer zweimal in besonderer Weise geschockt und sie aufschrecken lassen. Die Luftangriffe gegen Aachen und die umliegenden Gebiete hatten verstärkt eingesetzt. In der Nacht zum 31. Juli 1941 gab es Bombenalarm für Alsdorf. Leuchtbomben erhellten das Gemeindegebiet. Drei Sprengbomben sollten dem Hauptschacht von Anna I gelten. Sie verfehlten ihr Ziel. Die Splitter einer Bombe flogen bis in die Grünstraße, wo Frau Küsters mit einer Tochter gerade bei einer Nachbarsfamilie Schutz suchen wollte. Dicht neben ihr schlug der massive Bombensplitter ein. Kein Glück hatten dagegen zwei andere Alsdorferinnen. Eine dieser Bomben schlug in die Hintergebäude der drei Geschäfte Mund, Köndgen und Greven ein. Dabei wurde die schwerkranke Frau Merkel im Bett getötet und die Ehefrau des Drogisten Köndgen, die gerade der Nachbarin Merkel behilflich war. Weitere Sprengbomben fielen in der Nähe der früheren Grube Nordstern ins Feld. Am 1. November 1941, am Allerheiligentag, herrschte dichtes Schneetreiben. Gegen Mittag stieß ein von Westen kommendes deutsches Transportflugzeug gegen einen der hohen Schornsteine der Grube Anna I und zertrümmerte ihn. Die herumfliegenden Steinbrocken töteten acht Arbeiter in einer nahen Betriebswerkstatt. Das Flugzeug selbst stürzte auf das Haus Grenzweg 22. Im Nu stand das Haus in Flammen. Die Piloten verbrannten; im Haus selbst fand Frau Latz mit ihrem sechsjährigen Sohn den Tod.

Für das Jahr 1941 gibt es in den Parteiunterlagen Quellenmaterial darüber, daß sich auch Alsdorfer und damit natürlich auch Kellersberger Männer um eine Anstellung bei der Polizei beworben hatten. Sicher gab es dort einen Bedarf wegen vieler Einberufungen zum Heeresdienst, aber auch Bedarf zur Verstärkung der inneren Sicherheit. Solche Bewerbungen lassen Interessantes erkennen: „NN. aus Kellersberg, Jahrgang 1913, katholisch“, diese Konfessionszugehörigkeit ist zwar mehrfach rot umrandet – gewissermaßen als Hinweis auf „Vorsicht geboten“ – aber sie stand der Bewerbung nicht entgegen. Auch ein bisheriger Schlosser wurde angenommen. Bei NN. aus Kellersberg war es ähnlich. Das dick rot umzeichnete „katholisch“ hinderte nicht; denn es lag ein Empfehlungsschreiben des Ortsgruppenleiters Leesmeister vor: angenommen. Anders war es bei NN. und NN. aus Alsdorf. Sie waren beim Eschweiler Bergwerks-Verein beschäftigt, also in einem sogenannten „wehrwirtschaftlichen“ Betrieb und daher unabhkömmlich; also wurden die Bewerbungen nicht angenommen⁴⁷⁾. Eine Alsdorfer Fotografin hatte die Zulassung ihres Gewerbebetriebes beantragt. Sie hatte ihrem Antrag die Empfehlungsschreiben beider Ortsgruppenführer beigefügt, das von Leesmeister für den Bezirk Nord vom 22. Februar 1943 und das von Lattwein vom 23. Februar 1943 (48). Damals galt eine Empfehlung des Ortsgruppenleiters geradezu wie ein Befehl.

Diese Beispiele aus verschiedenen Jahren zeigen, daß auch in Alsdorf nun in verstärktem Maße die Partei das Leben und Geschehen in der Gemeinde mitbestimmte. Dabei ging es vor allem um Propaganda; und der Propaganda diente auch der persönliche Einsatz für diesen und jenen Bürger, wenn es sich machen ließ. Aber über die Partei ließ sich fast alles machen. So griff die Partei mit ihrer Allmacht oft genug und immer häufiger in die Entscheidungen der Verwaltung ein.

Es ging aber vor allem weiter darum, trotz der weltpolitischen Kriegslage das Volk an der Seite Hitlers zu halten. Es war mehr denn je erforderlich geworden, das Volk durch Vergnügungen und sonstige mögliche Veranstaltungen weitgehend von dem abzulenken, was sich auf den Kriegsschauplätzen abspielte, die wie ein Kreis das Deutsche Reich umspannten. Während in parteipolitischer Hinsicht die Ortsgruppen Nord und Süd der NSDAP tätig waren, so hatten die übrigen Formationen, vor allem die Deutsche Arbeitsfront (DAF) und ihre Untergruppe „Kraft durch Freude“ (KdF) gemeinsam mit den Ortsvereinen die Aufgabe, das Volk bei guter Laune zu halten. Es sollen hier die Großveranstaltungen und die zahlreichen Mitgliederversammlungen der Partei im Jahr 1941 aufgeführt werden:

19.1.: Großkundgebung der NSDAP Alsdorf, Gruppe Nord im Kasino, Gruppe Süd im Saal Ortmanns, Schaufenberger Straße; 20.1.: Großveranstaltung der Hitlerjugend mit Spiel, Sport und Tanz im Kasino; 16.2.: Parteiversammlung Gruppe Nord im Saal Plum, jetzt Cäcilienstraße („Besuch der Parteigenossen ist strikte Pflicht!"); 23. 2.: Hitlerjugendtreff im Atrium-Theater, geboten werden die neueste Wochenschau und der Film „Robert Koch“; 20.4.: Großkundgebung der Ortsgruppe Süd im Saal Ortmanns; 6.5.: Appell der Kriegskameraden Kellersberg; 6.5.: Großer Appell des NS-Kriegsopferbundes im Saal Plum; 6.5.: Jugendfilmstunde im Alsdorfer Lichtspieltheater mit dem Film „Der Weg zum Führer“; 14.5.: Appell der schaffenden Jugend im Kasino; 15.6.: Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Süd; 22.6.: Großveranstaltung der Ortsgruppe Nord im Kasino; 7.9.: Mitgliederversammlung der Ortsgruppen Nord und Süd im Kasino; es war die Pflicht aller Parteigenossen zu erscheinen!; 30. 9.: Massenkundgebung der NSDAP im Kasino; 25.10.: Zellenappelle in Alsdorf: Gruppe Nord im Lokal Wild, Kastorstraße, Gruppe Süd im Hotel Schmitz, Bahnhofstraße; 24.11.: Führerschulungsappell der Gruppen Nord und Süd im Kasino; 14.12.: Dienstappell der NSDAP Gruppen Nord und Süd ebendort.

„Kraft durch Freude“ war unter den sonstigen Formationen und Vereinen für den geselligen Raum der führende Initiator, trotz der Kriegswirren für gute Stimmung zu sorgen. Parteigenosse Lattwein, auch Ortsgruppenwart der Deutschen Arbeitsfront, trug die Hauptverantwortung. 25.1.: Treffen der Kriegskameraden Kellersberg zum Preisschießen in den Gaststätten Bodden und Janser, Broicher Straße, zugunsten des Kriegswinterhilfswerkes; 17.2.: KdF-Varietéschau im Kasino; 11.3.: Wunschkonzert der DAF mit großem NS-Gefolge. Die musikalische Leitung hatte u.a. der Kellersberger Chormeister Karl Allelein; 1.4.: DAF-Sammlung mit Spielen und Musik für das Winterhilfswerk; 1.4.: Kundgebung der Ortsgruppe des Reichskolonialbundes im Atrium mit dem Film „Unser Kamerun“. Bemerkenswert ist allerdings, daß in diesem Jahr mit keinem Wort die groß angelegten Maifeiern erwähnt wurden, dafür aber die Heraushebung des Muttertages, wie oben schon erwähnt. An den Pfingstfeiertagen: große Sportveranstaltungen; 27.5.: KdF-Variétéveranstaltung; 20. 6.: große Kirmes auf dem Goebbelsplatz; 27.6.: Fahrt der Bergleute mit KdF zum Besuch der Operette „Clivia“ im Stadttheater Aachen; Juli: frohe Sammeltage für das Rote Kreuz mit vielen Attraktionen auf dem Goebbelsplatz; August: Freilichtspiele am Weiher vor dem HJ-Heim; 21.10.: Kinderveranstaltung mit „Till Eulenspiegel“ im Kasino. Dazu kamen die zahlreichen Veranstaltungen der Kleingärtner-Vereine Alsdorf, Kellersberg und Busch, der Fußballvereine auch mit ihren Jugendturnieren, bei denen Viktoria Kellersberg ganz groß herausragte, des Boxvereins wie der Schachvereine Alsdorf und Kellersberg, die in dieser Zeit in besonderer Weise hervortraten. Genauso sind zu erwähnen die zahlreichen Veranstaltungen der Turnvereine aller Ortsteile von Alsdorf und des Schwimmver-

eins 1919, für den es am Weiher die besten Voraussetzungen für Volksfeste gab. Die Kriegerkameradschaften Alsdorf und Kellersberg gehörten ebenfalls zu den Freudenspendern, vor allem, wenn sie mit ihren Schießveranstaltungen und dem Preisschießen für das Winterhilfswerk tätig wurden.

Schon die wenigen angeführten Darbietungen, vornehmlich an den Wochenenden, lassen erkennen, daß kaum Raum blieb, über die Realität nachzudenken; anders freilich war es dort, wo die Familien immer häufiger trauerten, weil der Ehemann oder Vater, der Sohn und Bruder in diesem Krieg das Leben gelassen hatte. Kein Trost waren die Floskeln wie die amtlichen Erwähnungen „Träger des Eisernen Kreuzes 2. Klasse“ oder „er fand auf dem Felde der Ehre den Heldentod“, wie es oft genug in den amtlichen Bescheiden über den Tod geschrieben stand. Die Trauer hier oder dort die Sorge, was wird schon morgen mit unserem Familienmitglied sein, bestimmten immer mehr Familien, denen aller Partei-jubel und alles Feiern nicht eine Spur von Entlastung bringen konnten.

Die Jahre 1942 und 1943 brachten kaum ein anderes Bild. Über die amtliche Tätigkeit gab es so gut wie keine Mitteilungen, es sei denn über die gesetzlich vorgeschriebene Verabschiedung des Haushaltes, ohne aber auf Einzelheiten oder auf Planungen einzugehen. Es gab dann auch immer wieder die Mitteilungen über Ausgaben von Lebensmittelkarten, von Bezugsscheinen für Speisefette, Speise- und Einkellerkartoffeln, Seife usw. Da war die Beseitigung von Bombenschäden oft ausgeschlossen, da es an Material und Handkarren mangelte, wie es schon Ende 1939 aus den Ratsprotokollen der Gemeinde Alsdorf zu entnehmen ist. So lief es weiter über all die nachfolgenden Jahre. Aber am 15. März 1942 wurde die Heldengedenkfeier groß angekündigt. Im Juni kam der Aufruf, die Schulanfänger bis Mitte Juli anzumelden und zwar alle, die bis zum 31. Oktober 1936 geboren waren. Der Verfasser hatte also noch ein ganzes Jahr Zeit. Diese Mitteilung über die Schulanmeldung läßt auch erkennen, daß zwischenzeitlich der Anfang des Schuljahres auf den Sommer verlegt und der Beginn des Schuljahres zu Ostern aufgehoben war. Die Wanderungen des Eifelvereins, Ortsgruppe Alsdorf, gaben dem Treiben in der Gemeinde eine besondere Note. Der Eifelverein war seit seiner Gründung im Jahr 1912 eine sehr aktive Gemeinschaft. Stand sonst nichts in der Tageszeitung, so gab es Berichte über Wanderungen genauso wie über Vorträge im Vereinsheim. Bürger aller Schichten der Gemeinde Alsdorf waren dort Mitglieder und hatten bei solcher Aktivität allen Grund zur Freude. Doch sonst bewerkstelligte alles andere, wie in den Jahren zuvor, die Partei. Die Verwaltung hatte die „Drecksarbeit“ zu machen. Für den 10. Dezember 1943 ist im Protokollbuch der Gemeinde Alsdorf vermerkt: „Kartoffelversorgung schlecht. Nicht versorgt sind noch 3.052 Einwohner und 700 Bergleute: das sind 25% der Gesamtbevölkerung“.

Schon im September 1942 hatte die Partei berichtet, daß die Stimmung im Volk allgemein schlecht sei. Große Bedenken wurden geäußert, daß nach dem letzten Hirtenbrief des Aachener Bischofs eine steigende Mundpropaganda für die kirchlichen Aktionen zu bemerken sei. Um die kirchliche Verbundenheit der Menschen zu sichern und zu vertiefen, würden Handzettel verteilt, daß Gläubige bei Einlieferung in ein Krankenhaus sofort priesterlichen Beistand fordern sollten ⁴⁹⁾. Am 2. Februar 1943 ging ein Bericht an Gauleiter Grohe, wonach die katholische Kirche eine starke Aktivität entfalte und sich in letzter Zeit besonders stark an die Jugend heranmache ⁵⁰⁾. Schon am 3. Dezember 1941 war ein Bericht an die Gestapo gegangen, daß der Münsteraner Bischof Clemens August von Galen seine Hirtenbriefe von britischen Fliegern abwerfen lasse ⁵¹⁾. Bei all diesen noch immer

stärker werdenden Gegenströmungen mußte das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 wie eine Bombe einschlagen. Diesem Attentat folgte das bekannte Massaker, dem die Widerstandskämpfer zum Opfer fielen.

Alles überlagerte das Kampfgeschehen, vor allem an der verlustreichen Front in der Sowjetunion. Die Siegesbegeisterung hatte seit der Mitte des Jahres 1942 nachgelassen. Es gab bald nur noch „Siegeshoffnungen“. Das furchtbare Schicksal von Tausenden von deutschen Soldaten in Stalingrad wurde weitgehend verschwiegen, bis daß es dann doch notwendig wurde, die wirkliche Lage bekanntzugeben. Und dennoch blieb es vielfach noch beim Hochgesang. Die Überschriften in der Presse zeigen das zur Genüge. Selbst die Kapitulation der 6. Armee unter Generalfeldmarschall Friedrich Paulus am 2. Februar 1943 wurde noch zum Heldengesang, um das Volk bei aller Niedergeschlagenheit wieder hochzureißen. Das System steigerte sich sogar zu einer geradezu messianischen Botschaft, wenn es am 4. Februar 1943 im „Politischen Tagesblatt“ hieß: „Der Opfergang von Stalingrad war nicht umsonst“ oder im „Völkischen Beobachter“ vom selben Tag: „Sie starben, damit Deutschland lebe!“

Zu diesen heldenhaften Tönen paßte es nun wenig, daß die wirtschaftliche Versorgungslage der Nation schon erneut am 4. Februar 1943 deutlich gemacht werden mußte durch die Mitteilung der Termine für die Ausgabe von Sonderkarten für Fleisch und für den Bezug von Familienunterhalt und für vieles mehr. Auf das Protokoll der Gemeinde Alsdorf vom 10. Dezember 1943 wird noch einmal hingewiesen.

In der großen Politik ging es weiter darum, das Volk aufzuputzen für den „totalen Krieg“. In seiner Rede vom 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast kämpfte Goebbels unter mächtigem Beifall der Menge für die totale Fortsetzung des Krieges bis zum totalen deutschen Sieg:

„Ich frage Euch: Wollt Ihr den totalen Krieg? (Stürmische Rufe: „Ja!“ Starker Beifall) Wollt Ihr ihn (Rufe: „Wir wollen ihn!“), wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt erst vorstellen können? (Stürmische Rufe: „Ja!“ Beifall).“⁵²⁾

„Total“ war das neue Schlagwort. Das „Politische Tagesblatt“ vom 5. Februar 1943 hatte unter dem Titel „Jetzt wird nur noch für den Krieg gearbeitet“ geschrieben: „Mit der Verordnung über die Kriegsdienstpflicht für Männer und Frauen ist die totale Mobilisierung unserer Volkskraft eingeleitet worden. Sie reicht aber noch nicht aus, um restlos alle Hände freizumachen für die Erringung des Sieges. Es gibt im Bereich unseres wirtschaftlichen Lebens noch Betriebe und Funktionen, deren Bestehen im Frieden selbstverständlich, heute aber nicht mehr zu verantworten ist, weil sie nicht ausschließlich der Führung des totalen Krieges dienen. Nur dieses Merkmal ist noch ausschlaggebend für die Frage, ob Arbeitskräfte, Material und Energie eingesetzt werden dürfen. Was nicht unmittelbar dem Kampf an der Front, der Rüstung und der kriegsnotwendigen Versorgung dient, hat solange keine Daseinsberechtigung mehr, bis der Sieg errungen ist“. So heißt es dann weiter: „2. Auch alle Handwerksbetriebe werden überprüft (Für die Handwerksbetriebe der Ernährungswirtschaft - Bäcker, Fleischer, Müller - erfolgt eine besondere Regelung).“

Am 20. März 1943 war Heldengedenktag. „Der totale Krieg“ dort – hier nun „Die Toten mahnen“. Wozu? Diese Frage beantwortete dieselbe Aachener Zeitung „Politisches Tagesblatt“ an diesem Tag: „In dem erhebenden Bewußtsein, daß sie des heroischen Opfers

ihrer besten Söhne würdig ist, grüßt heute zum Heldengedenktag des Kriegsjahres 1943 die Heimat ihre Gefallenen und legt zugleich mit diesem Gruß den Schwur ab, daß sie kein anderes Wollen, kein anderes Ziel kennt, als das zu vollenden, was diese begonnen: den Sieg zu erringen in diesem Kampfe um den Bestand des Volkes und Reiches und damit um die Befreiung Europas von der ihm durch das Ausland der bolschewistischen Horden und ihrer Verbündeten drohenden Gefahr der Vernichtung.”

Waren hier die „bolschewistischen Horden und Verbündeten“ angesprochen, so ging es nun auch mächtig gegen die Juden; denn hinter dem Bolschewismus steckte für Hitler der Jude, hatte er doch immer wieder in „Mein Kampf“ vom jüdischen Bolschewismus gesprochen und hinter aller gegen das NS-System gerichteten Weltpolitik steckte für Hitler das Judentum. So waren dann die kommenden Presseartikel dazu bestimmt, immer noch mehr Verständnis für die immer stärker werdenden innenpolitischen Maßnahmen zu finden, das jüdische Volk endgültig auszurotten. Es kam immer mehr die Zeit, untergehende Macht durch äußere Gewalt hochzuhalten.

Hatte Alsdorf schon von 1941 an die Härten dieses Krieges durch Bombenangriffe auf Aachen und auf die Umgebung, ja auf Alsdorf selbst kennengelernt, so nahm der Luftkrieg von 1943 an verstärkt zu. Bei dem Großangriff auf Aachen am 14. Juli 1943 hagelten auch über dem Raum Alsdorf die Brand- und Sprengbomben herunter. Eine explodierte unmittelbar in der Nähe des Grundstückes des Franz Fest in der heutigen Schaufenberger Straße und machte das Haus dem Erdboden gleich.

Das ist die Zeit, in der das Erinnerungsvermögen des im Mai 1937 geborenen Verfassers einsetzt. Im Spätsommer 1943 wurde ich eingeschult. Ich besuchte die Marienschule am Übacher Weg. Eine „Tüte“ zum Schulanfang hatte ich damals nicht bekommen. Die geschäftstüchtige Alsdorfer Fotografin Erna Looser hatte aber die Gelegenheit wahrgenommen, mich anschließend im schönen dunkelblauen Anzüglein mit Tornister auf dem Rücken vor dem Tor der elterlichen Fleischerei zu fotografieren. Ich bin dankbar für dieses Bild. Die kommenden Schulmonate standen wesentlich unter dem Zeichen der Pflichtübungen, bei Alarm mit oder ohne Gasmasken in geordneten Reihen vom Klassenraum die Luftschutzkeller der Schule aufzusuchen und das möglichst schnell. Gab es einmal keinen offiziellen Alarm, dann wurde Probealarm gegeben; denn in jeder Zeit muß man in der Schule lernen, was die Umwelt von uns verlangt. Ich sehe sie bei diesen Pflichtübungen vor uns stehen: Rektor Jansen, Lehrer Bücken, Lehrer Junker und viele mehr. Unterricht? 1944 ging es erst recht los, als die neuen und beständigen Angriffe gegen die Stadt Aachen kamen. Auf der Hindenburg-Straße, wo das elterliche Haus steht, gab es zwischenzeitlich einen Bunker unmittelbar neben dem damaligen Rathausgebäude auf dem Grundstück Maassen. Bei Alarm führten uns anfangs unsere Eltern dorthin. Dann aber hatten Nachbarn auf dem rückwärtigen Grundstück des ehemaligen Hotels Katterbach, also unserem elterlichen Haus sofort gegenüber, einen Bunker gebaut. Dort nahmen wir nun Zuflucht, sobald die Sirene heulte. Und die heulte oft genug. Tag für Tag. Nacht für Nacht – und nachts oft mehrmals. In kaum einer Nacht gab es durchgehende Ruhe. Nach dem Alarm kam die Entwarnung. Schnell ging es zurück in das Bett. Wieder Alarm! Raus! Jeder nahm seinen Koffer oder seine Tasche. Hinüber in den Bunker! Das prägte sich dem Siebenjährigen ein. Es war schon 1944. Das Ungewöhnliche bleibt in der Erinnerung wach. Vom 11./12. April 1944 an sah das Alltagsbild wochenlang anders als gewöhnlich aus. Aachen hatte den gewaltigsten Großangriff erlebt. Mehr als die Hälfte der Einwohner war ob-

dachlos. Die Versorgung mußte garantiert werden. Es waren die Frauen der NSV, die rund um die Uhr im Einsatz standen. Nach den Kriegsverordnungen war auch der elterliche Fleischereibetrieb – wie viele andere in Alsdorf auch – dazu bestimmt worden, die Betriebsräume für das Kochen von Suppen, Eintopf usw. zur Verfügung zu stellen. Nach Abstimmung über die Arbeitstage, damit auch der eigene Betrieb nicht lahmgelegt wurde, arbeiteten die Frauen dort Woche für Woche. Ich sehe noch vor mir Frau Kohl, Frau Droegemeyer, Frau Vogt, Frau Junker, Frau Treutlein und viele andere mehr. Kartoffelschälen, Gemüsereinigen und -schneiden mußten erledigt werden; die einen arbeiteten an den großen Betriebskesseln, die anderen beim Säubern und Füllen der großen Metallbehälter. Neue Kübel wurden gebracht. Die LKW-Fahrer holten die gefüllten ab und fuhren sie zu den hierfür bestimmten Sammelstellen in Aachen.

Im Juni 1944 waren die West-Alliierten in der Normandie gelandet. Im Westen tobte nun auch der Krieg. Die Front rückte immer weiter nach Osten, immer mehr auf das Gebiet von Aachen zu. Es kam der 1. September. An diesem Samstag, dem wichtigsten Verkaufstag in jeder Woche, erhielt unser Vater am Morgen den Gestellungsbefehl. Am selben Tag hatte er noch in Köln zu sein, um von dort nach Berlin weiterzufahren, wo der 52jährige Familienvater von drei minderjährigen Kindern sich für die Front zu melden hatte. So erging es vielen an diesem Tag und noch später in dieser Gemeinde. Es gab keine Rücksicht auf persönliche Verhältnisse, und da standen die „Freunde“ der Partei ganz oben auf der Liste. Alles fand seine Rechtfertigung: der Betrieb war für Alsdorf nicht lebensnotwendig. Es ging nur noch um den totalen Krieg für den totalen Sieg! Fleischermeister Josef Schwinges sen. belieferte nun unser Geschäft, damit unsere Mutter den Betrieb trotz der Parteimeinung fortführen konnte, da er ja die einzige Einkommensquelle war. So lief das aber nur noch für wenige Wochen.

Die Aufforderungen der Partei, den Ort zu verlassen und in die „Evakuierung“ zu gehen wurden immer massiver. Anfang September 1944 waren bereits die Schulen geschlossen worden. Die Kriegsfront rückte immer näher auf unser Alsdorf zu. Vater hatte einen Freund der Familie gebeten, sich um uns zu kümmern, wenn es so weit wäre. Gegen Mitte September 1944 war es so weit! Heinrich Liebert aus Neuweiler brachte uns gemeinsam mit anderen Familien nach Essen. Nach Eintritt der Dunkelheit fuhr ein LKW der Firma von der Linde los, auf dessen offener Ladefläche wir alle saßen. Einige Vorräte aus Haus und Geschäft hatte Mutter mitgenommen. Von Essen ging es bald weiter in die Lüneburger Heide zu Verwandten mütterlicherseits. Dann kamen Briefe von Verwandten väterlicherseits aus Oberösterreich. Sie hatten bereits eine Wohnung für uns in der Lazarettstadt Bad Ischl im Salzkammergut. Mit der Reichsbahn fuhren wir quer durch Deutschland dorthin. Die Bahnhöfe waren durchweg in Ordnung. Jenes deutsche Gebiet war durchweg vom Krieg unberührt. Deutsche Soldaten, Soldaten, Soldaten auf allen Bahnhöfen. Parteigenossen in ihren braunen Uniformen sorgten für Kontrollen. Wir kamen an und spürten in jener ersten Zeit in Bad Ischl kaum etwas vom Krieg. In Alsdorf sah das anders aus. Wir hatten Alsdorf verlassen, wie es Tausende aus allen Ortsteilen vorher schon getan hatten und was Tausenden noch bevorstand. Ihre Schicksale sind oft genug nur ihnen allein bekannt geblieben.

Das Kriegsgeschehen 1944 war auf beiden Seiten der Kampfparteien von gereizter Nervosität bestimmt. Am 6. Juni 1944 waren die Alliierten in der Normandie gelandet. Ihr Vorstoß ging zunächst auf die Reichsgrenze zu. Die Kämpfe tobten in der Normandie, dann in

Belgien. Die Deutschen wurden zurückgeschlagen. Bei aller Überlegenheit der Alliierten vor allem durch die Luftstreitkräfte verzögerte sich dennoch der Vormarsch der Alliierten bzw. der Rückzug durch den energischen Widerstand der deutschen Truppen bis in den August hinein. Der Vormarsch wurde dann aber massiver und der Rückzug überstürzt, bis die deutschen Truppen Deckung hinter dem „Westwall“ auf Reichsgebiet gefunden hatten. Den Alliierten war wohl grundsätzlich klar, daß sie mit einem gewaltigen Widerstand rechnen mußten, sobald die deutschen Truppen hinter dem Westwall Stellung gefunden und bezogen hatten.

Im hiesigen Raum wurden alle Anstrengungen unternommen, mit allen erdenklichen Mitteln die Front, die Hauptkampflinie zu halten. Die Bevölkerung wurde zum Stellungsbau aufgerufen. Panzergräben mußten mit Hacke und Schaufel ausgehoben werden. Schüler von hier und aus dem Inneren des Reiches wurden herangezogen. Es folgte der Aufruf zum Volkssturm. Alle zu Hause gebliebenen Männer zwischen 16 und 60 Jahren wurden eingezogen, um die deutschen Truppen zur letzten Verteidigung zu verstärken. Schüler der Oberstufe der Höheren Schule wurden bei der Flak zur Abwehr der Luftangriffe eingesetzt. Solche Geschütze waren in der Nähe des Rathauses und an anderen Stellen in Alsdorf aufgestellt. Hier interessierte nicht die fehlende oder mangelhafte Ausbildung. Da interessierte auch nicht das fehlende Truppenbewußtsein. Es galt nur die Zahl und der Befehl. So spielte es sich verstärkt von August 1944 an ab.

Gefährlich und deshalb auch gefürchtet waren die Luftangriffe, vor allem durch die Tiefflieger, die Jagdbomber, die vom Volk kurz „Jabos“ genannt wurden. Es galt den Alliierten, hierdurch geradezu eine Schneise in die Abwehrfront der Deutschen zu schlagen. Der Westraum des Reiches war zu erobern, um dann zügig in das Innere des Reiches vordringen zu können. Den Tieffliegern oblag geradezu die Aufgabe, alles menschliche Leben auszulöschen, wenn es auch nur vermutlich wie eine organisierte Heeresinheit aussah. Genauso galt es, die Zivilbevölkerung einzuschüchtern, ja zu terrorisieren und ihr psychisch alle Kraft zum Widerstand zu nehmen. Die nächsten Zielrichtungen der Alliierten galten der Stadt Aachen und der nahen Eifel mit den Talsperren. Für Alsdorf war der 9. September 1944 ein „schwarzer Tag“. Zahlreiche russische und italienische Kriegsgefangene waren hier in Lagern. Viele waren auch beim EBV eingesetzt. Am 9. September sollte ein großer Teil von ihnen von hier abgezogen und weiter im Osten des Landes in Lager gebracht werden. Eine bewachte „Truppe“ von weit mehr als 100 Personen zog über die Luisenstraße. Tiefflieger erschienen, gingen in Steilflug über und eröffneten das Feuer auf diesen Gefangenzug. Gut 40 Tote und nicht weniger schwer Verletzte lagen nach wenigen Sekunden auf der Luisenstraße. Ein auf dem Nordfriedhof eingerichteter Soldatenfriedhof für all diese Opfer ist heute schon nicht mehr vorhanden. Vergessen?! Ob Coventry oder viele andere Städte im Westen Europas, ob dieser 9. September 1944 in Alsdorf, ob die Angriffe vom 16. November 1944 auf Düren und Jülich, ob die Schreckensnacht vom 13. zum 14. Februar 1945 in Dresden angesprochen werden, es läßt sich nur von einem Kriegs- und Mordwahn sprechen.

Die Hauptkampflinie rückte weiter nach Osten. Die Frontlinie Baesweiler-Palenberg-Merkstein-Herzogenrath verschob sich bedrohlich auf Alsdorf zu. Schon Ende September hagelten Granaten nieder. Viele Häuser in unserer Gemeinde wurden getroffen. Meist blieb es bei kleineren Schäden. Im Zentrum schlugen Granaten in die Castorkirche und in das dortige Pfarrhaus ein. Das gegenüberstehende Privathaus Huppertz wurde zerstört. Drei Menschen fanden dort den Tod. Einschläge erlitt die Martin-Luther-Kirche in der Nähe

der Luisenstraße. Es ging eigentlich nicht mehr um eine gezielte Bombardierung von Werken und Industrieanlagen hier. Es ging um den Durchbruch nach Osten für die Alliierten und um die Verteidigung, vielleicht auch um die Rückeroberung von Dörfern für die Deutschen. Die 49. deutsche Infanteriedivision zog sich bald zurück und errichtete eine neue Hauptkampflinie im Bereich des Bahndammes Euchen-Mariadorf, um von den Orten Euchen, Ofden, Kellersberg und Mariadorf die weiteren Durchbrüche nach Würselen über Euchen und nach Hoengen über Mariadorf mit Zielrichtung Jülich-Düren zu verhindern. So erstaunt es nicht, daß nach erheblichen Gefechten an den Vortagen die Alliierten das Zentrum der Gemeinde Alsdorf am Samstag, dem 7. Oktober 1944, ohne große Gegenwehr besetzen und einnehmen konnten. Es wundert so nicht, daß ein amerikanischer Offizier später geäußert haben soll: „Dieses Alsdorf kam uns vor wie eine Geisterstadt! Es war so still, daß es schon wieder beängstigend wirkte“. 46 amerikanische Panzer waren mittags gegen zwölf Uhr am Nordrand von Alsdorf angekommen⁵³⁾. Pater Siegfried schrieb, daß er gegen elf Uhr den ersten Stoßtrupp sah, der kurz vor dem Eingang nach Kellersberg stoppte. Ein Panzer tauchte am Nachmittag vor dem Pfarrhaus auf. Jetzt ging von deutscher Seite der Beschuß los. Kellersberg war am Abend wieder „feindfrei“. „Die Geister“, die die Alliierten fürchteten, saßen nun im Südosten auf und hinter dem Bahndamm. Jetzt begann der Nahkrieg um Kellersberg, Ofden, Euchen, Schleibach und Birk. Ziel der Alliierten war der Durchbruch durch Euchen zur Reichsstraße 1 und der Durchbruch über die Reichsstraße 57, um auf zwei Wegen Würselen einzunehmen und um auf diese Weise die Nordschere zur Umklammerung der Stadt Aachen zu schaffen. Die Südschere arbeitete sich von der Eifel aus über den Aachener Wald voran. Die nächsten Monate bis etwa Weihnachten 1944 wurden in diesen südlichen Orten für die Bevölkerung und die Militärs zur Hölle. Die Alliierten lagen zwischen zwei Fronten zwischen dem erwähnten Bahndamm Euchen-Mariadorf und der Abwehranlage in Reifeld und Duffesheide. Gegen beide Linien gingen die Angriffe mit dem Ziel des Durchbruches. Von beiden Linien kam die Verteidigung der deutschen Truppen, die zum Teil unter erheblichem Nachschubmangel von Personal und Material litten. Granatenhagel, Geschößsalven aller Art bestimmten die Lage. Häuser in Kellersberg wurden zum Teil schwer getroffen. Am 9. Oktober 1944 bekamen Kirche und Schwesternhaus Volltreffer, so Pater Siegfried. Nicht anders war es an den folgenden Tagen und in den folgenden Wochen im Raum Ofden. Nicht alle Einwohner waren der Aufforderung gefolgt, das Dorf zu verlassen, obwohl der Druck der „Amis“ größer wurde. Ludwig Offergeld hatte neben seinem Privathaus gegenüber der Mühle einen Privatbunker. Räumungszwang wurde angeordnet. Die heimliche Flucht ins Forsthaus wurde bald entdeckt. Erneut Räumungszwang! „Evakuierung“ nach Alsdorf, also etwas abseits der Hauptkampflinie. Die Mühle in Ofden bekam manchen Treffer bei den fortgesetzten Gefechten. Wesentlich gefährdeter lag die Kranentalsmühle unmittelbar vor der Stellung der deutschen Truppen im Schußfeld. Der Pferdestall wurde gänzlich zerstört. Der Wohntrakt lag im Schußfeld der Alliierten und erlitt schwere Treffer. Zahlreiche Pferdekadaver lagen dort, als Familie Hansen von Merkstein zurückgekehrt war, wohin sie in die „Evakuierung“ geschickt worden war und wo wegen des Kriegsgeschehens die meisten Bewohner von Ofden sich aufgehalten hatten. Im hinteren Gartengelände des Hausgrundstückes Schaffrath-Nacken, Dorfstraße 74, stand eine Geschützanlage. Munition lagerte dort überall. Viele Häuser wurden beschädigt. Das Haus Opladen, Dorfstraße 45, bekam Treffer, die den oberen Bereich zerstörten; das Nachbarhaus Möller wurde so beschädigt, daß es nach dem Krieg abgerissen wurde. Das Haus Benend, Dorfstraße 45, hatte das gleiche Schicksal. Dem Haus Dorfstraße 81 erging es nicht anders. Bürger fan-

den den Tod, als sie aus ihren Häusern ins Freie kamen. Sie gerieten unter Beschuß und wurden getötet: Ernst Lotte, Josef Lürkens, Albert Rieger und Wilhelm Hendriks. Wegen der Kriegswirren mußten die beiden zuletzt Genannten im eigenen Gartenbereich beerdigt werden, da es unmöglich war, sie nach Kellersberg oder nach Euchen zu begleiten. Ein amerikanischer Soldat, der aus dem rückwärts gelegenen Dachfenster des Hauses Lehnen, Dorfstraße 47, den Bahndamm beobachtet hatte, wurde von dort stationierten deutschen Soldaten erschossen und erst einige Tage später im Zimmer aufgefunden. Die Amerikaner hatten die während der Evakuierung nicht mehr bewohnten Häuser besetzt und als militärische Unterstände genutzt. Maria Nacken, die rund 50 Jahre später von all dem etwas Abstand gewonnen hatte, berichtete: „Auf Katharina, am 25. November 1944, kamen wir von Merkstein zurück. In unserem Haus sah es aus! Die Amerikaner hatten sich im Keller verschanzt. Damit das zur Straße hin gelegene Zimmer einen gewissen Schutz bot, hatten sie dieses Zimmer voll gestopft mit all unseren Einrichtungsgegenständen aus den anderen Zimmern. Alles lag da, sogar das Besteck und das Eingemachte. Mein Brautkleid lag in einem „Seem-Eimer“ (Rübenkrauteimer). Alle Zimmertüren waren ausgehängt. Die haben wir dann in den Benden (Wiesen) wiedergefunden. Die Amerikaner hatten sie gebraucht, um mit ihnen ihre Unterstände dort zu verbarrikadieren. So war es in vielen Häusern bei uns in Ofden gewesen.“ Wie dort der Krieg gewütet hatte, erlebte die Bevölkerung noch einmal nach Eintritt der Ruhe und erst recht nach dem Ende des Krieges und des Systems. Munition, Granaten, Tellerminen, Patronen und vieles mehr lagen wie auf einer Deponie auf dem gesamten Bahndamm verstreut, ebenso in den Gärten, Wiesen und auf den Äckern. Vieles wurde gesammelt, in Gruben geworfen oder einfach untergegraben, so daß noch heute vor allem bei Straßenbauarbeiten ganze Ackerflächen Meter für Meter erst auf solche Munition hin untersucht werden müssen. Mancher Bewohner wurde noch nach den Ereignissen und nach dem Ende des Weltkrieges Opfer dieser Situation, weil Leichtsinns, Unerfahrenheit, Unvorsichtigkeit und der Zufall oft genug die Ursache wurden für Explosionen. Das „Krepieren“ von Munition führte oft zu schwersten Körperverletzungen und zum Tod.

Doch noch ging das Wüten weiter, wenn auch Euchen am 16. November 1944 und Linden und Neusen am 17. November 1944 „vom Feind genommen waren“, wie es Josef Amberg beschreibt ⁵⁴⁾. Die Kämpfe an der Straße Birk-Euchen hatten den Bereich Schleibach getroffen. Im Hof Pinell waren amerikanische Unterstände, wohin die Amerikaner sich zurückzogen, wenn es den Deutschen gelungen war, die Front wieder etwas „nach vorne“ zu bringen. Der Hof erlitt schwere Schäden im Dachbereich. In Euchen tobte der Krieg. Am Ende war es ein zerstörtes Dorf. Schwerste Schäden an Häusern und Höfen. Die Pfarrkirche war eine Ruine, die Kirche von Broich eine Ruine. Die Hauptkampflinie verschob sich weiter auf Würselen und weiter auf Hoengen zu. Die Luftangriffe rissen nicht ab. Schwester Bombenangriff auf Würselen am 20. Oktober 1944. Massiver Gegenangriff der Deutschen um feindlichen Nachschub zu stoppen. Es fällt Bombenteppich auf Bombenteppich. Der Kampf um Würselen am Ravelsberg mit allen Folgen für das Hinterland ging weiter. Erst nach Mitte Dezember 1944 trat für den Bereich der Gesamtgemeinde Alsdorf eine gewisse Ruhe ein. Was die einzelnen Zusammenhänge betrifft, wird zur vertiefenden Lektüre auf die eingehenden Schilderungen bei Amberg und Kramp und auf die Arbeit von Whiting und Trees verwiesen, auf die sich diese Arbeit zum Teil stützt.

In Alsdorf hatten die Amerikaner längst die Verwaltungskontrolle übernommen. Ihr Hauptquartier verlegten sie von Zeit zu Zeit in jeweils andere Häuser, so auch in das Haus unse-

rer Eltern, damals Hindenburgstraße 68. Die Kriegswirren ließen ihnen keine Zeit, die Verwaltung der Gemeinde neu zu ordnen. Alles lief wie bisher, aber unter „feindlicher“ Kontrolle und Anordnung. Ausgangssperren für alle Zivilisten, die geblieben waren, wurden angeordnet. Erst Mitte Dezember 1944 gab es Erleichterungen für Frauen. Es folgten zeitweise Lockerungen der Anordnungen auch für Männer. Die Sperrfristen für die Abende und Nächte blieben bestehen. All das diente der Kontrolle und die Kontrolle der Sicherheit in diesem Kriegsgeschehen, das schon bald ein Gefecht von Mann zu Mann geworden war. Heinrich Bell sen. schrieb in sein Tagebuch am 27. Februar 1945 rückblickend: „also vorige Nacht habe ich wieder nach drei Wochen Hausarrest Dienst gemacht. Was das heißt, kann ich Euch gar nicht schildern. Den ganzen lieben Tag im Haus allein. Nicht auf der Straße, das war bald zum Verrücktwerden.“ Die Familie Offergeld wurde schnell wieder nach Ofden zur Mühle zurückgeholt, um den Betrieb wieder zu eröffnen und um von hier aus vor allem amerikanisches Mehl, schneeweißes Mehl, an die Bäcker auszuteilen, damit die Grundversorgung der Bevölkerung wenigstens in etwa sichergestellt werden konnte; so berichtete Ludwig Offergeld, der heutige Eigentümer der Mühle.

Am 5. Januar 1945 wurde Bürgermeister Klaus Lux von den Alliierten abgesetzt, dann verhaftet und als Geisel in die Zitadelle bei Maastricht gebracht. Doch am 9. April desselben Jahres wurde er wieder entlassen. Zu seiner Person sei bemerkt, daß die Alliierten ihn bereits 1947 als Kreiskämmerer für den Landkreis Aachen eingesetzt hatten, nachdem sie die Integrität seiner Person und seine Fähigkeiten erkannt hatten.

Die Reichsregierung hatte 1934 durch die neue Gemeindeverfassung auch für die Gemeinden das „Führerprinzip“ eingeführt. Lux war Mitglied der NSDAP gewesen. Sonst hätte er damals nie Bürgermeister werden können. Lux war aber ein Verwaltungsmann, der nicht nur zwischen Verwaltung und Partei zu unterscheiden vermochte, sondern der genauso die persönliche Kraft besaß, sich von der Partei nicht bestimmen zu lassen, der ein solches Maß an Achtung vor seiner Persönlichkeit besaß, daß er bedeutende Angriffe der Partei gar nicht erst zu erwarten hatte. Seine Machtbefugnisse nach der Gemeindeverfassung und seine Geradlinigkeit als Verwaltungsfachmann ließen Bürgermeister Klaus Lux in jenem schrecklichen Herrschaftssystem zu einem Segen für unsere Gemeinde werden. Dennoch wurde er zu einem Unbekannten für unsere Zeit, wenn sich auch der Geschichtsverein bemühte, ihn wieder in Erinnerung zu rufen.

Doch zurück in das Jahr 1945: Die Verpflegungslage war katastrophal geworden. Das stundenlange Anstehen von den frühen Morgenstunden an, um die festgelegte Ration von Brot, vielleicht auch Butter oder Fett zu bekommen, wurde zur alltäglichen Routine, aber genauso zu einer bedrückenden Situation für all die Familien, die in der Gemeinde geblieben waren, aber nichts besaßen, woraus sie eine Selbstversorgung hätten bestreiten können. Die Sehnsucht nach einer Änderung wuchs von Tag zu Tag. Hinzu kam die Ungewißheit über das Schicksal der Angehörigen im Krieg und all derjenigen, die im Rahmen der Evakuierung Alsdorf verlassen, aber den einen oder anderen zurückgelassen hatten, was oft genug bei Bergleuten der Fall gewesen war, die für den Bergbau unabkömmlich waren. Der Postverkehr war weitgehend eingestellt. Nachrichten blieben aus. Das wurde nach dem Ende des Krieges noch schlimmer, als viele zurückkehrten, doch oft von den eigenen Lieben noch jede Spur fehlte. Auch Heinrich Bell sen. spürte das und drückte das in Briefform in seinem Tagebuch so aus: „Also am Samstag hatte ich Geburtstag und bin 61 Jahr alt geworden. Wie war das im vorigen Jahr schön an diesem Tag. Alle wetteiferten,

um mir eine Freude an diesem Tag zu machen. Und diesmal von allem nichts. Allein. Was das heißt, kann nur der ermessen, der so steht wie ich. Gedacht habt Ihr alle an mich, das weiß ich ja. Ihr könnt Euch schon mal unterhalten über dieses und jenes; aber das ist mir nicht vergönnt; denn erstens kann man das nicht mit jedem, über seine Lieben sprechen, und zweitens muß ich mich in acht nehmen damit, denn dann stehe ich da mit Tränen in den Augen und dann muß ich gehen ... Vielleicht wähnt Ihr mich ja auch schon tot, weil ich, als ich von Düsseldorf wegfuhr, gesagt habe, ich wäre in zwei bis drei Tagen wieder dort. Aber es hat nicht sein sollen. Wenn nur das Grübeln und das immer wieder Denken nicht wären, wo sind sie jetzt, deine Lieben, wie geht es ihnen? . . . Heute, Montagabend (Pfingsten), die schönen Tage sind wieder einmal vorbei und noch immer allein. Die Leute kommen ja jetzt schon in Mengen hier an, aber meine Lieben nicht. Ihr Lieben seid ja nicht schuld daran. Aber ich kann auch alle fragen, die zurückkommen; keiner weiß etwas von Euch." Er schrieb nieder, was ihn belastete: die Sehnsucht, die Hoffnung. Hunderttausende, ja Millionen dachten so, fühlten so, schrieben vielleicht so. Unser Vater, der immer noch in Polen war, trug in sein kleines Tagebuch nur ein, was an einem Tag für ihn allein von Wichtigkeit war, sonst nichts. „Habe meiner Frau geschrieben“, „an Fred geschrieben“, „an Franzl geschrieben“, „habe Brief von Frau erhalten“, „Karte von Franzl“. Immer wieder spiegelt sich das Bewußtsein von Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit jeden Tag. Am 5. Mai ist er in Wiesen im Auffanglager. Es herrschte Postsperrung; es gab keine Verbindung zur Familie mehr. Die Eintragungen bezogen sich nur noch auf Tag und Datum. Dann ging es weiter: „21.6. Plauen, Entlassungsschein. 3 Uhr Abtransport zur Heimat bis Erfurt im Auto. 23.6., 5.20 Uhr von Erfurt nach Bebra, 7 Stunden Aufenthalt; von da über Hersfeld, Fulda, Hanau; 25.6. Frankfurt über Mainz, Euskirchen; Ankunft in Alsdorf 26.6., 9.30 Uhr abends". Da endet das Tagebuch. Heimat! Nicht Österreich. Alsdorf; Heimat ist da, wo er seine Familie vermutete. Sein Ziel. – Wie die Gesinnungen sich gewandelt haben bei Hunderttausenden, bei Millionen heute! Vater hatte jedenfalls sein Ziel erreicht, für das er gelebt hatte. Die Schlinge, die sich um Deutschland zugezogen hatte, machte ihn frei.

Weltpolitisch hatte sich tatsächlich über Deutschland das Netz oder um das Reich die Schlinge gelegt. Sie zog sich immer enger zu. Die Katastrophe war bald klar. Letzte Versuche, die Front der Alliierten zu durchbrechen, scheiterten. In seiner ausweglosen Lage setzte Adolf Hitler testamentarisch Göring und Himmler von ihren Ämtern ab und stieß sie aus der NSDAP aus. Großadmiral Karl Dönitz bestimmte er zu seinem Nachfolger. Dann war es so weit: am 30. April 1945 beging Hitler gemeinsam mit seiner langjährigen Lebensgefährtin Eva Braun, die er am Vortag geheiratet hatte, Selbstmord. Martin Bormann fand auf ungeklärte Weise den Tod. Goebbels vergiftete seine minderjährigen Kinder und wählte dann zusammen mit seiner Frau am 1. Mai 1945 den „Freitod". Am 7./8. Mai war das Ende da. Admiral Dönitz ließ die bedingungslose Kapitulation unterzeichnen. So sah der „totale Sieg" nach dem „totalen Krieg" aus. Deutschland war in jeder Hinsicht vernichtet. Mehr als drei Millionen Wehrmachtsangehörige wurden getötet; dazu mindestens 300.000 Zivilpersonen; sicherlich 1,5 Millionen Volksdeutsche in den osteuropäischen Ländern blieben verschollen; rund sechs Millionen Opfer starben in den deutschen Konzentrationslagern im Reich und in den besetzten Gebieten. Zwölf Jahre währte das System, zwölf Jahre wütete das System, über das anlässlich der „Braunen Woche" in Alsdorf im September 1933 der Parteiführer Börger voller Überzeugung und Zuversicht geäußert hatte: „Unsere Generation entscheidet heute über Jahrtausende."

Himmler, Hauptverantwortlicher für die Massenvernichtung jüdischer Mitmenschen, nahm am 23. Mai 1945 Gift. Der Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß begann am 20. November 1945 und endete am 30. September 1946 mit zwölf Todesurteilen zur Hinrichtung durch den Strang. Unter den so Verurteilten war Hermann Göring, dem es aber in der Todeszelle gelang, durch die Einnahme von Gift Selbstmord zu begehen. Die Frage, wie er trotz schärfster Bewachung und Kontrolle an die Giftampulle kommen konnte, ist nicht eindeutig beantwortet. Die Erklärungen reichen von der Annahme, daß es ihm selbst gelungen war, wenigstens eine der Ampullen, die er in der letzten Zeit immer bei sich getragen hatte, in die Zelle zu schmuggeln, bis zu den Behauptungen, Dritte hätten ihm diese in die Zelle geschleust⁵⁵⁾. Nach Hosley hinterließ Göring für den Kommandanten eine Mitteilung, nach der er das Gift in der letzten Zeit gut verborgen immer bei sich hatte⁵⁶⁾.

Von denen, die in Alsdorf großmächtig die Parteigewalt vertreten und viele Menschen auf dem Gewissen hatten, kehrte mancher in die Gemeinde Alsdorf nach dem Ende des NS-Systems nicht mehr zurück. Sie zogen es vor, hier nicht mehr zu erscheinen. Dazu gehörten die Ortsgruppenleiter Leesmeister und Dr. Küppers; aber noch viele andere mehr.

Wie sehr paßt hier Psalm 2, mit dem der Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen in seinem Hirtenbrief vom 19. März 1935 die Nationalsozialisten angegriffen und ihre Zukunft prophezeit hatte:

„Was toben die Heiden und erfinden Trugbilder die Völker? Erdenherrscher stehen auf. Anführer rotten sich zusammen wider den Herrn im Himmel und wider Christus, seinen Gesalbten. Laßt uns zerreißen, was uns an ihn bindet; laßt uns abwerfen die Last seiner Gebote! Doch der in den Himmeln thront, er lacht ihrer; der ewige Herrscher hat für solches Tun nur Spott! Drum nehmt Vernunft an, ihr Erdenherrscher; laßt euch warnen, die ihr auf Erden richtet. Fürchtet den Herrn und dient ihm, in Ehrfurcht singt ihm Lob. Ergreift und haltet sein Gesetz, daß ihr ihn nicht erzürnt, daß ihr nicht in die Irre und zugrunde geht! Es kommt die Zeit, da wird sein Zorn entbrennen: Glückselig alle dann, die ihm die Treue hielten!“

Am 19. März 1935 fügte Bischof von Galen an diesen Text die persönliche Bemerkung: „So steht es aufgezeichnet im Buch der Psalmen zur Warnung für alle Zeiten, auch für unsere Zeit!“

- 1) Chronik Bürgermeisterei Alsdorf, Anhang.
- 2) HStAD. RW 35-8. S. 19 f.
- 3) Diözesan Archiv Aachen, Gvs M 2 I.
- 4) A. a. 0.. Gvs M 2 I.
- 5) A. a. 0. mit den einzelnen Unterlagen.
- 6) A. a. 0., Gvs M 4 I, S. 11.
- 7) A. a. 0., S. 111.
- 8) A. a. 0., GvO Kellersberg 2 II.
- 9) A. a. 0., GvO Kellersberg 1 I.
- 10) A. a. 0., Gvs M 4 1. S. 70.
- 11) A. a. 0. GvO Alsdorf 1.1: 1, II.
- 12) HStAD (Kalkum), Gerichte Köln 21/7, S. 93 ff.
- 13) HStAD, RW 39-9, S. 16.
- 14) HStAD, Reg. Aachen 1023 ff.: RW 23-1, S. 11, S. 62 z.B.

- 15) Die Zitate sind dem „Politischen Tagesblau“ entnommen.
- 16) Boverter, Bürgermeister, S. 91 ff.
- 17) Ratsprotokoll Alsdorf vom 16.6.1933.
- 18) Ratsprotokoll Alsdorf vom 23.8.1933.
- 19) Ratsprotokoll Alsdorf vom 23.11.1933.
- 20) Ratsprotokoll Alsdorf vom 16.2.1934.
- 21) Ratsprotokoll der Gemeinde Alsdorf vom 15.6.1934.
- 22) HStAD (Kalkum), Gerichte 1/454-456.
- 23) Vgl. hierzu Groß, S. 80 ff.
- 24) HStAD (Kalkum), Landgericht Aachen, 89/145.
- 25) Regierungsbezirk Aachen I, S. 3; II, S. 10.
- 26) Beiträge zur Statistik NW, 1966, S. 143.
- 27) Regierungsbezirk Aachen III.
- 28) Topografische Übersicht, Aachen 1820.
- 29) Nießen, S. 120 f.
- 30) Einwohnerbuch des Landkreises Aachen 1927.
- 31) Weil, S. 9 ff.
- 32) Deutschland-Berichte V., S. 1189.
- 33) HStAD (Kalkum), Landgericht Aachen, 89/145.
- 34) „Politisches Tagesblatt“ vom 9.6.1939.
- 35) Hitler, Mein Kampf, 1933, S. 728.
- 36) A. a. O., S. 732.
- 37) A. a. O., S. 742.
- 38) Deutsch-polnische Erklärung vom 26.1.1934, S. 76 f.
- 39) Unterredung Ribbentrop/Lipski, S. 220.
- 40) Reichstagsrede Hitlers vom 28.4.1939, S. 266 ff.
- 41) Kraemer, S. 174.
- 42) Venn, S. 57 f.
- 43) Kraemer. S, 177.
- 44) Festschrift der Pfarre Herz-Jesu, S. 11 ff.
- 45) Kraemer. S, 175 f.
- 46) „Politisches Tagesbltt“ vom 14.6.1941.
- 47) HStAD, Regierung Aachen, 22478.
- 48) A. a. O., 14042.
- 49) A. a. O., RW 23-1. S. 62.
- 50) A. a. O., S. 11.
- 51) A. a. O., RW 39-9. S, 16.
- 52) Goebbels, S. 204 f.
- 53) Whiting-Trees, S. 96.
- 54) Amberg, S. 139 f.
- 55) Vgl. hierzu Maser, S. 495 ff.
- 56) Mosley, S. 338.